Neu am Kiosk

Preußische Allgemeine Zeitung

Mit Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 4 – 30. Januar 2010 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ob diese deutschen Isaf-Soldaten aus den verdrucksten Politikerstellungnahmen zu Afghanistan schlau werden? Ihr sicheres Lager sollen sie künftig öfter verlassen, auch wenn bei jeder Patrouille die Gefahr tödlicher Hinterhalte lauert.

Bild: ddp

Berliner Orakelsprüche

Gewundene Worte der Bundesregierung über Afghanistan, in Klartext übersetzt

Gleich auf fünf Pressekonferenzen hat die Bundesregierung vor der Londoner Truppenstellerkonferenz ihre neue Afghanistan-Strategie präsentiert. Überzeugungsarbeit war nötig, denn das Konzept erscheint alles andere als stimmig.

Auch wohlmeinende Beobachter haben ihre Schwierigkeiten, den Wendungen der deutschen Afghanistan-Politik noch zu folgen: 850 zusätzliche Soldaten kündigte die Kanzlerin an, um zu ergänzen, damit beginne „die Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung“, also der Abzug. Bundesaußenminister Guido Westerwelle nannte vage einen Zeitpunkt: „Wir wollen 2011 mit dem Abbau unseres eigenen Kontingentes beginnen.“ Ziel der neuen Afghanistan-Strategie sei „eine Abzugsperspektive“ – wohlgemerkt: nicht der Abzug selbst.

Viele Bürger verstehen nach der Serie von Truppenaufstockungen der letzten Jahre längst nicht mehr, wie nun ausgerechnet die nächste Verstärkung den Weg zum Abzug eröffnen – oder soll man sagen: freikämpfen? – soll. Wie können in der riesigen Region Kundus 5000 deutsche Soldaten etwas leisten, was zuvor 4500 Mann nicht geschafft haben?

> Zu Deutsch: Ein unbefristeter Einsatz mit steigenden Verlusten

Prüft man die weiteren Aussagen der beteiligten Politiker – involviert sind auch die Ressorts für Verteidigung, Inneres und Entwicklungshilfe –, so wird das Bild nicht eben stimmiger oder positiver.

Wenn beispielsweise Westerwelle erklärte, „in den kommenden vier Jahren“ solle die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass die militärische Präsenz „zurückgefahren“ werden könne, dann heißt das im Klartext, dass dieser Militäreinsatz völlig unbefristet ist. Merkel bestätigte dies mit dem Hinweis, für eine „reale Abzugsperspektive“ müsse „zunächst Stabilität geschaffen werden“. In Afghanistan, das weiß nun jedes Kind, ist das aber eher eine Sache von Generationen als von Jahrzehnten.

Dass es noch blutiger als bisher werden würde, gab Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg zu erkennen. Er pries das neue Konzept des sogenannten „Partnering“, also der verstärkten Zusammenarbeit der Isaf-Truppen mit afghanischen Sicherheitskräften: „Das bedeutet, Präsenz in der Fläche zu zeigen. Damit sollen Rückzugsräume von Taliban isoliert werden.“ Ohne Kämpfe dürfte das nicht gehen, was der Minister recht gewunden einräumte: Das „Partnering“ heiße „weder zwingend mehr noch weniger Gefahr“. Entklausuliert heißt das: Nicht weniger, aber auch nicht zwingend mehr Gefahr. Oder noch deutlicher: Fast sicher wird es gefährlicher.

Eine andere Deutung der Berliner Orakelsprüche würde auch allen Forderungen der USA widersprechen, die seit Monaten verlangen, die Deutschen sollten sich weniger in ihrem Camp in Kundus verbarrikadieren und mehr unter die Leute gehen. Was vor fünf Jahren noch ein sinnvoller Vorschlag war, den damals übrigens die Deutschen weit stärker befolgten als die US-Truppen, ist heute ein Vorschlag mit tödlichem Risiko.

Konrad Badenheuer

KONRAD BADENHEUER:

Kaltes Grausen

Ein kritischer Kommentar der deutschen Afghanistan-Politik kann ohne Häme auskommen. Guter Rat ist ja wirklich teuer in dem Land am Hindukusch, das aus europäischer Sicht schon unregierbar war, lange bevor der doppelte Schock der sowjetischen Intervention und der anschließenden Taliban-Herrschaft die Region weiter zurückgeworfen hat.

Und doch haben deutsche und andere westliche Politiker zuletzt ein Bild der Konfusion abgegeben, dass einen das kalte Grausen packen kann. Nur wenige haben den Mut zum Eingeständnis, dass aus westlicher Demokratie in Afghanistan, wie 2001 noch beschworen, nichts wird. Fast kein Politiker sagt offen, dass die damalige Intervention – jedenfalls im beschlossenen Umfang und ohne wirksame Befristung – ein Fehler fast vom Kaliber des Irak-Feldzugs der USA war.

Was unterdessen an „Strategie“ nachgetragen und immer wieder „verbessert“ wurde, kann schlechterdings nicht überzeugen. Oft heißt es, die Komponente des zivilen Aufbaus und der Stärkung der afghanischen Sicherheitskräfte müsse verstärkt werden. Schön und gut, aber die Voraussetzungen eben dafür, die im Jahre 2002 vielleicht noch gegeben waren, sind heute, wo die Taliban wieder weite Teile des Landes beherrschen, weithin nicht mehr gegeben.

Besonders wenig aussichtsreich erscheint der Vorschlag, einzelne Talibankämpfer gleichsam „herauszukaufen“. Der religiös motivierte harte Kern wird darüber nur lachen. Für die Masse der anderen ist es geradezu ein Anreiz, noch schnell bei den Taliban anzuheuern, um anschließend diese „Stilllegungsprämie“ abzustauben.

»Zeitnah klären«

BdV-Präsidium dringt auf Gespräche

Nach der langen „Hängepartie“ in Sachen Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin drängt das Präsidium des Bundes der Vertriebenen (BdV) auf zügige Fortschritte. Auf seiner Sitzung am Dienstag bekräftigte das Gremium den von Erika Steinbach vorgelegten Katalog mit Verbesserungsvorschlägen für das Zentrum. Die BdV-Präsidentin hatte signalisiert, dass sie auf einen Sitz im Stiftungsrat des Zentrums verzichten würde, wenn die Regierung Verbesserungen für das Projekt ermöglicht (die *PAZ* berichtete).

Das Präsidium geht davon aus, dass die Gespräche über die genannten Forderungen nun innerhalb der nächsten 14 Tage erfolgen. Das Resultat werde dann im Präsidium zu beraten sein, das sich vorbehält, über die Ergebnisse zu entscheiden. Da die genannten Verbesserungen Gesetzesänderungen voraussetzen, sind die Ansprechpartner neben Staatsminister Bernd Neumann (CDU) und eventuell der Kanzlerin vor allem die Fraktionsvorsitzenden. Unverständnis bekundete das Präsidium über Zweifel an den Mitgliederzahlen des BdV, die von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ohne Kenntnisse über die Struktur der BdV-Verbände gestreut worden sind.

> Verbesserungen am »Zentrum« angestrebt

PAZ

Willkommen bei der PAZ!

Ab heute gibt es die *Preußische Allgemeine Zeitung* auch am Kiosk

Mehrere zehntausend Leser haben diese Zeitung teilweise seit Jahrzehnten abonniert. Ab heute kommen Tausende weitere Leser hinzu, denn erstmals ist diese Zeitung bundesweit am Kiosk erhältlich, vor allem an Bahnhöfen, Flughäfen und im Zeitungsfachhandel.

Unseren neuen Lesern dürfen wir die Zeitung kurz vorstellen. Seit fast 60 Jahren steht die *Preußische Allgemeine Zeitung* für Qualitätsjournalismus der besonderen Art. Die preußischen Tugenden, die unser Land groß gemacht haben, werden von uns noch gepflegt. Wir stehen für einen aufgeklärten Patriotismus, konservative Werte und einen kühlen Blick für das Wesentliche. Preußisch eben!

Die *Preußische Allgemeine* ist aus dem „Ostpreußenblatt“ hervorgegangen, das als Innenteil fortbesteht und fester Bestandteil der Zeitung ist. Diese Zeitung hat gleichsam „Ostpreußen in den Genen“ und bekennt sich stolz dazu! Vor allem aber berichten wir aus konservativer Sicht über Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft und Kultur, Medien und über nahezu alle aktuellen Fragen. Weniger Beachtung schenken wir den Themen Klatsch und Tratsch, dem Sport und der Katastrophenberichterstattung. Das überlassen wir der Boulevardpresse und all den anderen Zeitungen, die sich diesen für die Zukunft unseres Landes nicht entscheidenden Fragen immer intensiver widmen.

> Die *PAZ* als Zeitung mit kühlem Blick für das Wesentliche

Das journalistische Angebot für konservativ denkende Menschen ist in Deutschland dünn geworden. Viele Blätter haben sich in Themenauswahl und Bewertungen einem linksliberalen Zeitgeist angepasst. Immer mehr große Zukunftsthemen – von der Familien- über die Europapolitik bis zu einer Geschichtsschreibung, die den Nationalsozialismus nicht für den Dreh- und Angelpunkt der deutschen Geschichte hält – haben daher kaum mehr ein publizistisches Forum, das alle Facetten in den Blick nimmt.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* setzt dem etwas entgegen, und unsere Freunde schätzen uns als womöglich eine der letzten gediegen-konservativen Wochenzeitung Deutschlands.

Verehrte neue Leser! Wir laden Sie ein, sich nun selbst ein Urteil zu bilden. Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, so finden Sie auf unserer Internetseite www.preussische-allgemeine.de alle weiteren Informationen einschließlich des Angebots zum kostenlosen vierwöchigen Probebezug „frei Haus“.

Willkommen bei der *PAZ*!

Konrad Badenheuer, Chefredakteur

»Aufklärung« kommt nach Peking

Martin Roth, Generaldirektor der Kunstsammlungen Dresden, über China und das deutsche Selbstverständnis

Mit „Kunst der Aufklärung“ darf Deutschland im Herbst als erstes Land eine Ausstellung in dem dann größten Museum der Welt in Peking präsentieren. Der Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden hat zusammen mit seinen Kollegen in Berlin und München diese Schau konzipiert. Im Gespräch mit Silke Osman und Rebecca Bellano erklärt er den *PAZ*-Lesern warum.

PAZ: *Sehr geehrter Herr Roth, wie oft waren Sie in Ihrer Funktion als Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen in China?*

Martin Roth: In den vergangenen zehn Jahren wohl 20- bis 30-mal. Wir hatten mit „Living Landscapes“ und der Ausstellung „Gerhard Richter – Bilder 1963 bis 2007“ in den vergangenen Jahren unter anderem zwei große Ausstellungen in Peking und mit „Goldener Drache – Weißer Adler“ eine Ausstellung des Palastmuseums Peking im Dresdner Residenzschloss.

PAZ: *Aufklärung und China das klingt nach Spannungen. Müssen Sie bestimmte Auflagen erfüllen, um bei den chinesischen Besuchern nicht das Bedürfnis nach Aufklärung im eigenen Land zu wecken?*

Roth: Ich habe bei meiner Arbeit in China nie Zensur erlebt. Ich sage nicht, dass es sie nicht gibt, aber dass willkürlich Hürden aufgebaut werden, habe ich selbst nie erlebt.

PAZ: *Zensieren Sie sich vielleicht vorher schon selbst?*

Roth: Nein. Es gibt sicherlich so etwas wie ein würdevolles Umgehen mit dem anderen. Würde ich eine Ausstellung in der arabischen Welt machen, zeige ich auch keine Aktbilder. Das Thema Aufklärung ist ein historisches. Wo sollten wir uns da selbst beschränken?

PAZ: *Welche Exponate sind für Sie die Höhepunkte der Ausstellung und warum?*

Roth: Das ist eine Frage, die beantworte ich generell nicht. Das ist so, als wenn Sie einen Vater von vier Kindern fragen würden, welches seiner Kinder er am liebsten hat. Das Ensemble ist das Wichtigste. Die Art und Weise der Auswahl, die Zusammenstellung aus Malerei und Dreidimensionalem.

PAZ: *Mit wie vielen Besuchern rechnen Sie?*

Roth: Ich habe nur den Vergleich mit anderen Ausstellungen, wie der bereits erwähnten Gerhard-Richter-Ausstellung oder den „Living Landscapes“. Die hatten in ungefähr zwei Monaten rund 160 000 Besucher. Das ist eine geniale Zahl. Vor allem waren viele junge Leute da, das hat mir sehr gefallen.

PAZ: *Die Ausstellung „Kunst der Aufklärung“ ist an dem zentralen Ort in Peking am Tien-an-men-Platz in der Nähe des Mao-Mausoleums und der Verbotenen Stadt. Dass sich die Deutschen mitten im Herzen Pekings präsentieren dürfen …*

Roth: … ist an sich schon aufregend. Aufregend ist auch, dass mit Gerkan, Marg und Partner ein Hamburger Unternehmen den Museumsumbau konzipiert und realisiert hat. Wenn es fertig ist, wird dieses Museum das größte Museum der Welt sein. Es ist ein deutliches Statement, dass die erste internationale Ausstellung von den drei großen deutschen Museen gemacht wird.

PAZ: *Mussten Sie sich bei der Chinaausstellung, da Sie den Rückhalt von oberster Stelle haben – die deutsche Bundeskanzlerin und der Bundespräsident sowie Chinas Staatspräsident Hu Jintao haben den Vertrag für die Ausstellung unterzeichnet –, nicht so sehr der Zensur fügen?*

Roth: Jenseits der Politik ist es Aufgabe von Kultur, den Dialog zu suchen. In China werde ich oft von deutschen Journalisten gefragt, ob ich etwas zum Thema Menschenrechte sage. Ich bin in erster Linie Generaldirektor eines großen Museums. Da gibt es sicher andere, die das aus berufenerem Munde machen können. Ich will vernünftige Kulturarbeit, die einen Dialogprozess in Gang setzt.

> Politik, Wirtschaft und Kultur bedingen einander

PAZ: *Sie zeigen den Menschen ja durch die Kunst auch unser Weltbild?*

Roth: Das Liberale in der Kunst ist unter anderem ein Kind der Aufklärung.



Engagiert weit über Dresden hinaus: Martin Roth

Foto: pa

PAZ: *Es war ja lange so, dass Deutschland nur wirtschaftlich und politisch, nicht aber kulturell im Ausland aufgetreten ist?*

Roth: Sie sprechen hier ein typisch deutsches Problem an, das Sie so bei wenigen europäischen Kollegen und Partnerländern finden. Vielleicht ist es ein Problem des Föderalismus, dass man nicht in so gemeinsam-gesellschaftlichen Dimensionen denkt wie in anderen Ländern.

Ich habe zum Beispiel meinen Kollegen Neil MacGregor, den Direktor des British Museum in London, mit Blair oder Brown erlebt. Man hat hier fast den Eindruck, MacGregor hatte Blair „dabei“. Der Eindruck täuscht natürlich, aber in einem Land wie Großbritannien scheint der gemeinsame Auftritt von Politik und Kultur selbstverständlich zu sein. In Deutschland schaffen wir es selten, in dieser Dimension zu denken: Dass Politik, Wirtschaft und Kultur tatsächlich ein gemeinsames Gebilde sind und sich gegenseitig bedingen.

PAZ: *China ist spektakulär, aber auch in Dresden ist etwas los?*

Roth: Dresden profitiert sehr davon, dass nach der Wende sehr viel Geld in die Rekonstruktion der Gebäude geflossen ist. Biedenkopfs Herangehensweise, viel für die Identität zu tun, war mit Sicherheit absolut die richtige. Das Problem ist, dass die Investition in Räume, Mauern und Gebäude nicht gleichzeitig bedeutet, Qualität halten zu können. Was ein Museum ausmacht, ist das Personal, das Vermögen der Wissenschaftler, die Menschen, die Sie in die Stadt holen, die mit den Objekten arbeiten.

Wir haben bei den Kunstsammlungen in Dresden einen Einstellungsstopp, das heißt, es wird fast keine Stelle mehr besetzt. Da geht extrem viel Wissen verloren, Wissen, das über Jahrhunderte gewachsen ist, das können Sie nicht mit Zeitverträgen erhalten. Ich verstehe, dass gespart werden muss, aber irgendwann ist der Punkt gekommen, da geht es an die eigene Identität, die eigene Bildung, die eigene historische Bedeutung. Wenn wir anfangen, uns selbst das Wasser abzugraben, weiß ich nicht, was für die nächste Generation bleibt.

PAZ: *Früher gab es großzügige Stifter, deren Gaben oft den Grundstock bildeten für ganze Museen. Wie sieht es heutzutage aus? Gibt es in Zeiten knapper Kassen noch Sponsoren für Kunst?*

Roth: Wir haben in Dresden sehr viele Besucher, etwa zwei Millionen pro Jahr. Mit den Projekten außerhalb Sachsens sind es rund 2,5 Millionen. So gelingt es uns, bis zu 54 Prozent der Ausgaben durch eigene Einkünfte zu decken, der Bundesdurchschnitt dürfte bei zehn bis 15 Prozent liegen. Doch wir sind da ein wenig in der Falle, das heißt, je mehr wir einnehmen, desto mehr zieht uns das Finanzministerium im nächsten Jahr wieder ab. Es gab in meiner Laufbahn zwei undankbare Momente, an die ich mich jetzt erinnere. Einmal kam ein Beratungsunternehmen und wollte unseren Erfolg nach Besuchern pro Quadratmeter berechnen und erst kürzlich verlangte das Finanzministerium von uns, wir sollten einmal ausrechnen, wie viel Museum man mit – sagen wir – 120 Mitarbeitern noch machen könne. Wir haben jetzt noch um die 300 – es waren einmal mehr als das Doppelte.

PAZ: *Sie feiern in diesem Jahr das 450-jährige Bestehen der Dresdner Kunstsammlungen. Was darf der Kunstfreund erwarten?*

Roth: Ein Feuerwerk, bestehend aus einer Vielzahl von Highlights. Wir beginnen Anfang März mit der Eröffnung der „Türckischen Cammer“, der größten Sammlung osmanischer Kunst in Deutschland. Eine Sammlung, die seit mehr oder minder 250 Jahren darauf wartet, eröffnet zu werden. Eine unglaublich schöne Sammlung.

Im April feiern wir unser Jubiläum mit der Eröffnung einer Ausstellung zur Geschichte der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden. Im Mai feiern wir 300 Jahre Meißner Porzellan mit zwei Sonderausstellungen in Dresden und Berlin und schließlich wird im Juni das Albertinum nach der Rekonstruktion wieder eröffnet. Ein Museum, das sich der Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts widmet. Ganz klar: Wer 2010 nicht nach Dresden kommt, wird etwas versäumen.

MELDUNGEN

EUFV verstärkt in Brüssel aktiv

Triest – Unter Teilnahme sämtlicher Mitgliedsverbände hat am 23. Januar der Generalrat der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) in Triest getagt. Der Ende 2007 gegründete Verband will seine Aktivitäten verstärkt und auch institutionalisiert bei der EU in Brüssel vortragen. Präsident der Generalversammlung der EUFV ist der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, Generalsekretär ist der italienische Rechtsanwalt Massimiliano Lacota. Zentrales Ziel des EUFV ist die möglichst europaweite, friedliche Bereinigung der aus den Vertreibungen im 20. Jahrhundert herrührenden Fragen, einschließlich der Eigentumsfragen. Das nächste Treffen beider Gremien, Generalrat und Generalversammlung, findet mit Neuwahlen Mitte März in Bozen statt. Dort kann auch über die Aufnahme weiterer Vertriebenenverbände aus EU-Staaten entschieden werden. *PAZ*

Ökumene weiter belastet

Rom – Zu neuen Unstimmigkeiten ist es zwischen der römisch-katholischen Kirche und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gekommen. Auslöser sind Äußerungen der EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann, sie erwarte von Papst Benedikt XVI. in Sachen Ökumene „nichts“. Der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Walter Kardinal Kasper, nannte diese Äußerungen "unfair" und „zutiefst unökumenisch“. Er sei der Meinung gewesen, „dass solche pauschalen gegenseitigen Aburteilungen endgültig der Vergangenheit angehören“ und fühle sich „getäuscht“. *idea*

Die Schulden-Uhr: Teure »Beerdigung«

Auf 40 Millionen Euro schätzt der Bund seinen Anteil für den Fall, dass die 31,8 Kilometer lange Transrapid-Versuchsanlage Emsland (TVE) abgebaut wird. Da nach dem Unfall mit 23 Toten 2006 der Publikumsverkehr zurückgegangen ist und nach den Chinesen auch kein weiterer Käufer für die Magnetschwebebahn in Sicht ist, sieht die FDP keinen Sinn mehr in dem Weiterbetrieb der Anlage. Von 1970 bis 2008 flossen Bundesmittel in Höhe von rund 800 Millionen Euro in Bau und Betrieb der Anlage, die diese einst vielversprechende Technologie „made in Germany“ präsentieren sollte. Hinzu kommen über 1,2 Milliarden Euro, die der Bund für die Entwicklung des Transrapid investiert hat. Die Gelder der beteiligten Unternehmen und des Landes Niedersachsen sind hier nicht mit eingerechnet. Noch weigert sich Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU), als Totengräber für das einstige Zukunftsprojekt dessen Aus zu beschließen. *Bel*

1.664.774.728.113 €

Vorwoche: 1.662.141.875.105 €
Verschuldung pro Kopf: 20 287 €
Vorwoche: 20 255 €

(Dienstag, 26. Januar 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Heftige Attacken gegen Islamkritiker

Die abgegriffene Faschismuskeule kreist wieder – Necla Kelek wirft »Islamverstehern« Unkenntnis vor

Der schwelende Streit um Islamismus und Islamkritik hat mit Beginn des neuen Jahres hörbar an Schärfe gewonnen. Auslöser war ein Interview der Soziologin, Frauenrechtlerin und Buchautorin Necla Kelek mit der Deutschen Presseagentur (dpa). Die türkischstämmige Kelek prangert an, dass kritische Stimmen zum Islam „mit Hilfe deutscher Islamversteher“ als Rassisten verunglimpft würden.

Die Kritik aber sei allzu berechtigt, denn der Islam wolle „Leitkultur sein und nicht nur das Leben der Muslime regeln, sondern auch bestimmen, wie sich die übrige Gesellschaft gegenüber den Muslimen zu verhalten hat“, so Kelek, die selbst Muslimin ist und für einen aufgeklärten Islam eintritt. Dafür aber müssten sich die Muslime von der Scharia lösen und „den politischen Islam ächten“.

Die „Frauen- und Rechtsextremismusforscherin“ Birgit Rommelspacher warf Kelek daraufhin in der „taz“ vor, den Islam „zugunsten des Christentums abschaffen“ zu wollen. Rommelspacher geht noch einen Schritt weiter und macht eine Tendenz bei Feministinnen aus, neuerdings „mit Rechten gemeinsame Sache“ zu machen. Was sie unter „rechts“ versteht oder verdammt, das lässt Rommelspacher allerdings im Ungenauen.

Worauf sie abzielt, wird dennoch deutlich und kennzeichnet den gesamten Kurs der jüngsten

> Unter Feuer: Giordano und Cohn-Bendit

Attacken gegen Islamkritiker: Dass Kelek ebenso wie die Anwältin Seyran Ates (wie Kelek Deutsche türkischer Herkunft) oder die somalisch-niederländische Politikerin Ayaan Hirsi Ali eine westliche Werteordnung gegen den Islam in Stellung brächten, verweise auf Frauen im Nationalsozialismus, die ihre „rassische Überlegenheit mit ihrem Einsatz für die Gleichstellung von Mann und Frau begründet“ hätten.

In der Tendenz ähnlich gehen Till-R. Stoldt in der „Welt“ und Thomas Steinfeld in der „Süddeutschen Zeitung“ gegen Islamkritiker in Stellung. Schon die Titel ihrer Beiträge lassen an Schärfe nichts missen: „Islamkritik als Schlachtgesang der Gehässigen“ („Welt“) und gar „Unsere Hassprediger“ („Süddeutsche“) lauten sie, womit die Islamkritiker auf eine Stufe mit islamischen Fanatikern gestellt werden, welche sich als geistige Väter von Attentätern und „Gotteskriegern“ betätigen.

Stoldt sieht durch scharfe Islamkritik ein Weltbild wuchern, das „taugt zum ideologischen Fundament für Massendeportationen, religiösen Reinigungswahn und unendliches Leid“, weil die Kritik in fanatische Kanäle gelenkt“ zu werden drohe. Damit zieht auch Stoldt Parallelen von moderner Islamkritik und den verbrecherischen Spuren von Gewaltherrschaften des 20. Jahrhunderts. Dabei nimmt er selbst den Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit und den Schriftsteller Ralf Giordano aufs Korn. Giordano hatte sich vehement gegen den

> Nachwehen eines gescheiterten Dialogs?

Bau einer Großmoschee in Köln gewehrt (*PAZ* berichtete).

Soweit geht Thomas Steinfeld nicht, betont jedoch ebenfalls angebliche Parallelen zwischen islamischen Scharfmachern und ihren Gegnern: Auch die „Beschwörung der ‚westlichen Werte‘“ bringe „ihre eigenen Hassprediger hervor“.

Diese Attacken blieben indes nicht ohne Antwort. Mit einer scharfen Replik widersprach Regina Mönch in der „Frankfurter Allgemeinen“: „Wer hoffte, die Kritik an parallelen Welten, an demonstrativer Verachtung für westliche Freiheiten werde nicht mehr sofort und umstandslos als eine Form von rechtsradikalem Rassenhass denunziert, ist nun eines Schlimmeren belehrt.“ Mönch sieht bei Rommerspacher und ihren Mitstreitern eine „alte Ideologie aus der blinden Multikultiseligkeit“ wiederauferstehen.

Kelek meint den Grund für die neuerliche Gereiztheit der „Islamversteher“ gefunden zu haben, den sie in der „Frankfurter Allgemeinen“ öffentlich macht: Nach drei Jahren „quälender“ Islamkonferenz sei unübersehbar geworden, dass mit dem organisierten Islam keine Integration gelinge. Um dieses Desaster kleinzumachen, würde nun Religionskritik an sich in Frage gestellt. Dies und das Unverständnis vieler Europäer für das Denken in der islamisch-orientalischen Kultur führe dazu, dass man sich wieder in alte Opfer-Täter-Schemata zurückziehe. Kelek erklärt damit, wie die abgegriffene Faschismuskeule in eine Debatte zurückkehren konnte, die schon einmal sehr viel sachlicher geführt worden war. *Hans Heckel*

Die Schwachen und die Faulen

Von HARALD FOURIER

Die entscheidende, ungeklärte Frage unseres Wohlstandsstaates ist nicht, wie hoch der Hartz-IV-Satz genau liegen sollte, wie viel Kindern im Verhältnis zu ihren Eltern zusteht und wann Leistungen auflaufen sollten. Die wichtigste Frage ist diese: Wie trennen wir die Schwachen von den Faulen?

Jedes Umverteilungssystem – egal, ob es für „notleidende“ Banken, von Arbeitslosigkeit bedrohte Belegschaften oder verarmte Familien erdacht wurde – zieht magisch diejenigen an, die nur Profit aus diesen Sozialleistungen ziehen wollen. In diesem Moment schlägt „gut gemeint“ allzu oft in „schlecht gemacht“ um, und ein System bewirkt das Gegenteil dessen, was es eigentlich erreichen sollte.

Mit Hartz IV sollten Langzeitarbeitslose, die es damals vor allem in den neuen Ländern gab, zur Arbeit getriezt werden. Wenn die Stütze auf 359 Euro im Monat sinkt, dann gehen die wieder arbeiten, war bei allen Politikern in der ersten Hälfte des zurückliegenden Jahrzehnts die übereinstimmende Einschätzung. Die Hartz-Gesetze sind von einer ganz großen Koalition aus SPD, FDP, Union und Grünen durchgesetzt worden.

Seitdem haben sich die Hoffnungen nur zum Teil erfüllt. Ein wenig hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert, auch weil der Druck auf Arbeitslose gestiegen ist. Auf der anderen Seite hat sich eine Unterschicht herausgebildet, für die Hartz IV nur eine einträgliche Belohnung fürs Nichtstun bedeutet. Vor allem sehr kinderreiche Familien erhalten solche Summen, dass sie bekloppt wären, wenn sie arbeiten gingen.

Das erkennen jetzt immer mehr Politiker. Da, wo sie sich täglich mit diesen Negativfolgen herumschlagen müssen, wie in Neukölln, hat sich wieder eine große Koalition aus CDU und SPD gebildet, deren Kommunalpolitiker gemeinsam fordern: Stoppt die Alimentierung der Unterschicht durch zu hohe Hartz-IV-Sätze. Selbst dem Ex-Kommunisten und Grünenchef Jürgen Trittin sind die Folgen dieser Politik nicht verborgen geblieben. In Berlin bildeten sich „Ghettos“, warnte er am Wochenende.

Von dieser großen Koalition in Neukölln könnte die große Reform ausgehen. Die Zeit ist reif, Hartz IV so zu überarbeiten, dass es sich wieder lohnt zu arbeiten, auch wenn es nur sieben, acht oder neun Euro pro Stunde sind, die Vati von der Arbeit an der Tankstelle oder im Supermarkt nach Hause bringt. Sonst werden die Kinder schon von klein auf ins Hartz-IV-Milieu getrieben, und das „Leben von der „Stütze“ wird in die nächste Generation weitervererbt.

Etwas läuft schief bei Hartz IV

Luxuskarossen auf Steuerzahlerkosten: Wenn der Kindersegen zum sozialen Füllhorn wird



Seine Erfahrungsberichte sorgen bei der großen Politik immer wieder für Erstaunen: Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (l., SPD) im Gespräch mit den CDU-Bundespolitikern Wolfgang Schäuble und Ursula von der Leyen

Bild: pa

Kurz vor dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV wächst auch in Berlin der Unmut: Viele Geringverdiener-Familien müssen mit weniger Mitteln auskommen als kinderreiche Hartz-IV-Familien.

Vor der Grundschule in der Köllnischen Heide spielt sich jeden Tag das gleiche Spektakel ab: Aufgemotzte 3er-BMW, glänzende Limousinen der Marke Mercedes-Benz und neumodische Geländefahrzeuge verstopfen die Straße. „Wir haben schon überlegt, ob wir den Unterrichtsbeginn zeitlich verlegen“, stöhnt Schulleiterin Astrid-Sabine Busse.

Die Eltern, die ihre Kinder zur Schule bringen, sind jedoch nicht – wie jemand vermuten könnte – reiche Zehlendorfer. Die Grundschule in der Köllnischen Heide liegt mitten in einem Neuköllner Problemviertel. Vier von fünf Elternhäusern beziehen Hartz IV, berichtet die Direktorin.

Kinder und Hartz IV – eigentlich ein trauriges Thema. Wer will schon, dass Kinder in Armut aufwachsen, schon von Beginn an benachteiligt sind?

Aber sind sie das wirklich? Die Nation ist gespalten. Von 359 Euro kann niemand leben, denken die einen. „Hartz IV, das ist Armut per Gesetz“, ist eine politische Losung, die weit über die Linkspartei hinaus unterstützt wird. Auch deswegen übertreffen sich alle Parteien – sogar die FDP – in Wahlkampfzeiten darin, weniger Härten für Hartz-IV-Empfänger zu versprechen.

Auf der anderen Seite gibt es eine entgegengesetzte Kritik, vorgetragen von Einzelnen wie Thilo Sarrazin. Für Angehörige der Unterschicht mache es der Sozialstaat immer unattraktiver, überhaupt zu arbeiten, klagen sie. Neuerdings stößt auch Roland Koch (CDU) in dieses Horn. Er hatte kritisiert, dass eine „deutlich sichtbare Minderheit“ das System ausnutze. Deswegen müsse die bestehende Arbeitspflicht für gesunde Stütze-Bezieher intensiver durchgesetzt werden.

Was hat Koch und Sarrazin zu ihren Attacken getrieben? Es könnte ein Besuch in Neukölln gewesen sein. Für viele Ungelernte, gerade aus dem Zuwanderermilieu, sei Hartz IV ein magisches Füllhorn, beklagen Beobachter vor Ort. Auch Schulleiterin Busse ist empört darüber, dass viele Eltern allein durch ihre hohe Kinderzahl so viel Geld bekämen, wie sie mit Arbeit kaum je verdienen könnten. Zu den Nutznießern zählen ihrem Eindruck nach auffällig viele Zuwandererfamilien. Als sie vor einer Woche zusammen mit dem Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) bei „Stern TV“ auftrat, rechnete sie dem Publikum vor: „Die kommen auf bis zu 3000 Euro netto.“ Viele Zuschauer, die trotz harter Arbeit mit deutlich weniger auskommen müssen, waren geschockt.

> »Die kommen auf bis zu 3000 Euro netto«

Die wirkliche Armut, so die Schulleiterin, sei in den Familien zu Hause, wo die Eltern für wenig Geld arbeiten gingen, zum Beispiel für sieben Euro in der Stunde. Diesen Eltern bleibe nicht mehr als den Stütze-Empfängern, doch für die Arbeitenden gebe es keine Erstausstattung vom Amt bei Geburt oder Einschulung und auch keine Befreiung von Kosten für Lehrmaterialien oder für Schulausflüge und Klassenreisen.

Der Unmut darüber greift um sich. So forderte am vergangenen Wochenende die Neuköllner Bundestagsabgeordnete Stefanie Vogelsang (CDU), Eltern zu bestrafen, wenn ihre Kinder nicht zur Schule gehen. Wörtlich sagte sie, dass es sich hierbei „fast ausschließlich um Leistungsempfänger von ALG II handelt“. Ihre Leistungen müssten um 30 Prozent gekürzt werden.

Auch Heinz Buschkowsky hat schon mehrfach verlangt, integrationsunwilligen Sozialhilfeempfängern die Leistungen zu streichen. In Wirklichkeit meint er nicht „integrationsunwillig“, sondern arbeitsunwillig. Das offen auszusprechen, verbietet die Politische Korrektheit. Buschkowsky hat ausgerechnet, dass ein Handwerker, der 10,50 Euro in der Stunde verdient, auf ein Nettogehalt von 1829 Euro kommt. Jedoch: „Der Hartz-IV-Empfänger mit drei Kindern erhält 2000 Euro.“ Ein Paar mit vier Kindern kommt mit Hartz IV laut „Bild“-Zeitung auf bis zu 2792 Euro im Monat.

Die Debatte darüber, was an staatlich organisierter Barmherzigkeit für Großfamilien notwendig ist, hat unterdessen nicht mehr nur eine politische Dimension. Sie ist jetzt auch eine juristische Frage. In wenigen Tagen entscheidet das Bundesverfassungsgericht: Gerichtspräsident Hans-Jürgen Papier hat ein Grundsatzurteil angekündigt, auf das Millionen Deutsche mit Spannung warten: Am 9. Februar wird über Inhalt und Grenzen eines menschenwürdigen Existenzminimums entschieden. Es spricht einiges dafür, dass das Gericht die Regelsätze für Kinder eher noch erhöht als senkt.

Kläger sind drei westdeutsche Familien, die vom Arbeitslosengeld II leben und argumentieren, für ihre Kinder erhielten sie zu wenig. Zwei untergeordnete Gerichte gaben ihnen dahingehend recht, dass die bisherige pauschale Abschlagszahlung für Kinder rechtswidrig sei. Der normale Regelsatz eines erwachsenen Hartz-IV-Empfängers liegt derzeit bei 359 Euro, außerdem übernimmt der Staat die Kosten für die Miete. Kinder erhalten weniger: 215 Euro bis sechs Jahre, 251 bis 14 Jahre.

Nicht alle Hartz-Empfänger sind damit unzufrieden. So präsentierte Günther Jauch in der „Stern-TV“-Sendung, in der Buschkowsky und die Neuköllner Schulleiterin auftraten, auch eine Türkin namens Songül. Die 31-Jährige bekommt für sich und ihre zwei Söhne über 1400 Euro pro Monat. „Eine Erhöhung der Sätze würde nichts bringen“, sagt sie. *Markus Schleusener*

»Ohne Herkunft keine Zukunft«

Im Gespräch: Schulbuchverlegerin Ruth Cornelsen rettet mit ihrer Kulturstiftung preußische Bauten

PAZ: *Sehr geehrte Frau Cornelsen, Sie gelten heute in Berlin und Brandenburg als Grande Dame des Stiftungswesens. Ist Ihre Leidenschaft für geschichtsträchtige Bauten etwas, was Sie schon in jungen Jahren bewegt hat, oder hat sich diese erst mit den Jahren und der Erfahrung entwickelt?*



Ruth Cornelsen

Cornelsen: Mein großes Interesse für kulturhistorische Bauten hat sich seit dem Fall der Mauer vertieft, als ich unser reiches geschichtsträchtiges Erbe „so vereint“ erlebte.

PAZ: *Wieso haben es Ihnen gerade preußische Gebäude und Kunstgegenstände angetan?*

Cornelsen: Weil sie unsere Vergangenheit sichtbar machen und aufleben lassen, denn ohne Herkunft keine Zukunft! Dass es gerade preußische Denkmale sind, wird daran liegen, dass ich das Glück habe, in Berlin zu leben und das Umfeld von Potsdam, was wir ja auch fördern, gut zu kennen.

PAZ: *Was war Ihr Hauptanliegen, als Sie 1996 zum 50-jährigen Bestehen des von Ihrem Mann gegründeten Schulbuchverlags Cornelsen die Stiftung gründeten?*

Cornelsen: Mein Mann, Franz Cornelsen, war ein begnadeter Unternehmer, Verleger und Stifter. Er hatte bereits drei gemeinnützige Stiftungen gegründet, deren Satzung vornehmlich der Bildungsökonomie, dem Umweltgedanken und der Kultur ganz allgemein verschrieben war. So war meine Gründung der Cornelsen Kulturstiftung eine Hommage an ihn, der das 50-jährige Jubiläum seines Verlages für Bildungsmedien nicht mehr erlebt hat.

PAZ: *Besteht das Hauptanliegen heute noch fort, oder hat es sich zugunsten anderer Ziele im Laufe der Jahre verschoben?*

Cornelsen: Die von mir gestaltete Satzung der Cornelsen Kulturstiftung schreibt dauerhafte Denkmalpflege, weit über mein Leben hinaus, vor. Und zwar in Berlin, Potsdam und dessen nahem Umfeld.

PAZ: *Die Beteiligung Ihrer Stiftung an der Renovierung von Schloss Caputh mit 1,2 Millionen Euro und Schloss Schönhausen mit 1,5 Millionen Euro ist zwar vermutlich eines der bekanntesten Förderprojekte Ihrer Cornelsen Kulturstiftung, doch haben Sie auch ein Lieblingsprojekt?*

Cornelsen: Mein Lieblingsprojekt war bisher die Restaurierung aller noch vorhandenen originalen Tapeten in Königin Luises Sommerwohnsitz Schloss Paretz/Ketzin, auch deshalb, weil es von Besuchern und Anwohnern begeistert angenommen wird, und das erhoffe ich mir nun für Schloss Schönhausen, das 300 Jahre deutscher Geschichte optisch erfahrbar macht: Barock, Rokoko und DDR-Geschichte!

PAZ: *Es heißt, die Stiftung habe jedes Jahr 750 000 Euro zu vergeben. Gibt es schon Pläne für das Jahr 2010?*

Cornelsen: Die Cornelsen Kulturstiftung hatte aus dem Stiftungskapital tatsächlich bis jetzt Zinserträge von zirka 750 000 Euro pro Jahr. Das wird sich aber durch die stark reduzierten Zinse, seit der Wirtschaftskrise drastisch vermindern. Die Geldmittel sind jedenfalls auf Jahre hinaus verplant und Anträge zwecklos.

PAZ: *Müssen Sie als Stifterin auch gegen Widerstände kämpfen, oder wird Ihr Engagement durchweg positiv bewertet und öffnet Ihnen Tür und Tor?*

Cornelsen: „Durchweg positiv bewertet“, das wäre eine erstaunlich magere Resonanz. Es wird mir eher bestätigt, dass die Cornelsen Kulturstiftung Berlin und Potsdam „zum Leuchten“ bringt. Beispiele sind das Kreuz auf dem Berliner Dom sowie die zahlreichen restaurierten Schlösser in und um Potsdam.

PAZ: *Sie gelten als Befürworterin des Wiederaufbaus des Berliner Stadtschlosses, auch wenn Ihre Stiftung sich bisher nicht finanziell beteiligt hat. Wie stark schätzen Sie die Kräfte gegen den Wiederaufbau ein? Können sie den Wiederaufbau noch verzögern oder gar verhindern?*

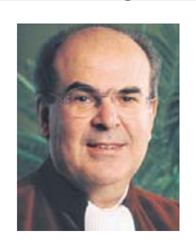
Cornelsen: Zum Berliner Schloss: Stadtschloss heißt nur das Potsdamer Stadtschloss, hierzu kann ich nur sagen, dass ich mir den baldigen Wiederaufbau sehr wünsche.

Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

Kein Geld für Häftlings-Eltern

Berlins Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) fordert, Eltern inhaftierter Jugendlicher das Kindergeld zu streichen und die Mittel direkt den Gefängnissen zukommen zu lassen. Dafür müsse die Bundesregierung das Einkommensteuergesetz ändern, so die Senatorin – ein Vorschlag der parteiübergreifend auf Zustimmung stößt. Allein die Grünen lehnen den Plan ab. Die Eltern von 246 derzeit in Berlin inhaftierten Jugendlichen erhalten Kindergeld – jetzt 184 Euro monatlich. Dabei findet die Ausbildung und Versorgung der Jugendlichen in den Strafanstalten statt. Die bisherige Regelung sei eine ungerechte Mittelverteilung, bei der Eltern straffreier Jugendlicher faktisch schlechter gestellt seien als die Eltern inhaftierter, argumentiert die Behörde. Der Steuerzahler finanziere somit nicht nur den Aufenthalt in Haft, sondern auch die Eltern der Häftlinge bezuschussen – das sei ein Unding. *SV*

Zeitzeugen



Vassilios Skouris – Seine juristische Ausbildung erhielt der 1948 in Thessaloniki geborene Präsident des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in Deutschland. Nach Jurastudium in Berlin und Hamburg erlangte er jedoch in zahlreichen Positionen in Griechenland Praxis in der Juristerei. 1999 wurde er Richter am EuGH, dem er seit 2003 vorsteht.

Hans-Jürpen Papier – Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts (*1943) studierte zur gleichen Zeit wie Skouris an der Freien Universität Berlin. Der im Februar in Pension gehende Papier hat schon mehrfach davor gewarnt, dass das EuGH versuche, dass deutsche Bundesverfassungsgericht in die Schranken zu weisen. Das Karlsruher Urteil zum Lissabon-Vertrag vom Juni 2009 sollte nebenbei auch dem EU-Recht seine Grenzen aufzeigen.



Hans-Detlef Horn – Die Forschungsinteressen des Professors für Öffentliches Recht an der Philipps Universität Marburg liegen sowohl in den Bereichen des Staats- und Verfassungsrechts als auch auf den Gebieten des Verwaltungsrechts sowie des Europarechts. Der 1960 Geborene arbeitet mit der Staatlichen Russischen Immanuel Kant-Universität in Königsberg zusammen. Er ist im zweiten Hauptamt Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof.

Peter Gauweiler – Der 60-jährige CSU-Politiker sorgte mit seiner Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Lissabon-Vertrag für Unmut bei Anhängern jenes Vertragswerkes. Als Ergebnis seines Engagements urteilte Karlsruhe, dass Brüssel die Verfassungsidentität der EU-Mitgliedsstaaten stärker zu beachten habe.



Dietrich Murswiek – Der Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br. war Gauweilers wichtigster Gutachter bei der Lissabon-Klage. Aktuell erregt das 61-jährige CDU-Mitglied Aufsehen mit dem Hinweis, dass das Gesetz über das Vertriebenenzentrum in Berlin der Bundesregierung gar nicht erlaube, die Bestellung von BdV-Präsidentin Erika Steinbach zu verweigern.

EuGH verschiebt die Grenzen

Wahrung oder Anmaßung des Rechts? – Von Prof. Dr. Hans-Detlef Horn

Die Fälle häufen sich. Erneut hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg in massiver Weise die Regelungskompetenzen des nationalen Gesetzgebers beschnitten. Widerspruch ist geboten.

Erneut ist es das unionsrechtliche Verbot der Diskriminierung wegen des Alters, das dem EuGH dazu das Werkzeug liefert. Daran war schon das Reformgesetz zur Befristung von Arbeitsverträgen gescheitert. Das damalige Urteil aus dem Jahre 2005 in der Rechtssache Mangold war und ist zu Recht erheblicher Kritik ausgesetzt. Doch setzt der EuGH davon unbeirrt seine Linie fort. Jetzt hat er eine Bestimmung des deutschen Kündigungsschutzrechts „über die Klinge springen“ lassen: Auch die Vorschrift, wonach bei der Berechnung der Kündigungsfrist Beschäftigungszeiten des Arbeitnehmers vor Vollendung seines 25. Lebensjahres unberücksichtigt bleiben, verstoße gegen das Verbot der Altersdiskriminierung und dürfe daher in einem Rechtsstreit nicht angewendet werden.

Die neuerliche Maßregelung des bundesdeutschen Gesetzgebers beruht zwar auf einer etwas anderen Rechtslage als noch in der Sache Mangold. So fällt die besagte Kündigungsvorschrift mittlerweile, das heißt seit dem Ablauf der Umsetzungsfrist am 2. Dezember 2006, in den Anwendungsbereich der Antidiskriminierungsrichtlinie 2000/78, und auch das in der Grundrechte-Charta (Art. 21 Abs. 1) enthaltene Verbot der Altersdiskriminierung hat seit dem Vertrag von Lissabon primärrechtliche Geltung erlangt.

Gleichwohl fordert auch dieses Urteil vehementen Widerspruch. Es macht in frappanter Weise deutlich, wie es der EuGH in der Hand hat und in die Hand nimmt, das supranationale EU-Recht von seinen immanenten Schranken der begrenzten Einzelermächtigung und der Subsidiarität zu lösen und zu Lasten der mitgliedstaatlichen Kompetenzen zu einem bundesstaatsähnlichen Regelungswerk voranzutreiben. Noch 1986 (in der sogenannten „Solange II“-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts) ging es darum, den EuGH für den Schutz der Grundrechte vor einer übergreifenden europäischen Rechtssetzung in die Verantwortung zu nehmen. Worum es aber heute ebenso gehen muss, das ist der Schutz der nationalen Rechtssetzung vor einer übergreifenden Grundrechtejudikatur des EuGH.

Die dahingehende Kritik kann zumindest an den folgenden Punkten ansetzen.

Eine Anmaßung legislativer Kompetenzen

Erstens: Mit dem Kunstgriff der „kombinierten“ Anwendung der Antidiskriminierungsrichtlinie und dem Altersdiskriminierungsverbot als eines europäischen Grundrechts gewinnt die Richtlinie eine unmittelbare (Vorrang-) Wirkung im nationalen Rechtsraum, die sie aber nach den EU-Verträgen gerade nicht hat. So ergibt sich ohne weiteres die Rechtsfolge, die der EuGH denn auch ohne Zaudern ausspricht: Eine entgegenstehende nationale Vorschrift ist von nationalen Gerichten unangewendet zu lassen, wenn die Normkollision nicht durch richtlinienkonformen Auslegung der nationalen Norm ausgeräumt werden kann. Da dies auch im Fall eines Rechtsstreits zwischen Privaten gilt, ereignet sich die Richtlinienwirkung zudem im horizontale Verhältnis – eine Auswirkung, die aber unweigerlich mit der Entscheidung der Verträge kollidiert, dass die EU nur im Wege der Verordnung Verpflichtungen zu Lasten der Bürger mit unmittelbarer Wirkung anordnen kann. Der Kunstgriff kommt somit der Anmaßung legislativer Kompetenzen gleich.

Zweitens: Die Anwendung der europäischen Grundrechte oder allgemeinen Grundsätze des Unionsrechts durch den EuGH hat weitenteils den Charakter und die Kontrolldichte einer verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung im nationalen Raum angenommen. Zwar betont der Gerichtshof wiederholt, dass die Mitgliedstaaten über einen weiten Regelungsspielraum verfügten. Doch kommt es darauf an, wie weit dieser Spielraum reicht. Im Bereich des Diskriminierungsverbots setzt der EuGH derart enge Grenzen, dass offenbar gänzlich in den Hintergrund getreten ist, was den europäischen Rechtsgrundsatz von einem nationalen Grundrecht unterscheidet. Denn jenes ist in seinem Ursprung internationalrechtlicher (völkervertragsrechtlicher) Herkunft und in seinem europarechtlichen Wesen spezifisch supranationaler Natur. Dem muss stärker Rechnung getragen werden. Insoweit ist vom Gerichtshof die Beachtung jener Maßgaben einzufordern, die die Mitgliedstaaten in Art. 6 EUV und im Titel VII der Grundrechte-Charta gerade zur Verhinderung einer „ausbrechenden“ Rechtsprechung getroffen haben.

Drittens: Die Auswirkungen dieser Rechtsprechung werden vollends offenbar, sieht man auf die prozessualen Konsequenzen, die der EuGH zum Ende seines Urteils ausführt. Die Rechtsfolge der Unanwendbarkeit eines innerstaatlichen Gesetzes, das nach Auffassung der nationalen Gerichte dem Unionsrecht entgegensteht, bedarf noch nicht einmal eigens des Ausspruchs in einer Vorabentscheidung des EuGH. Eine dem Art. 100 GG entsprechende Verpflichtung, zum Schutze des Vertrauens in die Anwendung geltender Gesetze eine vorherige Entscheidung des Gerichtshofs einzuholen, kennt das EU-Recht nicht. Somit erstarken die Fachgerichte endgültig zu europäischen Gerichten – in ihrer Entscheidungskompetenz über die Anwendbarkeit parlamentarischer Gesetze auf Augenhöhe mit, genau besehen über dem Bundesverfassungsgericht stehend. Man kann gespannt sein, ob und wie das Karlsruher Gericht die im Lissabon-Urteil nochmals deutlich vorbehaltene Befugnis zur Verhinderung von Kompetenzüberschreitungen („Ultra-vires“-Kontrolle) der EU wahrnimmt und der exzessiven Rechtsprechung des EuGH entgegentritt.



Weitet seine Kompetenzen schleichend zu Lasten der nationalen Gerichte aus: Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg Bild: Becker & Bredel

Der aktuelle Fall: Streit um eine Kündigungsfrist

Die heute 31-jährige Seda Kücükdeveci hat die zweifelhafte Ehre, dass seit diesem Jahr ein juristischer Präzedenzfall eng mit ihrem Nachnamen verbunden ist. Als ihr vor drei Jahren von ihrem Arbeitgeber, einem Essener Büroartikelhersteller, gekündigt wurde, war die junge Frau entsetzt, dass die Kündigungsfrist nur einen Monat betrug, obwohl sie seit zehn Jahren im Betrieb tätig war. Erstmals hörte sie davon, dass es seit 1926 im deutschen Gesetz verankert sei, dass bei der Berechnung der Kündigungsfrist Beschäftigungszeiten vor dem 25. Lebensjahr nicht berücksichtigt würden. Grund hierfür war die Annahme, dass jüngere Menschen wegen ihrer größeren Mobilität weniger schutzbedürftig seien.

EU-Recht vor deutschem Recht?

Kücükdeveci und ihre Anwälte sahen das nicht so und klagten. Zwar wurde die Klage in erster Instanz abgewiesen, doch das als Berufungsinstanz befragte Landesarbeitsgericht Düsseldorf zweifelte an der Vereinbarkeit der deutschen Regelung mit dem europäischen Gemeinschaftsrecht und suchte um eine Vorabentscheidung durch den Europäischen Gerichtshof an. Dieser urteilte, dass die Nichtanrechnung der Dienstzeiten junger Arbeitnehmer bei der Kündigungsfrist dem EU-Verbot der Altersdiskriminierung widerspreche.

Kritiker des Urteils monieren, dass die Klage den Richtern in Luxemburg die Möglichkeit gegeben habe, sich über das deutsche Recht zu erheben. So hätten sie nur die Gewichtung vorhandener Gesetze in ihrem Sinne vorgenommen. Ab sofort sind deutsche Richter laut EuGH angehalten, eine „unionsrechtswidrige nationale Regelung, die in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fällt, unangewendet zu lassen“. *Bel*

Heikler Grundrechtsschutz

Von den »Solange«-Beschlüssen zur »Bananenmarkt-Entscheidung«

Seit über 35 Jahren befasst sich das Bundesverfassungsgericht in Grundsatzentscheidungen mit der Abgrenzung zwischen europäischem und deutschem Recht und mit der Abgrenzung der Zuständigkeiten der obersten Gerichte selbst, wobei zuletzt die Initiative immer öfter vom bereits 1952 mit zunächst eng begrenzter Zuständigkeit geschaffenen heutigen Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) ausging und sich die deutsche Gerichtsbarkeit gleichsam in der Defensive befand.

Zum Grundpensum von Jura-Studenten gehören in diesem Zusammenhang die beiden sogenannten „Solange“-Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts.

Bereits 1974 legte Karlsruhe im „Solange-I“-Beschluss erstmals Kriterien fest, nach denen ein Verfahren über Widersprüche zwischen Rechtsnormen der damaligen Europäischen Gemeinschaften (EG) und deutschem Verfassungsrecht zu beurteilen ist. Damals behielt sich das Bundesverfassungsgericht noch vor, die Vereinbarkeit von europäischem mit deutschem Recht in jedem Einzelfall selbst zu überprüfen.

„Solange der Integrationsprozess der Gemeinschaft nicht so weit fortgeschritten ist, dass das Gemeinschaftsrecht auch einen von einem Parlament beschlossenen und in Geltung stehenden formulierten Grundrechtskatalog enthält, der dem Grundrechtskatalog des Grundgesetzes adäquat ist, ist nach Einholung der in Art. 234 EG geforderten Entscheidung

Karlsruhe hat dem EuGH immer mehr Rechte überlassen

des EuGH die Vorlage eines Gerichtes der Bundesrepublik Deutschland an das BVerfG im Normenkontrollverfahren zulässig und geboten ...“ urteilten die Richter in den Roten Roben, wobei der erste Satz dieses Urteils dem ganzen Beschluss (und zwei weiteren) seinen Namen gab.

Diese Rechtsprechung änderte sich jedoch im Jahre 1986 mit dem „Solange-II“-Beschluss. Nun stellte das Verfassungsgericht fest, dass der Rechtsschutz durch die Organe der Europäischen Gemeinschaften, vor allem durch den Europäischen Gerichtshof, den Maßstäben der deutschen Grundrechte genüge, so dass Karlsruhe im Regelfall keine eigene Prüfung durchführen müsse. Dies hatte weitgehende Auswirkungen auf die Zulässigkeit von Verfassungsbeschwerden. Seit dem Maastricht-Urteil von 1993 bezeichnen die deutschen Verfassungsrichter die Aufgabenverteilung zwischen „Karlsruhe“ und „Luxemburg“ ausdrücklich als „Kooperationsverhältnis“.

Diesen Kurs hat das Bundesverfassungsgericht mit seiner sogenannten „Bananenmarkt-Entscheidung“ im Sommer 2000 bestätigt und konkretisiert, Zitat: „Verfassungsbeschwerden und Vorlagen von Gerichten, die eine Verletzung in Grundrechten des Grundgesetzes durch sekundäres Gemeinschaftsrecht geltend machen, sind von vornherein unzulässig, wenn ihre Begründung nicht darlegt, dass die europäische Rechtsentwicklung einschließlich der Rechtsprechung des EuGH nach Ergehen der Solange-II-Entscheidung unter den erforderlichen Grundrechtsstandard abgesunken sei.“ *K.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1032**

Vergiftetes Geschenk

Staat vergibt doppelte Staatsbürgerschaft immer offensiver – rechtliche Bedeutung ist nebulös

Deutschlands Politiker sehen die doppelte Staatsbürgerschaft als Schritt hin zu einer besseren Integration. Doch was für den einen Symbolpolitik ist, bedeutet für den „Beschenkten“ oft bestenfalls Behördengänge.

„Lassen wir doch beide Herzen schlagen! Wir brauchen die jungen Leute.“ Mit diesen gefühlvollen Worten plädierte Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust (CDU) auf dem Neujahrsempfang des CDU-Wirtschaftsrates dafür, junge Menschen mit Migrationshintergrund vom Optionszwang zu befreien. Dieser verlangt von Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft nach einer Regelung des Jahres 2000, sich bis zum 23. Lebensjahr für einen der beiden Pässe zu entscheiden. Beust, in dessen Stadtgrenzen 12195 junge Menschen von dieser Regelung betroffen sind, meint, auf diese Weise der Integration zu dienen. Prompt sprang ihm der Bundesvorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, bei. „Die vielen Betonköpfe in der CDU und CSU, darunter auch Frau Böhmer, sollten auf ihren klugen Bürgermeister in Hamburg, Ole von Beust, hören. Dieser hat vollkommen Recht, wir müssen schleunigst den Optionszwang beenden, der für viele junge Menschen mit Migrationshintergrund zu einer regelrechten Geißel geworden ist.“

Maria Böhmer, Bundesbeauftragte für Integration, dürfte derartige Äußerungen eher kontraproduktiv finden. Wirbt sie doch gerade dafür, dass sich junge Leute mit doppelter Staatsbürgerschaft bewusst für die deutsche entscheiden und diese nicht einfach verfallen lassen. Allerdings dürften die Vorteile der Einbürgerung, die Böhmer anführt, nur wenige junge Menschen ansprechen. So erfährt ein Deutsch-Türke, der von seiner großen türkischen Verwandtschaft immer wieder darauf aufmerksam gemacht wird, wie sehr es einen mit Stolz erfüllt, ein Türke zu sein, dass die Einbürgerung ihn zum gleichberechtigten Bürger mit allen Rechten und Pflichten als Deutscher macht. Auch könne er in den Gemeinden, in den Ländern und auf Bundesebene wählen, versucht Böhmer den jungen Mann auf ihrer Internetseite für Deutschland zu begeistern. „Sie können auch selbst für ein Parlament kandidieren und damit Ihre Interessen aktiv vertreten“, so die CDU-Politikerin weiter, die dann auch noch die freie Berufswahl und die Zugehörigkeit zur EU samt weitgehender Reisefreiheit, die der deutsche Pass eröffnet, anpreist. Die mit einer Staatsbürgerschaft verbundenen identitätsstiftenden Themen wie Heimat, Vaterland und Zugehörigkeit zu einer Nation und seinem Volk erwähnt Böhmer jedoch mit keinem Wort. Genau dieses Weglassen bringt dem erwähnten Deutsch-Türken, der in seinem Elternhaus genau diese emotionalen Aspekte einer Staatsbürgerschaft geboten bekommt, jedoch in einen Konflikt zwischen Gefühl und Verstand.

> Behörden können Mehrstaatlern Fragen nicht beantworten

Doch selbst wenn man nur die sachlichen Aspekte der Staatsbürgerfrage betrachtet, zeigt sich, dass Träger einer doppelten Staatsbürgerschaft mit wenig Informationen, aber viel Papierkram bedacht werden. Zwar sollen die Formalitäten vereinfacht werden, doch konkrete Vorschläge gibt es noch nicht. Und so gilt, dass, sollte eine betroffene Person sich bewusst für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden, sie nachweisen muss, dass sie die andere abgegeben hat. Das heißt, sie muss die Botschaft des Landes aufsuchen, aus dem ihre Eltern stammen. Das kostet Zeit und Gebühren und zudem ist kein Land verpflichtet, einen in Deutschland geborenen Bürger aus seiner Staatsbürgerschaft zu entlassen. Da die jungen Doppelstaatler fast ausnahmslos in Deutschland zur Schule gegangen sind und eine Ausbildung absolviert haben, fallen hier immerhin die Sprachtests weg. Allerdings kostet eine Einbürgerung mindestens 250 Euro Gebühren. Scheut beispielsweise der junge Deutsch-Türke diesen Aufwand oder fühlt sich der Heimat seiner Eltern verbundener, so dass seine deutsche Staatsbürgerschaft verfällt, hat er trotzdem Behördengänge vor sich, da er für seinen weiteren Aufenthalt in Deutschland als Nicht-EU-Bürger einen Aufenthaltstitel braucht. Wählen kann er natürlich auch nicht mehr.

Der vom Hamburger Bürgermeister angestrebter Beibehalt der doppelten Staatsbürgerschaft ist jedoch auch keine Vereinfachung, denn sie wirft viele Fragen in Bezug auf Bürgerrechte, Wehrpflicht sowie Erb-, Familien-, Steuer- und Konsularrecht auf. Diese konnte der *PAZ* weder die Bundesintegrationsbeauftrage oder der Hamburger Integrationsbeauftrage noch der Hamburger Innensenat oder das Bundesinnenministerium beantworten. In einem Land, in dem es für alles staatliche Informationsbroschüren gibt, hat die Politik eine doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht, ohne den Betroffenen sagen zu können, was das im Einzelnen bedeutet. Darf er in beiden Ländern die Regierung wählen? Welches Land darf ihn zum Wehrdienst ziehen? Um nur zwei Fragen zu nennen.

Unter Umständen legt der deutsche Staat jenen Kindern mit doppelter Staatsbürgerschaft bereits ein vergiftetes Geschenk in die Wiege. Denn Details zu den Rechten und Pflichten von Doppelstaatlern werden in einer Vielzahl von internationalen Verträgen und zweiseitigen Abkommen geklärt. Auch können sich deutsche Mehrstaatler bei einem Aufenthalt in dem Land, dessen Staatsangehörigkeit sie außerdem besitzen, nicht auf den sonst üblichen konsularischen Schutz der Bundesrepublik Deutschland berufen. Das kann beispielsweise für eine junge Doppelstaatlerin, deren Eltern aus dem Iran stammen, schnell gefährlich werden. Zwar kann sie sich in Deutschland im Vertrauen auf ihre deutschen Staatsbürgerrechte von der islamischen Religion ihrer Familie abwenden, doch im Falle eines Besuches bei ihrer Verwandtschaft im Iran kann sie als iranische Staatsbürgerin deswegen ohne Anspruch auf deutschen konsularischen Schutz nach iranischem Recht, also der Scharia, verurteilt werden.

Rebecca Bellano



Gefährlich: Bei einer Reise in den Iran gilt diese junge Frau als Iranin und kann sich nicht voll auf den deutschen konsularischen Schutz verlassen. Dass sie in Deutschland geboren ist und lebt, zählt dann wenig. Bild: imago

MELDUNGEN

Polen wollen Beutekunst

Warschau – Ende 2009 ging durch die Medien, dass Polen und Russland verstärkt über die Rückgabe von Beutekunst verhandeln. Der polnische Nachrichtendienst Polskaweb meldet nun, dass Warschau in den weitgehend geheimen Verhandlungen Russland eine Liste mit Rückgabewünschen übergeben habe. Überwiegend gehe es dabei um Kunstwerke, die 1945 und 1946 von Soldaten der Roten Armee aus Museen des historischen Ostdeutschlands sowie Danzigs entwendet wurden. Da die meisten Stücke erst nach dem 8. Mai 1945 gestohlen wurden, stellt Polen sich auf den Standpunkt, dass es sich um „polnisches Kulturgut“ handele. Unter den geforderten Gemälden soll sich auch das Cranach-Werk „Madonna mit Kind“ aus Glogau befinden. *Bel*

Neskovic doch gewählt

Berlin – Erst sah es so aus, als würde die Linkspartei keinen Sitz im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) erhalten. Das geheim tagende, im Jahr 1978 eingerichtete Gremium kontrolliert die drei deutschen Nachrichtendienste Bundesverfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst. Im zweiten Anlauf erhielt der Kandidat der „Linken“, der 61-jährige Wolfgang Neskovic, in namentlicher Abstimmung dann aber doch 320 Ja-Stimmen. Aus Sicht der Linkspartei erfüllt der ehemalige Bundesrichter, der bereits Mitglied der Grünen und der SPD war, die fachlichen Voraussetzungen. In dem elfköpfigen Gremium sitzen jetzt vier Abgeordnete der Union, drei der SPD, zwei der FDP und je einer von Grünen und Linken. Für die Grünen sitzt der den Geheimdiensten äußerst ablehnend gegenüberstehende ehemalige RAF-Anwalt Hans-Christian Ströbele im PKG. *Bel*

Russki-Deutsch (52):

Gulag

Von Wolf Oschlies

Einen „Gemeinsamen Untersuchungs- und Lenkungsausschuss Gesundheit“, abgekürzt Gulag, präsentierte das Magazin „Durchblick Gesundheit“ in seiner letzten Ausgabe 2009. Dahinter steckte eine satirische Absicht, und ich verkneife mir ein Urteil zu Stil und Geschmack des Blattes, nehme seine Wortschöpfung aber als Beleg für die Verbreitung des russischen Gulag bei Deutschen.

Ein reines Wort war Gulag nie, wohl aber die Abkürzung eines Wortungetüms, das ich lieber gleich übersetze: „Hauptverwaltung der Erziehungs- und Arbeitslager, Zwangsarbeitsstätten und Haftanstalten“. Weltbekannt wurde der Begriff 1974 durch Solschenizyns Werk „Archipel Gulag“, Details erfuhr die internationale Öffentlichkeit nach 1990, als mit dem Sturz des Kommunismus dessen Archive aufgingen.

Ab den ersten Monaten ihres Regimes führten Lenins Bolschewiken einen Kampf gegen (imaginäre oder reale) Gegner, für die man in kürzester Zeit so viele „Zwangsarbeitslager“ schuf, das diese ab dem Frühjahr 1919 einer Zentralverwaltung unterstellt wurden. Im November 1930 wurde daraus der Gulag, der 37 große Lager und zahllose Nebenlager umfasste. Wie viele Menschen dort einsaßen, war bis Ende der 1980er Jahre Staatsgeheimnis, aber auch die später veröffentlichte Zahl von 2,5 Millionen 1930 bis 1956 erschien kaum glaubhaft. Es dürften über zehn Millionen Gefangene und knapp zwei Millionen Getötete gewesen sein. Nebenher bemerkt: Am 1. Januar 1939 waren im Gulag 18572 Deutsche, 1951 32269.

Auch wer seine Strafe verbüßt hatte, kam aus dem Gulag nicht frei, nachdem Stalin 1938 die Kategorie der „freien Verpflichteten“ erfunden hatte. So bauten die Gefangenen drei Kanäle, acht Wasserkraftwerke, mehrere Metallkombinate, zahlreiche Bahnstrecken und Fernstraßen, die ersten Atomzentralen, aber von seinem Beginn bis zu seinem Ende 1960 ist der Gulag nie rentabel gewesen, seine Selbstkosten waren immer höher.

Fast alle Details, Unmenschlichkeiten und Brutalitäten des Gulag sind bekannt, auch die Namen der Henker und Leuteschinder in ihm. Unbekannt ist, ob es je einen Prozess gegen Gulag-Verantwortliche und -Verbrecher gab. Vermutlich nicht!

Aus für Schläger

Dresden stoppt Berliner Linksextreme

Dass Polizisten vergangene Woche im Berliner Laden „Rotes Zeug“, „red stuff“, nach Material suchten, in dem zu Straftaten aufgerufen wird, empfand die linke Szene als Affront. Einige Tausend Handzettel, Plakate und Computer wurden beschlagnahmt. Sofort protestierten Linksextreme, aber auch Politiker von den Grünen über die Linke bis zur SPD-Jugendorganisation Jusos.

Sie alle zeigen eine schiefe Auffassung von Rechtsstaat, denn die Ordnungshüter kamen einem Antrag der Dresdner Staatsanwaltschaft nach. Der beruht auf einem Gerichtsbeschluss. Im Kern geht es um eine genehmigte Demonstration einer NPD-nahen Gruppe in Dresden im Februar, die linke Kreise auch von Berlin aus mit allen Mitteln verhindern wollen. Die Razzia belegt erneut die von Berlins Innensenator Körting (SPD) in Abrede gestellte bundesweite Vernetzung gewaltbereiter Linker. Nun erwägt Dresden alle Kundgebungen am 13. Februar, dem Jahrestag der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg, zu verbieten. Die Stadt fürchtet den polizeilichen Notstand und unkontrollierbare Gewalt. Eine „Kriminalisierung von Engagierten“ empört sich Grünen-Vorsitzende Claudia Roth über die Razzia. Die „Rote Hilfe“ spricht von „staatlichen Repressionsorganen“. Die Berliner Linkspartei, vom Regierungspartner SPD zaghaft zur Distanz gegenüber militanten Linken aufgerufen, organisiert Fahrten nach Dresden, versucht aber Aufrufe wie „Nazi-Aufmarsch verhindern“ zu vermeiden.

> »Kriminalisierung von Engagierten«, so Roth

Die sächsische Linkspartei braucht keine solche Rücksichtnahme und ruft zur „Massenblockade“ auf. Auch deshalb hat die Dresdener Polizei die dortige Landesgeschäftsstelle der Partei durchsucht. Michael Leutert von der Linkspartei Sachsen sagt dazu: „Mit dieser Aktion wird der Wille vieler Menschen, sich den Nazis entgegenzustellen, von Anfang an zu einer Straftat gemacht.“ Tatsächlich waren Gegendemonstrationen bisher nicht von Verboten bedroht. Die Staatsanwaltschaft Dresden, nach eigenem Bekunden ohne Begeisterung gegen Linksextreme aktiv, muss die Meinungsfreiheit wahren – wenn eine Demonstration erlaubt ist, darf keiner sie gewaltsam beenden. Genau darum geht es aber linksextremen Gruppen. *SV*

Kläglicher Rest

Extremismus: Ministerin Köhler ausgebremst

Immer wieder hatte die seit 2002 im Bundestag sitzende Abgeordnete Kristina Köhler darauf hingewiesen, dass sie Extremismus jeglicher Couleur verabscheue. Kaum war sie Ende November unerwartet Familienministerin geworden, verkündete sie als eine ihrer ersten Amtshandlungen, dass sie den Kampf gegen linksextreme und islamistische Gewalt verstärken wolle.

Der Gegenwind, der die 32-Jährigen entgegenwehte, machte aus ihren großen Plänen schnell eine kleine Luftnummer. Zwei Millionen Euro stellt ihr Ministerium nun für den Kampf gegen linksradikale und islamistische Gewalt zur Verfügung. Angesichts der 24 Millionen Euro, die allein der Bund für den „Kampf gegen Rechts“ zur Verfügung stellt – hinzu kommen Gelder von Ländern und Kommunen –, machen sich diese zwei Millionen Euro eher bescheiden aus.

> Zwei Millionen Euro contra 24 Millionen

Das Erstaunliche ist jedoch weniger, dass Köhlers Initiative starken Protest vom Deutschen Gewerkschaftsbund, den Linken, der SPD und den Jusos erntete, sondern dass sie diesem so schnell nachgab, obwohl die Sache ihr seit Jahren ein Herzensanliegen war.

Doch Köhler ist nicht die Einzige in der neuen bürgerlichen Regierung, deren Engagement gegen Linksextremismus ausgebremst wurde. Bereits im Dezember berichtete der „Focus“, dass Innenminister Thomas de Mazière einen Paradigmenwechsel weg von der Beobachtung islamistischer Terroristen hin zu Linksextremen vornehmen wolle. So wurde erwähnt, dass einige der 400 Islamisten-Experten beim Bundesverfassungsschutz in die Überwachung des Linksextremismus wechseln sollten, weil dieser eine steigende Gewaltbereitschaft zeige. Auf Anfrage der *PAZ* hieß es aus dem Innenministerium, dass die „Sicherheitsbehörden nach wie vor alle drei Phänomenbereiche – Linksextremismus, Rechtsextremismus sowie radikalen Islamismus – gleichermaßen im Visier haben“. Offenbar geschieht dies jedoch mit äußerst unterschiedlicher Mittelausstattung.

Es sieht so aus, als könne sich auch eine bürgerliche Regierung „Rock gegen Links“ und Sozialarbeiter, die Jugendliche davor bewahren, in die linksextreme Gewaltszene abzudriften, nicht vorstellen. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

Bagdad provoziert Israel

Bagdad – Im Irak soll die Erinnerung an das Judentum ausgelöscht werden. Das berichtet die israelische Zeitung „Jerusalem Post". Danach wollen irakische Behörden die Grabstätte des alttestamentlichen Propheten Hesekiel in Al-Kifl bei Bagdad mit einer Moschee überbauen. Das Heiligtum, das für Juden und auch Christen eine beliebte Pilgerstätte ist, enthält jüdische Inschriften sowie einen Thora-Schrein. Auch die Gräber der Propheten Esra, Nehemia, Nahum, Jona und Daniel befinden sich im Irak. Juden gibt es im Gebiet des heutigen Irak seit dem 6. Jahrhundert vor Christus, als Teile des Volkes Israel in das babylonische Exil verschleppt wurden. Muslime gibt es im Irak erst seit dem Jahr 636. 1948 lebten 135 000 Juden im Land. 2003 wurden sechs der letzten 34 Juden aus Bagdad nach Israel ausgeflogen. *idea*

Türkei fordert den Nikolaus

Ankara – Der türkische Tourismus- und Kulturminister Ertugrul Günay fordert die „Rückgabe" der Gebeine des Hl. Nikolaus, die im süditalienischen Bari aufbewahrt und als Reliquie verehrt werden. Die sterblichen Überreste, die in einem Museum in Demre ausgestellt werden sollen, waren 1087 von italienischen Seefahrern – laut Günay von „Piraten" – vor den anrückenden Seldschuk-Türken in Sicherheit gebracht und nach Italien überführt worden. Der in Patara an der kleinasiatischen Küste geborene Heilige wirkte im 4. Jahrhundert als Bischof von Myra, dem heutigen Demre, wo er ursprünglich begraben war. Kleinasien war damals ein Teil des Römischen Reiches und wurde von Konstantinopel aus regiert, nachdem Kaiser Konstantin im Jahre 326 seine Residenz dorthin verlegt hatte. *RGK*

Linke gerät in Bedrängnis

Bürgerlicher Triumph in Chile: Nach Jahren der Siege ebbt die rote Welle in Lateinamerika ab

Mit dem Sieg des Mitte-Rechts-Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen in Chile mehren sich die Anzeichen für eine politische Trendumkehr in Lateinamerika. Sebastián Piñera setzte sich gegen Eduardo Frei vom Mitte-Links-Bündnis der „Concertación" durch, das seit dem Ende der Pinochet-Diktatur 1989 ununterbrochen geherrscht hatte.

Zwar ist das vergleichsweise reiche und stabile Chile in nahezu jeder Hinsicht ein Ausnahmefall unter den Ländern Lateinamerikas. Doch vervollständigt Piñeras Triumph den Eindruck, dass der Siegeszug der Linken auf dem mittel- und südamerikanischen Kontinent an sein Ende gekommen ist.

Es war nicht der erste Rückschlag für die rote Welle, die den Kontinent in den vergangenen Jahren erfasst hatte. Einer Welle, die in den Augen der Welt vor allem ein Gesicht krönte: das des venezolanischen Machthabers Hugo Chávez. Der Aufstieg des Castro-Verehrers und der seiner Freunde von Nicaragua bis Argentinien entzückte die europäische Linke und belebte ihre alte Lateinamerika-Romantik der 60er Jahre aufs Neue.

Gerade Chávez aber trug zuletzt entscheidend zum Brechen dieser Welle bei. Venezuela ist im Grunde buchstäblich von Natur aus reich: Es gehört zu den führenden Erdölförderern der Welt. Dennoch hat es Chávez in wenigen Jahren geschafft, seine Volkswirtschaft an den Rand des Ruins zu treiben. Und je enger es für sein Regime wird, je offensichtlicher das Versagen seiner brachialen Verstaatlichungspolitik, seines ans Lächerliche grenzenden Feldzugs gegen das „Imperium" USA, seiner rabiat-populistischen Volksbeglückung, desto hysterischer gerät seine Rhetorik. Drohungen gegen ausländische Autokonzerne, sie sollten gefälligst billigere Autos für Venezolaner bauen, reihten sich zuletzt an Erpressungsversuche gegen Supermarktketten, die ihre Waren zu Dumpingpreisen verschleudern sollen oder Schließung riskieren.



Chilenen wählten bewusst einen Siegertypen: Der Milliardär Sebastian Piñera Bild: pa

Das macht keine guten Schlagzeilen: Erklärte Chávez-Freunde im benachbarten Ausland mussten ihre Anhänglichkeit bereits vor einiger Zeit büßen: In Peru scheiterte Ollanta Humala 2006 bei der Wahl des Staatsoberhaupts gegen den zu Recht nicht gerade angesehenen Alan García. García ist politisch kaum einzuordnen. Es gibt Zweifel an seiner persönlichen Integrität und obendrein gilt er als farblos. Der eloquente Humala scheiterte dennoch. Beobachter meinen: Die Peruaner schrecken vor ihm zurück, weil er sich offen zum roten Schreihals Chávez und dessen Politik bekannt hatte.

Bei Chiles Nachbarn Argentinien verloren die linksgerichteten Peronisten der Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner im Juli 2009 die Parlamentswahl. Vorausgegangen waren Jahre sozialistischer Politik unter Fernández und ihrem Vorgänger und Ehemann Néstor Kirchner. Zuletzt verstaatliche Fernández im Zuge der Weltfinanzkrise kurzerhand die privaten Rentenkassen; angeblich, um sie vor „Finanzspekulanten" zu schützen – in Wahrheit, um die geschätzten 24 Milliarden Euro der klammen Staatskasse einzuverleiben. Dann brach sie noch Streit mit den mächtigen Bauern des Landes vom Zaun. Aus reinem linken „Klassenhass" gegen die „Gauchos", wie es allgemein hieß. Danach war das Vertrauen in die Peronisten beim argentinischen Volk verbraucht.

Das Beispiel Chávez schreckt die Nachbarn

In anderen linken Vorzeigestaaten des Kontinents bereiten die roten Regime ihren Untergang ebenfalls vor: In Ecuador hat der sozialistische Präsident Rafael Correa mit Tricks und Frechheiten die verfassungsmäßige Ordnung de facto außer Kraft gesetzt. In Nicaragua vergibt Alt-Genosse und Wieder-Präsident Daniel Ortega Land und billige Kredite an kleine und mittlere Produzenten nur, wenn diese vorher seiner marxistischen „Sandinisten-Front" beigetreten sind. In Bolivien treibt der Chávez-Jünger und Präsident Evo Moralez sein Land systemtisch an den Rand des Bürgerkriegs. Allen gemein ist jener Art von Machthabern die Gängelung freier Medien und ihre Verachtung für die demokratischen Regeln. Gemein ist ihnen aber auch eine Politik, welche die schmale wirtschaftliche Basis ihrer Länder gründlich zermürbt.

Das alles hat der Aura der Linken in ganz Lateinamerika heftig zugesetzt. Die betont gemäßigt linken Präsidenten wie die von Brasilien, Paraguay oder Uruguay dürften dies bislang für ein Problem der roten Ultras gehalten haben. Seit der Wende von Chile ist der Trend zum Niedergang jedoch auch in die Reihe der moderaten Linken eingedrungen. Die „Concertación", ein Bündnis aus Sozialisten, Sozialdemokraten und Christdemokraten, schien nach über 20-jähriger Regierung einfach verschlissen. Dennoch erscheint der Wechsel spektakulär: Um die „Concertación" loszuwerden, waren die Chilenen immerhin bereit, mit Sebastián Piñera einen Mann zum Präsidenten zu wählen, der weniger auf den Schultern seiner Partei „Nationale Erneuerung" ruht als auf denen seines Koalitionspartners UDI. Die UDI gilt als Sammelbecken der Anhänger des früherern Diktators Augusto Pinochet.

Optimisten sehen indes gerade darin den Durchbruch: Jetzt gebe es die Möglichkeit, auch die einstigen „Pinochetistas" mit der Demokratie zu versöhnen. Wirtschaftlich steht Chile ohnehin vergleichsweise glänzend da. Gerade wurde es als 31. Mitglied in die OECD aufgenommen, in der fast alle wichtigen demokratischen Industrieländer zusammengeschlossen sind außer Russland, Indien und Brasilien. *Hans Heckel*

Moskau ändert Südpolitik

Gute Wirtschaftsbeziehungen statt zerstörender Interessenkämpfe

In die russische Südpolitik kommt Bewegung. Zwei Themen beschäftigen das Land: der Ausgang der Präsidentschaftswahl in der Ukraine und der neu gegründete nordkaukasische Föderationsbezirk. Es geht um den Einfluss in zwei Problemgebieten an Russlands Südflanke mit geostrategischer Bedeutung. Gestörte Beziehungen auf der einen und ständige Unruhen auf der anderen Seite haben der russischen Innenpolitik in den vergangenen Jahren erheblich geschadet.

Seit die Ukraine 2004 während der orangenen Revolution ihren westlich orientierten Präsidenten Viktor Juschtschenko gegen den Willen Moskaus durchgedrückt hatte, kühlte sich das Verhältnis zu Kiew ab, bis Moskau schließlich seinen Botschafter abberief. Nachdem nun klar ist, dass der verhasste Juschtschenko die Wahl verloren hat und aller Voraussicht nach der kremlnahe Viktor Janukowitsch das Rennen machen wird, beschloss Dmitrij Medwedew, wieder einen diplomatischen Vertreter nach Kiew zu schicken. Er ernannte Michail Surabow nicht nur zum Botschafter, sondern auch zu seinem Vertreter für die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der Ukraine. Die Regierung in Moskau rechnet fest mit einer Annäherung zwischen beiden Ländern, egal ob am 7. Februar Viktor Janukowitsch oder Julia Timoschenko Präsident wird.

Im Nordkaukasus wütet seit Jahren ein Untergrundkrieg, bei dem muslimische Rebellen, Banditen und skrupellose Vertreter der regionalen Verwaltungen brutal um die Vorherrschaft kämpfen. Präsident Medwedew bezeichnete die Situation im Nordkaukasus als eines der größten innenpolitischen Probleme. Erklärtes Ziel ist es, die Region unter die Kontrolle Moskaus zu bringen. Vergangene Woche gab er die Gründung eines eigenen Nordkaukasischen Regierungsbezirks bekannt, dem sieben überwiegend muslimische Regionen angehören. Der Bereich umfasst die mehrheitlich von Russen bewohnte Region Stawropol mit der Hauptstadt Pjatigorsk, die muslimischen Republiken Dagestan, Tschetschenien, Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Karantschajewo-Tscherkessien und das russisch-orthodox geprägte Nordossetien. Zum Generalbevollmächtigten von Pjatigorsk wurde der kremltreue Oligarch Alexander Chloponin bestimmt, ein selbst bei Kritikern anerkannter Manager.

Oligarch Chloponin als Hoffnungsträger im Nordkaukasus

Mit der Ernennung des 44-Jährigen setzt der Kreml Zeichen, denn bisher waren die Gouverneure stets Generäle, die gewaltsam für Ordnung sorgten. Das soll sich mit Chloponin ändern. Moskau hofft, dass die Wirtschaftsförderung eine Schlüsselrolle zur Befriedung der instabilen Lage spielen wird. Obwohl Moskau jährlich rund 4,14 Milliarden Euro in den Kaukasus pumpt, liegt die Arbeitslosenquote mit 50 Prozent in Inguschetien, 30 Prozent in Tschetschenien und 20 Prozent in Kabardino-Balkarien überdurchschnittlich hoch. Sie wird als ursächlich für extremistische Gesinnungen und Terrorismus gesehen. Chloponin, der als Gouverneur von Krasnodar seine Fähigkeit zum Aufbau effektiver regionaler Wirtschaftsstrukturen bewiesen hat, soll für ein günstiges Investitionsklima und neue Arbeitsplätze sorgen. Das Regierungsduo Medwedew/Putin hat ihn mit Vollmachten ausgestattet, die in der Verfassung nicht vorgesehen sind. Sein mit 15 Millionen Euro veranschlagtes Jahreseinnahmen macht den Unternehmer zum reichsten Beamten Russlands. Die Hoffnung ist, das dies in einer der korruptesten Regionen seine Unabhängigkeit sichert. *MRK*

Trauerspiel am Hindukusch

Fontane dichtete schon 1857 über den Untergang bei »Cabul«

Schon Alexander der Große, der im 4. Jahrhundert vor Christus mit zunächst eher kleinen Truppen von Griechenland bis zum Ganges vorstieß, biss sich am Hindukusch die Zähne aus. Seitdem erlitt in Afghanistan eine Supermacht nach der anderen ihr Waterloo, sodass eine alte asiatische Redensart lautet: „Wenn Gott eine Nation bestrafen will, lässt er sie in Afghanistan einfallen." Es ist weniger die Kampfkraft der durchaus uneinigen Völker dieses Landes als vielmehr die schwierige Geographie, die zu dieser Serie geführt hat. Die nationale Vielfalt macht allerdings eine wirksame Befriedung des Landes extrem schwierig: Wo es keine echte Zentralmacht gibt, gibt es auch nicht die Chance für eine auswärtige Macht, das Land mit der Kontrolle der Hauptstadt zu beherrschen.

Diese Erfahrung musste nach 1979 die Sowjetunion machen. Mit 80 000 Mann war die Supermacht auf dem Höhepunkt ihrer Stärke einmarschiert, beim Abzug zehn Jahre später war das Imperium im Zusammenbruch begriffen.

Gleich mehrfach in dem zentral-asiatischen Land gescheitert ist Großbritannien, in dessen Hauptstadt London nun am Donnerstag die „Truppenstellerkonferenz" für Afghanistan durchgeführt hat. 1839 war das Empire mit seinem Indus-Heer in Afghanistan einmarschiert. 1842 brach ein Aufstand aus, Kabul war nicht mehr zu halten. Zwar wurde den Briten freies Geleit zugesichert, doch auf dem Abzug der insgesamt gut 16 000 Briten kam es zur Katastrophe, nur einer, der Stabsarzt Dr. William Brydon, erreichte Jalala-bad. Theodor Fontane hat dem Ereignis 1857 mit der Ballade

London hat Erfahrung mit Niederlagen am Hindukusch

„Das Trauerspiel von Afghanistan" ein literarisches Denkmal gesetzt:

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt / Ein Reiter vor Dschellalabad hält, / „Wer da!" – „Ein britischer Reitersmann, / Bringe Botschaft aus Afghanistan."

Afghanistan! er sprach es so matt / Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt, / Sir Robert Sale, der Commandant, / Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen in's steinerne Wachthaus ihn, / Sie setzen ihn nieder an den Kamin, / Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht, / Er athmet hoch auf und dankt und spricht:

„Wir waren dreizehntausend Mann, / Von Cabul unser Zug began, / Soldaten, Führer, Weib und Kind, / Erstarrt, erschlagen, verrathen sind.

„Zersprengt ist unser ganzes Heer, / Was lebt, irrt draußen in Nacht umher, / Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt, / Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt."

Sir Robert stieg auf den Festungswall, / Offiziere, Soldaten folgten ihm all', / Sir Robert sprach: „Der Schnee fällt dicht, / Die uns suchen, sie können uns finden nicht.

„Sie irren wie Blinde und sind uns so nah, / So laßt sie's hören, daß wir da, / Stimmt an ein Lied von Heimath und Haus, / Trompeter, blas't in die Nacht hinaus!"

Da huben sie an und sie wurden's nicht müd' / Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied, / Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang, / Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.

Sie bliesen die Nacht und über den Tag, / Laut, wie nur die Liebe rufen mag, / Sie bliesen – es kam die zweite Nacht, / Umsonst, daß ihr ruft, umsonst, daß ihr wacht.

Die hören sollen, sie hören nicht mehr, / Vernichtet ist das ganze Heer, / Mit dreizehntausend der Zug begann, / Einer kam heim aus Afghanistan. PAZ/K.B.

In der Falle des künstlichen Wachstums

Zwar ist Chinas Wirtschaft offiziell um 8,5 Prozent gewachsen, doch der Preis hierfür ist hoch

Droht 2010 ein China-Crash? Den sagt der US-Hedgefondsmanager James Chanos voraus, der bereits die Enron-Pleite vorhersah. Oder ist das von ihm entworfene Szenario absurd, wie der US-Investmentguru Jim Rogers behauptet? Fakt ist, dass die chinesische Wirtschaft zahlreiche Risiken aufweist. Das hat auch Peking erkannt.

Nur wenige Tage nachdem die Medien vermeldet hatten, dass die chinesische Wirtschaft trotz Weltwirtschaftskrise um 8,5 Prozent gewachsen sei, war den Wirtschaftsspalten der seriösen Blätter folgende Randnotiz zu entnehmen: „Die chinesische Zentralbank möchte Liquidität aus dem Bankensystem nehmen, um das Tempo des Kreditwachstums zu verlangsamen und erhöht den Mindestreservesatz.“ Dies zeigt an, dass Peking eine Überhitzung seiner Wirtschaft sowie das Platzen fauler Kredite befürchtet und nun Gegenmaßnahmen ergreift. Wenige Tage später wurde bekannt, dass die Regierung in Peking die Banken in ihrem Land angewiesen hat, im Januar keine weiteren Kredite mehr zu gewähren. Auch ordnete die Zentralbank an, dass 2010 maximal Kredite in Höhe von umgerechnet 800 Milliarden Euro ausgegeben werden dürften. 2009 waren es noch über eine Billion Euro.

Diese Eingriffe der kommunistischen Regierung im Reich der Mitte sind ein eindeutiges Indiz dafür, dass die vom US-Hedgefondsmanager James Chanos prophezeite China-Blase nicht aus der Luft gegriffen ist. Doch anders als bei der Bankenkrise in den USA interveniert hier die Regierung möglicherweise noch rechtzeitig. Denn auch wenn China an hohen Wachstumsraten gelegen ist, so ist ein wie auch immer gearteter Crash nicht hinnehmbar. Allerdings ist Peking im letzten und vorletzten Jahr, als der Export in den Westen – vor allem in die USA – wegen der Banken- und der ihr folgenden Wirtschaftskrise massiv einbrach, gleich mehrere Risiken eingegangen, um trotz Krise den Export insgesamt zu steigern.

So hielt das Land den Yuan künstlich niedrig, um die Exportwaren zu verbilligen. Hierfür musste die Zentralbank immer mehr im Wert sinkende Dollar kaufen. Zudem verärgern Chinas verbilligte Exporte zahlreiche Staaten. Bis jetzt begehren andere Staaten erst vereinzelt gegen Pekings Währungspolitik auf – so hat Indien bereits bei der Welthandelsorganisation eine Dumpingklage eingereicht –, doch früher oder später drohen Handelskriege. Das weiß auch die kommunistische Führung, doch in dem Moment, in dem der Yuan auch nur um wenige Prozente aufgewertet wird, können viele Hersteller nicht mehr wirtschaftlich produzieren. Firmenpleiten drohen. Zudem kann das Land seine vielen Waren auch nur absetzen, weil sie zu Dumping-Preisen die Märkte überschwemmen. Nähern sich die Preise jedoch den realen Produktionskosten an, produzieren andere Länder oft billiger und die Chinesen bleiben auf ihren Waren sitzen, was ebenfalls Unternehmenspleiten mit sich brächte.

Als aufgrund der Krise bereits Ende 2008 viele Fabriken schließen mussten, musste ein Ersatz für die wegfallenden Arbeitsplätze her. Die Regierung legte ein Konjunkturpaket in Höhe von 400 Milliarden Euro auf, die Provinzregierungen legten 1,6 Billionen Euro drauf. So konnten alleine bei dem Ausbau des 16 000 Kilometer langen Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes Hunderttausende arbeitslos gewordene Wanderarbeiter beschäftigt werden. Überall schießen im Land monströse Betonpfeiler aus dem Boden, es werden Millionen Eisenbahnschienen verlegt und zig Brücken gebaut. Das dazu benötigte Material kommt aus zumeist unrentablen Staatsbetrieben. Diese bleiben so künstlich ausgelastet. Gleichzeitig werden neue Werke aus dem Boden gestampft, wohlwissend, dass hier weitere Überkapazitäten entstehen.

> Unrentable Betriebe mit billigen Krediten am Leben gehalten

Der größte Investor bei allem ist der Staat. Seine Investitionsquote lag im ersten Halbjahr 2009 bei 45 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Doch China braucht Wachstum, um dem Streben seiner 1,3 Milliarden Einwohner nach steigendem Wohlstand entgegenzukommen. Und so waren Kredite – zumindest bis vor kurzem – für alle billig zu haben. „Die Unternehmen sind so vollgestopft mit billigem Geld, dass sie gar nicht wissen, wohin damit“, gibt Jörg Wuttke, Präsident der EU-Handelskammer in Peking, zu bedenken. Und wer das billige Geld nicht direkt in Unternehmen investiere, spekuliere stattdessen an der Börse oder auf dem Immobiliensektor. „Das Kreditwachstum ist exzessiv und führt zu Blasen im Immobilien- und Aktienmarkt“, warnte im August 2009 Wu Xiaoling, die bis 2008 stellvertretende Gouverneurin der chinesischen Zentralbank gewesen ist. Das billige Geld führt dazu, dass über Bedarf Wohnungen und Büros gebaut werden. Doch inzwischen steigen die Preise nicht mehr, sondern sinken, da viele Häuser keine Mieter finden.

Auch führt die Tatsache, dass viele Bezirksregierungen defizitären Betrieben lieber einen weiteren Kredit beschaffen, als dessen Schließung zu riskieren und durch ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit die Bevölkerung gegen sich aufzubringen, dazu, dass viele Kredite bereits vom Moment der Vergabe an „faul“ sind. Experten schätzen, dass bei 30 bis 40 Prozent der laufenden Kredite keine Chance auf vollständige Rückzahlung besteht. Dies schließt auch die neuerdings in China immer beliebter werdenden Konsumkredite ein. Peking will, dass endlich ein nachfragestarker Binnemarkt entsteht, und subventioniert sogar den Kauf von Elektrogeräten direkt.

Ob Währungsabwertung, billiges Geld, Ausbau von Überkapazitäten oder die Entstehung von Spekulationsblasen: Experten hoffen, dass Peking genügend gegensteuert, bevor auch nur eines dieser Risiken zum befürchteten Crash führt. Der erste Schritt wurde immerhin mit dem Zurückfahren der Kreditvergabe getan.

Rebecca Bellano



Infrastrukturprogramm: Hunderttausende der entlassenen Wanderarbeiter setzen jetzt Schienen. Bild: pa

KURZ NOTIERT

Tauziehen um Verlängerung: Am 31. Januar endet die erste Amtszeit von Ben Bernake als Chef der US-Notenbank FED. Bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung musste der Wissenschaftler um seine Wiederwahl bangen, die jedoch als wahrscheinlich galt. Die Hauptkritik an Bernanke ist, dass er mit zu großzügiger Geldpolitik langfristig die Stabilität des Dollars gefährde. Tatsächlich ist die Bilanzsumme der FED, ein gutes Maß für die Geldmenge, seit September 2008 von 900 Milliarden auf über 2,2 Billionen Dollar explodiert. Die EZB-Notenbankbilanz wuchs in derselben Zeit „nur“ um etwa 20 Prozent. *K.B.*

Weit auseinander liegen CDU und FDP nicht nur bei Steuern und Haushalt, sondern auch in der Energiepolitik: Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) will die Restlaufzeiten der Kernkraftwerke um maximal acht Jahre verlängern, Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) hingegen um bis zu 20 Jahre. Röttgen erwartet mittelfristig einen Ölpreis von 160 Dollar pro Faß, Brüderle von etwa 100 Dollar. Wegen dieser Unterschiede dürfte sich die Fertigstellung des Energiekonzepts der Regierung verzögern. *K.B.*

„Die Kassen machen es sich hier zu einfach“, hält Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner den gesetzlichen Kassen vor. „Sie sollten endlich anfangen, ihre Ausgaben zu durchforsten, statt Kostensteigerungen immer gleich auf die Versicherten abzuwälzen oder nach dem Staat zu rufen.“ Hiergegen wehren sich die Kassen. Schon vor Einführung des Gesundheitsfonds im Januar 2009 hatten sie darauf hingewiesen, dass sie mit den veranschlagten Einnahmen nicht auskommen würden. *Bel*

2,7 Milliarden Euro Hilfe möchte der neue Opel-Chef Nick Reilly vom deutschen Staat. Ob diese Unterstützung sich in Form von Krediten, Bürgschaften oder beidem darstelle, hänge von den Angeboten ab. Berlin zeigte sich über diese Ankündigung über die Medien überrascht. Gespräche zwischen Opel und Deutschland finden derzeit nicht statt. *Bel*

Inseln des Aufschwungs

US-Wissenschaftler will, dass der Westen Städte wie Hongkong baut

Mit Investoren und Gesetzen aus dem Westen „Inseln des Aufschwungs“ in Entwicklungsländern gründen, das ist das Ziel, an dem der US-Professor Paul Romer arbeitet. Schon bei der öffentlichen Präsentation seines Projektes „Chapter Cities“ schlug dem an der Stanford Universität in Kalifornien Lehrenden scharfe Kritik entgegen. Sein Plan sei eine Form des Neo-Kolonialismus und höchst undemokratisch.

Mit Demokratie hat Romers Plan tatsächlich nichts zu tun. Wählen sollen die Bewohner der neu aus dem Erdboden zu stampfenden Städte nicht. Dafür aber ein besseres Leben führen, denn in seinen Städten soll es keine Slums geben, sondern eine funktionierende Infrastruktur und ein Recht, auf das sich alle Bewohner und Investoren berufen können.

Vorbild des Wissenschaftlers ist Honkong. Die einstige britische Kronkolonie entwickelte sich unter britischer Herrschaft zu einem der bedeutensten Häfen der Welt. Die Stadt strahlte mit ihrem Sonderstatus, auch auf ihr chinesisches Umland aus. Der Speckgürtel um Hongkong wurde stetig größer und als es 1997 zurück an China fiel, hatte sich ganz China der Stadt angenähert.

Bei seinen „Chapter Cities“ sollen Entwicklungsländer unbesiedelte Fläche zur Verfügung stellen und ein Industriestaat (oder auch gleich mehrere) müssten dann einen Gründungsvertrag entwerfen, so dass die armen Länder das Land, die reichen die Gesetze beisteuern.

> Entwicklungsländer sollen Land geben, der Westen Gesetze

Als ersten Ort für die Realisierung seiner Pläne hat der Professor Guantanamo Bay ausgewählt. An dem Platz, an dem die USA derzeit noch ihr umstrittenes Gefängnis für Terrorverdächtige haben, sollen demnächst zehn Millionen Menschen wohnen und arbeiten.

„Der Unterschied zwischen revolutionär und verrückt ist nicht groß“, kommentierte der US-Ökonom William Easterly Romers Plan. Dieser konterte: „Stellen Sie sich einen Gelehrten im 16. Jahrhundert vor, der einen Wechsel zur Demokratie fordert.“ Und schlägt schon den ersten westlichen Partner für seine erste „Chapter city“ vor: Deutschland. „Wäre ich Bürger eines Entwicklungslandes, würde ich versuchen, Deutschland als Partner zu gewinnen“, so Romer. Grund hierfür sei nicht nur die Tatsache, dass Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Industriestaaten weniger durch eine koloniale Vergangenheit belastet sei, sondern auch, dass das Land gezeigt habe, internationale Institutionen organisieren zu können.

Kritik kann den 54-Jährigen nicht erschüttern, denn der Umstand, dass in den kommenden Jahrzehnten drei Milliarden Menschen weltweit vom Land in die Städte wandern und deren Slums weiter wachsen werden, dürfte auch den Druck auf den Westen erhöhen. Unruhen und illegale Zuwanderung dürften nämlich eine weitere Folge der Massenwanderung sein. Doch Entwicklungsländer seien nicht in der Lage, ihren Bewohnern auch nur annähernd Infrastruktur und Rechtssicherheit zu garantieren. Hier müsse der Westen väterlich helfen. *Rebecca Bellano*

Geliebte Subvention

Sündhaft teuer, dennoch populär: Die deutsche Solar-Förderung

Solaranlagen sind beliebt, ihnen soll die Zukunft gehören. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fördert der Staat diese Stromquelle großzügig. Gerade der langfristige Betrieb ist durch die staatliche Förderung attraktiv geworden und so ist ein Markt entstanden, der ohne staatliche Zuschüsse kaum haltbar wäre. Jetzt kürzt Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) auf Drängen von Experten die Förderung. Subventionen sollen in Röttgens neuer „künftiger Photovoltaikvergütung“ nicht mehr vorkommen, so ein Eckpunktepapier. Dieses liest sich wie ein Loblied auf die deutsche Solarindustrie, die „weltweit führend“ sei, erntet jedoch aufgrund der dort für die Branche vorgesehenen Einschnitte harte Kritik. Der Bundesverband Solarwirtschaft befürchtet eine „Insolvenzwelle“. Der „Verlust zehntausender Arbeitsplätze“ sei abzusehen, sollten die Kürzungspläne umgesetzt werden, „Nachbesserung“ sei daher „unverzichtbar“. Die Absenkung der Förderung „um 15 bis 25 Prozentpunkte bis Sommer 2010“ versetzt die rund 800 Mitglieder zählende Interessengruppe in Aufregung. Verbandspräsident Günther Cramer bescheinigt gar den Klimaplänen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) für diesen Fall das jähe Aus. Dabei hatte die Branche selbst Kürzungsvorschläge erarbeitet – eine Steilvorlage für die Regierung, die bei der Solarförderung jetzt „das größte Kostensenkungspotenzial“ sieht. Neben der Lage des Bundeshaushalts gibt es neue Gründe für weniger Zuzahlungen. Die werden von den Herstellern auch nicht bestritten, im Gegenteil. Überproduktion und gefallene Rohstoffkosten ließen die Modulpreise im Jahr 2009 um 25 Prozent fallen, während die Vergütung für Solarstrom nur um neun Prozent gesenkt wurde – „das hat die Nachfrage natürlich deutlich gesteigert“, sagt Frank Asbeck, Chef der Firma Solarworld. Trotz dieses Eingeständnisses teilt auch Asbeck, bekannt als Sprachrohr der Branche, die Kritik an Röttgen. Der würde vielen deutschen Herstellern „das Genick brechen“.

> Röttgen tut sich mit der sinnvollen Kürzung schwer

Röttgens Problem: Jede Subvention wie die Abwrackprämie erzeugt steigende Nachfrage, je länger sie dauert. In der Solar-Sparte muss nun die Staatshilfe auf ein vertretbares Maß zurückgefahren werden. Im Prinzip steht die Förderung dabei nicht in Frage – günstiger werdende Massenproduktion hin, vorteilhafte Marktentwicklung her. Ob sich die Solarindustrie in unseren Breiten je ohne Förderung trägt, ist die entscheidende Frage, welche der einst als Wirtschafts-Lobbyist geschmähte Röttgen nicht zu stellen wagt. Umfragen zeigen, dass mehr als die Hälfte der Deutschen prinzipiell gegen Kürzungen bei der Solarförderung ist: Umwelt hat emotional Vorfahrt. Verlockend ist das Fördermodell obendrein für den nachrüstwilligen Bürger. Deshalb werden die privaten Einspeiser selbst dann zunehmen, wenn bei der Förderung erstmals spürbare Einschnitte bevorstehen. Röttgen fürchtet diese drohende Kostenlawine. Nun droht er am sauberen Image der schwarzen Platten abzuperlen. Schuld an hohen Strompreisen sind im Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit allein die großen Stromkonzerne. *Sverre Gutschmidt*

Ohne jeden Stolz

Von Rebecca Bellano

Grünen-Parteichef Cem Özdemir trägt ziemlich dick auf, wenn er den Optionszwang im Falle einer doppelten Staatsbürgerschaft als „Geißel“ bezeichnet. Ist es auch eine „Geißel“, sich für einen Ehepartner oder einen Beruf oder was auch immer zu entscheiden? Keiner zwingt einen in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, seine Wurzeln zu leugnen, wenn er die deutsche Staatsbürgerschaft wählt. Er entscheidet sich stattdessen bewusst dafür, in Deutschland, dem Land in dem er lebt, alle Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers anzunehmen.

Während beispielsweise eine US-Staatsbürgerschaft etwas Erstrebenswertes zu sein scheint, muss die deutsche offenbar aufgedrängt werden und scheint auch niemanden stolz zu machen. Das liegt natürlich an den Deutschen selbst, die das Thema Staatsbürgerschaft im Laufe der Jahre von Begriffen wie Heimat, Identität, Vaterlandsliebe abgekoppelt haben. Doch wie sollen sich junge Menschen mit Migrationshintergrund integrieren, wenn sie sich nicht mit diesem Land identifizieren können, weil wir ihnen wenig anbieten? Da hilft auch eine doppelte Staatsbürgerschaft nicht weiter.

Freche Forderung

Von Richard G. Kerschhofer

Die Rückgabe von Vermögenswerten, die im Zuge oder im Gefolge des Zweiten Weltkriegs ihren Eigentümern entzogen worden waren, lief bisher meist nach dem Prinzip: Wer auf der Verliererseite stand, hat seine Ansprüche verwirkt, selbst wenn er keine individuelle Schuld trägt, und alle anderen haben unbegrenzte Ansprüche, wobei nicht einmal hinterfragt werden darf, ob die Objekte eventuell sogar zu einem damals marktgerechten Preis verkauft worden waren.

Das Beispiel macht nun Schule. Denn auch etliche Dritte stellen heute Forderungen nach Rückgabe von Kulturgütern, die vor Jahrhunderten oder länger aus dem Herkunftsland verfrachtet worden waren, oder nach Entschädigungen für Landraub und Versklavung. Hier werden Politiker und Völkerrechtler noch viel Gelegenheit haben, sich in weiteren grundsätzlichen Widersprüchen zu verheddern. Immerhin kommen die Forderungen von Leuten, die sich mit Fug und Recht als Nachfahren der Geschädigten bezeichnen können.

Die „Rück“-Forderung der Gebeine von St. Nikolaus durch den türkischen Tourismusminister ist aber ein absolutes Novum. Denn egal wie man zu Reliquien steht, es dreht sich hier um ein Kultobjekt – das man noch dazu in ein Museum bringen will – und nicht um einen Sachwert. Und der Bischof von Myra lebte zu einer Zeit, als in Kleinasien von Türken noch weit und breit nichts zu sehen und zu ahnen war! Dass die Forderung trotzdem erhoben wurde, zeigt allerdings, für wie dumm und morbid Europa in der Türkei gehalten wird.

Die Linke nach Lafontaine

Von Konrad Badenheuer

Nichts ist normaler als der Rückzug eines bald 67-Jährigen aus dem Berufsleben. Wenn dieser einer schweren Erkrankung geschuldet ist, bekommt der Vorgang eine tragische Note, aber eine Sensation wird daraus deswegen noch nicht.

Gelten im Falle des früheren Oberbürgermeisters von Saarbrücken, Oskar Lafontaine, völlig andere Maßstäbe? Die Berichterstattung der letzten Tage könnte diesen Eindruck erwecken: Die Rede ist von einer tiefen Krise der gleichsam verwaisten Linkspartei, von neuer Hoffnung bei der SPD, von rot-roten Bündnisoptionen und vielem anderen mehr.

Natürlich ist bemerkenswert, welche Verschiebungen sich nach dem Rückzug des Saarländers im linken und linksradikalen Spektrum nun vollziehen. Ohne Lafontaine hätte die dritte Metamorphose der SED, die über die Zwischenstationen „PDS“ und „Linkspartei“ schließlich zur „Linken“ umformierte und dabei zum Schaden Deutschlands auch im Westen des Landes Wahlerfolge erzielte, kaum so stattgefunden.

Lafontaines Rhetorik hat innerhalb dieser Formation vieles überdeckt, was nun wieder zutage tritt – von massiver Stasi-Belastung im Osten über das fehlende Parteiprogramm bis zur Politikunfähigkeit ganzer Landesverbände im Westen. Niemand kann sagen, ob und wie die ehemalige SED diese Nachfolgekämpfe wieder voll sichtbar gewordenen Probleme übersteht, vor allem in ihren noch ungefestigten westlichen Teilen.

Es geht nicht um Oskar Lafontaine als Person

Tiefgreifende Auswirkungen sind davon allerdings nicht zu erwarten: Eine etwas schwächere „Linke“ könnte zu einer etwas stärkeren SPD führen und umgekehrt. Große Folgen hätte beides nicht. Die Abwanderung einiger linker Utopisten hat ja nicht ausgereicht, um die SPD zu einer von Realisten geprägten sozialen Reformpartei zu machen. Sie laboriert – im Grunde wie seit ihrer Gründung – am inneren Gegensatz zwischen Realisten und Utopisten. Die parteiinternen Kämpfe um die Rente mit 67 und grundsätzliche Änderungen bei Hartz IV, die zugleich die Hauptunterschiede zur Linken markieren, stehen dafür stellvertretend.

All das hat mit der Person von Lafontaine nur soviel zu tun, als dass dieser in seiner Zeit als Sozialdemokrat durch seine chamäleonartige Gewandtheit selbst noch zwischen diesen Lagern wechselte: Der spätere Grundsatzkritiker der Agenda 2010 war ja vor 1999 noch einer, der parteiinterne Gegner je nach Opportunität mehrmals auch von „rechts“ her angriff, indem er beispielsweise zur Verwirrung von Freund und Feind fast wie die Arbeitgeber Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich forderte. Nur mit diesem speziellen Element der Verwirrung ist es nun vorbei. Ein entschiedener Gegner der deutschen Einheit und großer Opportunist, dem gesundheitlich alles Gute zu wünschen ist, hat sich von der politischen Bühne zurückgezogen. Viel mehr ist nicht zu vermelden.



Bühne frei für rote Illusionskünstler: Natürlich kann der Rückzug Lafontaines im linken Spektrum zu Verschiebungen führen. Grundlegende Folgen sind aber kaum zu erwarten, denn wer etwa gegen die „Rente mit 67“ anrennt, kämpft gegen die Grundrechenarten. Lafontaine hat davon meisterlich abgelenkt, aber andere, wie etwa Gregor Gysi (l.) stehen ihm darin kaum nach.

Bild: ddp

Gastkommentar:



Die Grande Nation fragt nach ihrer Identität

Von Jean-Paul Picaper

Im ausgehenden 18. Jahrhundert spielte Frankreich in Europa die Vorreiterrolle im Kampf gegen die Dominanz von Kirche und Religion, wie der konservative Historiker René Rémond nachgewiesen hat („Religion und Gesellschaft in Europa“, C. H. Beck. 2000). Aber heute steht das Land vor einem Dilemma. Die zwei Säulen, auf denen der neue, laizistische Staat anschließend errichtet wurde, die Republik und die Nation, die im 19. und im 20. Jahrhundert allmählich zu einer harmonischen Einheit verschmolzen waren, sind offensichtlich nicht mehr fest genug, um einen Damm vor dem Eindringen fremder Kulturen beziehungsweise der „invasivsten“ aller Fremdkulturen, des Islams, zu bilden. Sie bekommen Risse, sie wakkeln. In dieser Notlage schauen viele Franzosen auf die neue Weltanschauung wie das Kaninchen auf die Schlange. Einige erliegen ihrer Faszination und reisen als Zeloten des Propheten nach Pakistan, als ob Buddha und Kali noch nicht verfallen sind, während die geistlichen Invasoren ihr Süppchen auf den ziemlich widersprüchlichen republikanischen Grundrechten – Religionsfreiheit und Staatsneutralität in Sachen Religion – kochen, und die Leitkultur der Nation allmählich aushöhlen, soweit es eine solche noch gibt. Mehr Geburten, durchlässige Grenzen und vor allem ihre Zielstrebigkeit fördern ihre Expansion. Kurz vor dem neuen Jahrhundert, im September 1999, sprach der französische Kardinal Paul Poupard, Präfekt des Vatikanischen Kulturrates, in der Tageszeitung „Le Figaro“ von einer „Unfähigkeit [seiner Landsleute] an die Zukunft zu denken. Das einzige Projekt, das die Geister mobil macht, ist das ökonomische Projekt. Da viele Leute davon ausgeschlossen sind, entsteht mehr als ein Unbehagen, ein existentielles Unwohlsein, und im Grunde, ein Hoffnungsverlust“. „Die Herausforderung des Islams“, fügte der Prälat hinzu, bestehe darin, „dass er Religion, Gesellschaft, Lebens-, Denk- und Verhaltensweise sein will.“

Die meisten Franzosen begrüßen die Minarett-Entscheidung

Optimistischer war damals noch der Historiker Fernand Braudel, als er kurz vor seinem Ableben in der Tageszeitung „Le Monde“ im Jahre 1985 „die französische Identität“ als „ein Nachdenken darüber, was es vor uns gegeben hat“, definierte. Sie könne nicht aus Grillen und Launen hervorgehen, und nicht von der momentanen politischen Meinung abhängig sein, betonte er. Nationale Identität sei eine Sache, die über allen Parteien, ja über allen Staatsbürgern schwebe. Sie sei unverrückbar, denn sie beruhe auf historischem Geschehen. Zentralismus im Staat, Protest von unten in der Wirtschaft, Sprache und Kultur und der Glaube an ein geeintes Europa, das sei seiner Meinung nach Frankreich heute.

Braudel müsste sich heute im Grabe umdrehen, wenn er sähe, was die Politik aus seinen Reflexionen über die französische Identität macht und wie ein Teil des politischen Frankreichs sich vor dem nationalen Einheitsgedanken, ja sogar vor dem nationalen Interesse verschließt und Exoten Tür und Tor öffnen will. Die große Volksdebatte über die nationale Identität, sprich über die Seele der Nation, die Staatspräsident Nicolas Sarkozy, wohlwissend, dass es ums Eingemachte geht, eröffnet hat, ist nicht so überflüssig und unangebracht, wie seine Gegner behaupten. Er hatte sie bereits angekündigt, als er noch Präsidentschaftskandidat war. Zwar ließ der Zeitpunkt der im November 2009 begonnenen Debatte die Vermutung zu, dass sie vor den Regionalwahlen im März politisch instrumentalisiert würde, allerdings lassen die dünnen Gegenargumente der Opposition vermuten, dass die französische Identität auch von ihr als reparaturbedürftig angesehen wird. Ihre Verlegenheit vertuscht die Linke mit der Behauptung, dass die Franzosen „zur Zeit andere Sorgen“ als ihre Seele hätten.

Die vom Minister für Nationale Identität und Zuwanderung, Eric Besson, organisierten Diskussionen erfreuen sich eines regen Zulaufs, sein Blog bekommt unzählige Anregungen, aber ihm wird auch immer wieder vorgeworfen, dass seine Debatte „Fremdenfeindlichkeit“ und „Intoleranz“ hervorrufe. Der Kniff von Sarkozy und Besson besteht aber darin, dass sie nicht „gegen die anderen“ polemisieren, sondern „für Frankreich an sich“ einstehen.

Dennoch: Die Multikulti-Franzosen haben mobil gemacht. Möchtegern-Staatspräsidenten aus dem Regierungslager wie Alain Juppé und Dominique de Villepin kamen der Opposition zu Hilfe und lasteten Sarkozy ein „Identitätsdebakel“ an. Im November fanden 60 Prozent der Befragten den Identitätsfeldzug gut und angebracht. Ende Dezember sagten schon 50 Prozent, man sollte das Thema ad acta legen. Die Sozialistin Martine Aubry und François Bayrou griffen zum alten Vorwurf, diese Debatte, ja Sarkozy spalte die Nation.

Besson kündigte jedoch an, er werde die Diskussion über die Regionalwahlen hinaus fortsetzen, aber sie wird auf die Vorstellungen der Kritiker zurückgestutzt: „Kampf gegen die Diskriminierungen“, „Chancengleichheit“, „soziale Solidarität“ und „Kultur“ sind nun die Stichworte.

Man vergisst die Fastenzeit und schaut fasziniert auf den Ramadan

Anfangs hatte Sarkozy versucht, dem Thema mehr Substanz zu verleihen. Er erwähnte zwar Sprache und Kultur, aber auch Volk, Religion und sogar einmal die „heimatliche Erde“. „Vichy!“, „Vichy!“ schrien unisono die Gutmenschen, ein Wort, das in Frankreich so gut wie „Faschismus“ klingt. Die „Toleranz“ hat den „Glauben“, die „Vielfalt“ die „Identität“ und die „Bevölkerung“ das „Volk“ abgelöst.

Mit dem Schwinden der in der Landwirtschaft Beschäftigten innerhalb eines Jahrhunderts von 60 auf zwei Prozent, mit der Abnahme der praktizierenden Katholiken, mit der Säkulasierung aller Lebensbereiche und deren Folgen, mit Priestermangel und leeren Dorfkirchen entstand ein Freiraum für „progressiven Kräfte“, die dafür sorgen, dass sich nichts der schleichenden Islamisierung widersetzt. Man vergisst die Fastenzeit und schaut interessiert auf den Ramadan.

In dieser amorphen Stimmung platzte das Schweizer Votum gegen neue Minarette wie eine Bombe. Laut repräsentativen Umfragen begrüßten es die Franzosen massiv. Eine große Mehrheit von ihnen ist nicht nur gegen den Bau von Minaretten, sondern auch von Moscheen überhaupt. Nun, die politische Klasse wird ein solches Volksvotum in Frankreich zu verhindern wissen. Aber die Burka, an sich ein Randphänomen, ist den Franzosen, was den Schweizern die Minarette sind. Gegen jede Logik schrien Gruppen stets gekränkter, militanter Moslems, das Verbot durch ein Gesetz sei ein Verstoß gegen die sakrosankte Regel der Laizität. Dabei verlangt gerade die Laizität dieses Gesetz. Das Beispiel zeigt, wie sie zum eigenen Vorteil alte französische Werte wie die kartesianische Logik umwerten.

Das bot Sarkozy die Chance, neu in die Debatte einzugreifen. „Die Völker Europas sind tolerant und aufnahmebereit … aber sie wollen nicht, dass ihr Lebensrahmen, ihre Geisteshaltung und ihr soziales Netzwerk verfälscht werden“, sagte der Staatspräsident. Er wolle, dass „die Moslems Staatsbürger wie alle anderen werden“, aber gerade deswegen warnte er sie „vor Unternehmungen, die in unserem Land, wo die christliche Kultur eine so tiefe Spur hinterlassen hat, wie eine Kampfansage gegen dieses Erbe und diese Werte aussehen könnten“. Das „würde die unumgängliche Schaffung eines französischen Islams zum Scheitern verurteilen“. Er warnte „vor Provokation mit demonstrativen Religionsritualen“. Die nationale Identität, schloss er, ist ein „Gegengift gegen Parallelgesellschaften“.

*Jean-Paul Picaper, *1938 in Pau, Frankreich, war viele Jahre Deutschland-Korrespondent von „Le Figaro“. Er ist Autor mehrerer Bücher, regelmäßiger Gast in Diskussionsrunden im Radio und TV und lebt in Berlin.*

Auf der Tour de Ruhr

Kulturhauptstadt Ruhr 2010 – Eine Expedition durchs Revier öffnet Blick für erstaunliche Wandlung

Seit Januar präsentiert sich der einstige „Ruhrpott" ein Jahr lang als eine der europäischen Kulturhauptstädte (neben Fünfkirchen und Istanbul) mit einer Fülle von Veranstaltungen. Ein gigantischer Ballungsraum, in dem 5,3 Millionen Menschen leben.

Gleich 53 Städte nehmen an diesem Event teil, darunter Bochum, Oberhausen, Duisburg und Essen als die ungekrönte Königin des Reviers. Seit Monaten läuft eine groß angelegte Kampagne, um den Menschen jenes dynamische Industrieareal nahezubringen, das nach dem Zweiten Weltkrieg der Motor des deutschen Wirtschaftswunders war. Der beste Botschafter ist der bekannte Schauspieler Armin Rohde. Er wuchs mitten im Pott auf und ist bekennender „Ruhrie".

Kultur hat den Kohlebergbau abgelöst

„Von wegen grau", kontert er, wenn manche Mitmenschen alte Vorurteile gegen seine Heimat aus der Mottenkiste hervorholen. Wo sonst in Deutschland existiert ein derartiges kulturelles Spannungsfeld, fragt er. Recht hat er. Die „Tour de Ruhr" durch eine der spannendsten Regionen der Republik wird vielen die Augen öffnen.

Heute gehören Kohlebergbau und Schwerindustrie weitgehend der Vergangenheit an. Entlang der „Route der Industriekultur" liegen inmitten einer lebendigen Kulturlandschaft erstklassig restaurierte Industriedenkmäler, von denen zahlreiche inzwischen zum Unesco-Weltkulturerbe zählen, wie etwa die „Zeche Zollverein" in Essen, deren gewaltiges rostfarbenes Fördergerüst dem Besucher bereits aus der Ferne entgegenleuchtet. Mit dem Riesenrad – hier Sonnenrad genannt – fahren die Besucher durch die ehemalige Kokerei der Zeche und essen „aus'm Suppenpott von'ne kalte Mamsell" – deftige Hausmannskost, die schon den ehemaligen Kumpeln mundete.

Nächste Station ist der Landschaftspark Duisburg-Nord. Während Hobbytaucher in dem mit Wasser gefüllten Gasometer in die Tiefe gehen, bereiten sich Mitglieder des Deutschen Alpenvereins gleich nebenan im Hochofen 5 mit Haken und Seil auf die nächste Besteigung des Matterhorns vor. Ein gutes Training, finden die jungen Leute. Und dazu noch dieser Blick aus 70 Metern Höhe über Kühltürme und Schornsteine bis zur Peripherie des Parks, wo Kühe und Schafe weiden. Wo 80 Jahre lang rund um die Uhr Feuer loderten und Eisen floss, wurde vor Jahren ein beispielhafter Freizeitpark angelegt. Aber auch der Innenhafen von Duisburg, in dem sich früher Tatortkommissar Schimanski gelegentlich verirrte, hat sich von einem Schmuddelquartier in eine Flaniermeile verwandelt.

Der Initiative verschiedener „Ruhries" ist es zu verdanken, dass der gewaltige Gasometer der ehemaligen Gutehoffnungshütte in Oberhausen vor dem Abriss gerettet wurde. Aus der „größten Blechdose" Europas wurde die größte Ausstellungshalle des Kontinents. Im Inneren des 120 Meter hohen Kolosses finden unter einem gigantischen Sternenhimmel heute Kunstausstellungen und besondere Veranstaltungen statt. Ein gläserner Fahrstuhl schwebt lautlos auf die Aussichtsplattform auf 117 Meter. Tief unten breitet sich ein Gewirr von Kanälen aus. An ihre große Zeit als Kohle- und Stahlmetropole erinnert in Bochum nur noch der 68 Meter hohe Förderturm, in dem das Deutsche Bergbaumuseum untergebracht ist. Sehenswert sind neben dem Wasserschloss Kemnade ein paar schöne alte Kirchen und nicht zuletzt das Planetarium. Eine Mitarbeiterin erzählt, Bochum habe sich von einem hässlichen Entlein inzwischen zu einem Hort der Kultur und der Unterhaltung gemausert.



Gasometer in Oberhausen: Mittlerweile die größte Ausstellungshalle Europas

Bild: Ruhr 2010

Allein die tollen Musicals, die hier laufen, ziehen Menschen aus ganz Europa an. „Der Pott kocht über – aber vor lauter Lebensfreude und innovativer Ideen", lautet das Motto der Stadt.

Die „Zeche Zollern" ist einer der Höhepunkte im Revier. Dem Auge des Betrachters bietet sich eine mit den verspielten Formen des Historismus überzuckerte schlossähnliche Anlage – das Glanzstück der größten Bergbaugesellschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts. So demonstrierten die Industriellen im „Tal der Könige" ihre Macht. Die Kassenschalter in der Lohnhalle waren so niedrig angelegt, dass die Arbeiter jedes Mal das Knie beim Empfang ihres Salärs beugen mussten. Böse Zungen behaupten, so hätten die Bosse den Kumpel stets ins Gedächtnis rufen wollen, wem sie Lohn und Brot verdankten.

Im »Tal der Könige« die Macht demonstriert

Eine Führung durch die verschiedenen Werkhallen macht mit den harten Bedingungen vertraut, unter denen die Menschen seinerzeit „malochen" mussten. Durch die hohen Bogenfenster sieht man in die „Weiß- und Schwarzklaue" hinein. Hier kleideten sich die Kumpel um, legten ihre Kluft in Drahtkörbe und zogen sie an die Decke. Heute schlüpfen ganze Schulklassen in die Rollen der Bergleute. Für Spiele ist im Untertage-Raum und auf dem weitläufigen Gelände reichlich Platz. Das Angebot für Erwachsene beinhaltet Filmabende, Konzerte und Vorträge. Das Beste aber ist der „Pferdestall" neben dem gewaltigen Förderturm. Hier wird an blanken Tischen Bier und „Kumpel Antons Lieblingspfanne" serviert – ein saftiges Schweinesteak.

Uta Buhr

IN KÜRZE

Bedrohte Baudenkmale

Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz (DSD) stellt unter dem Motto „Büchermachen für den Denkmalschutz" in den Räumen der Philipp-Schaeffer-Bibliothek in Berlin-Mitte ihre Publikationen und Produkte – vom Lesezeichen bis zum Puzzle – vor. Die in Bonn ansässige Stiftung engagiert sich seit ihrer Gründung vor 25 Jahren für die Bewahrung bedrohter Baudenkmale in ganz Deutschland und wirbt für den Denkmalschutz. In Berlin zählen neben dem Anatomischen Theater und der Elisabethkirche in Mitte auch das Olympiagelände in Charlottenburg und die ehemaligen Margarinewerke Berolina in Lichtenberg zu den über 130 Förderprojekten. Seit 2005 wird die Arbeit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz in Berlin von einem Kuratorium unter der Leitung von Georg Friedrich Ferdinand Prinz von Preußen unterstützt. Die Ausstellung in der Bibliothek, Brunnenstraße 181, Berlin-Mitte, ist bis zum 20. Februar montags bis freitags von 10 Uhr bis 19.30 Uhr sowie sonnabend von 10 Uhr bis 14 Uhr geöffnet. *PAZ*

Werke von Ernst Oldenburg

Malerei, Grafik und Skulptur des 1914 in Danzig geborenen Ernst Oldenburg zeigt das Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus bis zum 26. Februar. Als der Künstler 1992 in Unna starb, hinterließ er mehr als 1500 Werke, von denen eine Auswahl jetzt zu sehen ist. Oldenburg studierte an der Technischen Hochschule seiner Vaterstadt bei Professor Fritz A. Pfuhle und stellte bereits früh seine Arbeiten aus, so auch in der Berliner Nationalgalerie und der Hamburger Kunsthalle. Seine Motive fand er in der Arbeitswelt, aber auch in der Natur. Die Ausstellung ist montags bis freitags von 10 bis 17 Uhr geöffnet. *os*

Vom »kontrollierten Zufall«

Emil Nolde nutzte bei seinen Aquarellen auch Unebenheiten des Materials – Ausstellung in Düsseldorf zeigt vielfältiges Schaffen

Seine farbenprächtigen Blumenbilder und seine eindrucksvollen Landschaften sind Kunstfreunden heute hinlänglich bekannt. Als ein Hauptvertreter des Expressionismus zählt Emil Nolde (1867–1956) zu den bedeutendsten deutschen Künstlern des 20. Jahrhunderts. Er war einer der großen Einzelgänger in der deutschen Kunst des frühen 20. Jahrhunderts, doch wurde er als Mitglied der Künstlergruppe Brücke, der er 1906/07 angehörte, mit seinen „Farbenstürmen" zum Vorbild der jüngeren Künstlerfreunde und inspirierte sie zu ihrem eigenen Aufbruch in die Moderne.

Nolde inspirierte Künstlerfreunde zum Aufbruch in Moderne

Die Düsseldorfer Galerie Ludorff zeigt zur Zeit Gemälde, Aquarelle und Druckgraphik des Künstlers und bietet so einen umfassenden Überblick über sein vielfältiges Schaffen. Erste Blumenbilder entstanden ab 1906 auf der Insel Alsen, wo Nolde in einem gemieteten Fischerhaus die längste Zeit des Jahres verbrachte. Während der Wintermonate lebte er in Berlin. Die üppigen Bauerngärten der Nachbarn inspirierten den naturverbundenen Künstler zu diesen Bildern. „Die Farben der Blumen zogen mich unwiderstehlich an, und fast plötzlich war ich beim Malen", so Nolde in seinen Erinnerungen.

Doch das druckgraphische Werk steht seinen Gemälden in nichts nach. Manfred Reuther, Direktor der Stiftung Seebüll Ada und Emil Nolde, schreibt im Katalog zur Ausstellung: „Die Vielschichtigkeit von Noldes graphischem Werk reicht von tiefgründiger, erdhafter Schwere bis zu ausdrucksstarker Dramatik und äußerster Raffinesse, zugleich janusgesichtig von unbekümmerter Einfalt, gar spielerischer Leichtigkeit bis ins Abgründige und Unheimlich-Phantastische."

Die Düsseldorfer Ausstellung zeigt unter anderem auch die erste Radierung, die Nolde schuf. Sie stammt aus dem Jahr 1898 und präsentiert unter dem Titel „Lumpen" zwei verschmitzt grinsende Männer, Tagelöhner, vom Leben gezeichnet. Mit diesem Blatt wird nicht zuletzt auch die besondere zeichnerische Begabung des Künstlers deutlich.



Emil Nolde: Abendlandschaft mit Mühle (Aquarell, um 1925)

Bild: Galerie Ludorff

Sein eigentliches Ausdrucksmittel aber war die Farbe, die er nicht nur in seinen berühmten Gemälden einsetzte, sondern auch in den Aquarellen. Von 1916 bis 1926 lebten Ada und Emil Nolde in dem kleinen Bauernhaus Utenwarf in der Nähe von Tondern, bis sie, als das Land „kultiviert" werden sollte, nach Seebüll zogen. Von diesem Marschland, das für Nolde „ein kleines Paradies" war, malte er eine Fülle von Aquarellen. Dort, so Reuther, „gelingt es Nolde, seine Malweise noch zu verdichten und uns in größtmöglicher Intensität von dem erlebten Naturschauspiel zu berichten". Reuther spricht von „dem kontrollierten Zufall", wenn Unregelmäßigkeiten im Papier, Flecken und Verläufe auf dem Blatt zu sehen sind. Dramatische Blätter mit lodernder Farbigkeit entstanden, sie zeigen Noldes Interesse an den Urkräften der Natur und die Verbundenheit des Menschen mit der Natur, ein Sujet, das ihn von je her begeisterte.

Dramatische Blätter mit lodernder Farbigkeit

Doch nicht nur nordischen Motiven widmete sich Nolde. Von seiner Reise in die Südsee brachte er beeindruckende Arbeiten mit. Im Sommer 1913 hatte das Reichskolonialamt in Berlin die Ärzte Alfred Leber und Ludwig Külz mit der „Medizinisch-demographischen Deutsch-Neuguinea-Expedition" betraut. Diese Expedition galt der Erforschung von Epidemien und der hohen Sterblichkeitsquote der einheimischen Bevölkerung in den deutschen Kolonien. Leber, der Nolde schon länger kannte, konnte den Maler als „ethnographischen Zeichner" sowie seine Frau Ada für die Teilnahme an der Expedition gewinnen. In Düsseldorf ist jetzt das Aquarell „Kopf eines Javaners" zu sehen, mit dem Nolde einen sehr nahen Blick auf den Porträtierten zeigt. Im Gegensatz zu seinen anderen so genannten „Südseeköpfen", die nur flüchtige Eindrücke schildern, ist dies ein geradezu intimes Porträt. *Silke Osman*

Die Ausstellung mit Werken von Emil Nolde ist noch bis zum 17. April in der Galerie Ludorff, Königsallee 22, Düsseldorf, dienstags bis freitags von 10 bis 18 Uhr und sonnabends von 11 bis 14 Uhr zu sehen, Eintritt frei.

Uneinigkeit macht schwach

Das Erdbeben in Haiti hat einen traditionell instabilen Staat getroffen – Weiße stellen nur ein Prozent der Bevölkerung

„Einigkeit macht stark“ lautet der Wahlspruch im Staatswappen Haitis. Doch besonders Eintracht fehlt dem Staat seit 205 Jahren. Die Geschichte Haitis ist geprägt von Bürgerkriegen, Putschen und Aufständen. Weitere Charakteristika des lateinamerikanischen Staates sind die schwarzafrikanische Bevölkerungsmehrheit und eine frühe Unabhängigkeit.

Seine heutige Bevölkerungsstruktur verdankt Haiti den Spaniern und Franzosen. Als Christoph Kolumbus die Insel 1492 entdeckte, deren Westhälfte heute Haiti und deren Ostteil die Dominikanische Republik bildet, lebten hier Indios. Die von den Spaniern eingeschleppten Pocken und die von ihnen eingeführte Zwangsarbeit ließen sie aussterben.

Als es mit dem spanischen Weltreich bergab und dem Königreich Ludwigs XIV. bergauf ging, musste Spanien die von Kolumbus „La Isla Espanola“ getaufte Insel 1697 mit den Franzosen teilen. Die Franzosen erhielten den Westen Hispaniolas, das heutige Haiti, die Spanier behielten den Osten, die heutige Dominikanische Republik.

Das finanzkräftige Frankreich investierte in Zucker- und Kaffeeplantagen, rodete die Wälder und machte Haiti im 18. Jahrhundert zum reichsten Teil seines Kolonialreiches. Die französischen Herren schafften die notwendigen Arbeitskräfte als Sklaven aus Westafrika heran. Und sie taten dies in einem Umfang, dass Haiti mittlerweile unter Überbevölkerung leidet. Heute hat Haiti über neun Millionen Bewohner, von denen 95 Prozent Schwarze, nur vier Prozent Mulatten und ein Prozent Weiße sind.

Unter dem Kampfruf der „égalité“ (Gleichheit) erkämpfte sich die schwarzafrikanische Mehrheit 1804 die Freiheit von Frankreich. Sie vollzog damit die Revolution von 1789 mit Verzögerung nach. Die weißen Kolonialherren wurden mehrheitlich ermordet, wenige konnten fliehen. Haiti wurde zum „Ersten Freien Negerstaat“, so die Selbstbezeichnung des nach den USA zweiten unabhängigen Staates Amerikas.

Als Hypothek für die Unabhängigkeit erhielt Haiti horrende Zahlungsverpflichtungen. Nach mehreren vergeblichen Rückeroberungsversuchen „begnügte“ sich Frankreich schließlich mit 90 Millionen Gold-Franc an Entschädigungszahlungen für die ehemaligen Plantagenbesitzer. Bis 1900 waren die Staatsfinanzen dann derart zerrüttet, dass rund 80 Prozent der Einnahmen für den Schuldendienst aufgewendet werden mussten.

Wie ein Menetekel erschien es Beobachtern des Erdbebens vom 12. Januar, dass gleichzeitig der schneeweiße Präsidentenpalast und die ehrwürdige Kathedrale von Port-au-Prince einstürzten. Während der Präsident überlebte, fand der katholische Erzbischof Haitis mit vielen seiner Priester und Seminaristen den Tod unter den Trümmern der Kathedrale und ihrer Nebengebäude.

Seit der Eroberung der Insel Hispaniola durch die Spanier verbreiteten katholische Missionare und Priester christliche Glaubensinhalte auf der Insel, wobei aus dem Katholizismus der Spanier und der Religion der westafrikanischen Sklaven ein unheilvoller Synkretismus entstand. Katholiken bilden heute zwar mit ungefähr 80 Prozent die Mehrheit. Dem Voodoo-Kult folgen jedoch gleichzeitig etwa 75 Prozent der Haitianer gleichsam als Nationalreligion. Die zwei größten protestantischen Konfessionen – die Baptisten und Adventisten mit zusammen 15 Prozent der Bevölkerung – sind die einzigen Kräfte, die sich gegen die Vermischung von christlichem Glauben und heidnischen Kulten stellen.

Tatsächlich praktizieren die Menschen im Voodoo-Kult genau das, was laut Bibel strikt verboten ist: Hexerei, Zauberei, Totenbefragungen und andere magische Praktiken. Die Voodoo-Anhänger tarnen sich dabei geschickt, indem sie von den „family spirits“ sprechen. In spiritistischen Sitzungen, in denen Familienmitglieder sich in Trance versetzen lassen, suchen sie Kontakt zu verstorbenen Angehörigen. Die an solchen Ritualen Beteiligten erhoffen von diesem Aberglauben Schutz vor bösen Mächten und Heilung von Krankheiten. In Wirklichkeit würden Menschen durch diese Praktiken eher zu Passivität und wirklichkeitsfremden Lebenseinstellungen verführt, warnen Sektenspezialisten. Berüchtigt in diesem Zusammenhang war besonders der Diktator Francois Duvalier („Papa Doc“, 1957–71), der mit Hilfe des Voodoo-Kultes und seiner „Toutons Macoutes“, einer gefürchteten Mördertruppe, herrschte.



Mischung aus Christentum und Voodoo-Kult: Der für Haiti typische Synkretismus begünstigt Passivität und wirklichkeitsfremde Lebenseinstellungen. Bild: laif

Allerdings hat Haitis Entwicklung von der reichsten französischen Kolonie bis zum heute ärmsten Staat der westlichen Welt weitere Ursachen. Haiti stand nach der Revolution von 1804 einer feindlichen Umwelt als Paria gegenüber. Lange Zeit war Haiti umgeben von Kolonien, deren europäische Herrscher Angst vor einem „zweiten Haiti“ hatten. Verstärkt wurde diese Angst und die daraus resultierende Isolierung Haitis dadurch, dass haitianischen Revolutionäre ihre Ideen mit einer expansiven Außenpolitik zu exportieren versuchten. Bevorzugtes Expansionsziel war dabei die lange Zeit spanisch verwaltete heutige Dominikanische Republik.

Ein hausgemachtes Problem der haitianischen Revolution war der Niedergang der einst hochentwickelten Landwirtschaft. Durch eine Landreform der Revolutionäre erhielten zunächst viele Familien rund 15 Hektar zur Bewirtschaftung. Wegen mangelnder Pflege des Bodens, sinnloser Rodung der kostbaren Wälder und der immer stärkeren Parzellierung des Bodens durch die Erbteilung, lagen bald 50 Prozent des Landes brach. Bis 1990 war die Insel zu 98 Prozent entwaldet. Der Boden erodierte und bietet das heutige trostlose Bild. Dass heute rund zwei Millionen Haitaner unterernährt sind, gilt als direkte Folge dieser verfehlten Bewirtschaftung.

Fast durchgängig hatte Haiti zudem seit 1804 unter Gewaltherrschern, größenwahnsinnigen Diktatoren und Kleptokraten zu leiden. Sie herrschten größtenteils mit brutaleren Methoden als die früheren Kolonialherren, bunkerten Staatsgelder auf Privatkonten und vernachlässigten die Bildung der Bevölkerung. 1995 waren 55 Prozent der Bevölkerung Analphabeten. Rund 50 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind heute arbeitslos.

M. Ruoff/H. E. Bues

»Allianz für Deutschland«

Vor 20 Jahren bildete sich das siegreiche Bündnis der letzten Volkskammerwahl

Nach dem Fall der Mauer führte die bundesdeutsche Union eine lebhafte Diskussion über die sich langsam wandelnde mitteldeutsche Blockpartei CDU. Bis Ende 1989 hatten die westdeutschen CDU-Landesverbände und vereinzelte Bonner Spitzenpolitiker ein neues Bild der namensgleichen DDR-Partei gewonnen: Die CDU der DDR erschien ihnen als Partei, die sich radikal reformiert hatte und deren neue Führung weitgehend unbelastet von den Fehlern der Vergangenheit war.

Im Gegensatz dazu hat die Bonner CDU-Führung um Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Volker Rühe bis Januar 1990 nachhaltig am alten Bild der mitteldeutschen Union festgehalten. Der Bundesvorstand betrachtete die DDR-CDU auch weiterhin als SED-hörige Partei.

Trotzdem wurden die Beziehungen zwischen den beiden Unionsparteien ab Oktober 1989 immer enger. Besonders die hessischen und die Westberliner Christdemokraten strebten schon früh enge Verbindungen zu den mitteldeutschen Kollegen an. Während die ersten Gespräche nur reinen Informationscharakter hatten, ging die Zielsetzung bald über die bloße moralische Unterstützung hinaus: Mit dem fortschreitenden Machtverlust der SED versuchten die westdeutschen Christdemokraten in immer stärkerem Maße, sich in die Diskussion um die Erneuerung der DDR-CDU einzumischen. Nachdem die von den gesprächsbereiten Teilen der CDU (West) geforderte Umbildung der Parteispitze der mitteldeutschen Union durchgeführt war, versuchten Unionspolitiker aus Hessen und Westberlin, die programmatische Ausrichtung der namensgleichen Partei zu beeinflussen. Als die CDU der DDR schließlich den Begriff „Sozialismus“ aus ihrem Parteiprogramm gestrichen hatte, stellten die westdeutschen Landesverbände der Union und eine Reihe von Bundesvorstandmitgliedern fest, dass die Ost-CDU der ideale Partner in der DDR sei.

Anfänglich misstraute die West-CDU der Block-Schwester

Die CDU-Bundesführung unter Kanzler Kohl und Generalsekretär Rühe wurde im Januar 1990 durch zwei Umstände dazu gezwungen, ihre bis dahin geübte Zurückhaltung gegenüber der DDR-CDU aufzugeben: Neben der Vorverlegung des Termins für die Volkskammerwahlen auf den 18. März hat vor allem die faktische Wiedergeburt einer gesamtdeutschen sozialdemokratischen Partei Mitte Januar 1990 die CDU-Spitze in Bonn zum Umdenken bewegt. Ihre Furcht, dass die SPD bei den Volkskammerwahlen in der DDR und dann auch bei den Bundestagswahlen mit großem Abstand gewinnen könnte, hat dazu den Ausschlag gegeben.

Ende Januar 1990 stellte Kohl daher fest, dass die CDU der DDR die selben Ziele wie seine eigene Partei verfechte: Sie bejahe die deutsche Einheit, befürworte Reformen, die für die Verwirklichung des freiheitlichen Rechtsstaates in der DDR notwendig seien, und strebe die Schaffung der gesetzgeberischen Rahmenbedingungen für die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft an. Seit diesem Zeitpunkt war die CDU der DDR im offiziellen Bild der CDU (West) zur „Schwesterpartei“ geworden, ein Partner auf dem Weg zur deutschen Einheit.

In aller Eile wurde am 5. Februar 1990 unter massiver Mitwirkung Kohls das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ geschmiedet, das neben der DDR-CDU auch die beiden neuen Parteien „Deutsche Soziale Union“ (DSU) und „Demokratischer Aufbruch“ (DA) umfasste. Am Ende konnte die westdeutsche Union auf diese Weise zwei Ziele gleichzeitig erreichen: Es wurden mit der Kombination DA/DSU zwei Parteien ins Rennen um die Wählergunst geschickt, die unbelastet, aber mitgliederschwach waren, und mit der DDR-CDU eine politische Kraft unterstützt, die eine gute Organisation besaß, aber in weiten Kreisen der DDR als kompromittiert galt.

Der DA ging in der CDU auf, die DSU wurde bedeutungslos

Dem von den drei mitteldeutschen Parteien und der bundesdeutschen Union gemeinsam geführten Wahlkampf folgte am 18. März 1990 der überragende Sieg der „Allianz für Deutschland“ im Allgemeinen und der CDU im Besonderen mit 48,15 beziehungsweise 40,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der DA mit seinen nur 0,9 Prozent fusionierte am 4. August 1990 mit der DDR-CDU. Und für die CSU-nahe DSU begann ein Marsch in die Bedeutungslosigkeit. Nach dem überragenden Sieg der Allianz wischte nämlich Helmut Kohl alle Bedenken beiseite und zwang die CSU zum Abbruch des Engagements für die DSU, worauf sich die Partei aus der unionsgeführten Allianz wieder löste. Die Entscheidung für die CDU der DDR war gefallen.

Nachdem bereits Mitte März 1990 die ersten Forderungen nach einer Fusion von CDU der DDR und CDU (West) laut geworden waren, einigten sich beide Partner im Sommer auf einen Modus vivendi. Die Vereinigung vollzog sich auf dem Hamburger Parteitag vom 1. und 2. Oktober 1990. Lothar de Maizière, der bisherige Vorsitzende der mitteldeutschen Union, wurde zum Stellvertreter des CDU-Bundesvorsitzenden Helmut Kohl gewählt. Daneben nahm die Union drei mitteldeutsche Christdemokraten in das Parteipräsidium und sechs weitere Mitteldeutsche in den Bundesvorstand der gesamtdeutschen Partei auf. Außerdem wurde der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fortan von den mitteldeutschen Verbänden gestellt. Bis die innere Einheit der gesamtdeutschen Union hergestellt war, musste allerdings noch eine Reihe von Jahren ins Land gehen. Ein Jahrzehnt nach dem Hamburger Vereinigungsparteitag wurde schließlich mit Angela Merkel die erste Unionspolitikerin aus einem östlichen Landesverband zur Bundesvorsitzenden der CDU gewählt.

Peter Wenzel

Monsterbombe

US-Präsident Truman ließ sie bauen

US-Präsident Harry Truman trat am 23. September 1949 vor die amerikanische Öffentlichkeit und verkündete: „Wir haben Beweise dafür, dass es während der letzten Wochen in der UdSSR eine Atom-Explosion gegeben hat.“ Damit meinte er den sowjetischen Atombombentest vom 29. August 1949. Die Sowjets verwendeten den Tarnnamen „Perwaya molniya“ (Erster Blitz). Die US-Amerikaner sprachen nur von „JOE I“ in Anlehnung an den US-amerikanischen Spitznamen „Uncle Joe“ für den sowjetischen Diktator Josef Stalin.

Moskau war schneller zu seiner Atombombe gelangt, als man es in Washington erwartet hatte. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Sowjets beim US-amerikanischen Atombombenprojekt „Manhattan“, das zu den Bomben von Hiroshima und Nagasaki geführt hatte, sehr erfolgreich spioniert hatten. Nun besaßen die USA kein Monopol auf Atomwaffen mehr und der Kalte Krieg mit Moskau war bereits in vollem Gang. Vor dem Hintergrund des apokalyptischen Wettrüstens der beiden Supermächte reagierten die US-Amerikaner mit dem Streben nach einer noch viel stärkeren Bombe, der Wasserstoff- oder H-Bombe.

Die »US-H-Bombe« war die Antwort auf die »SU-A-Bombe«

Diese Waffe beruht auf dem Prinzip der Kernfusion, im Unterschied zur Kernspaltung in einer Atombombe, bei der eine „überkritische“ Masse von Uran 235 oder Plutonium 239 durch Kernspaltungs-Kettenreaktion explosiv Energie freisetzt. Eine Wasserstoffbombe funktioniert, indem in ihrem Inneren eine Kernspaltungsbombe gezündet wird. Dadurch entstehen Temperaturen und Druckverhältnisse, die den schweren Wasserstoff in der Ladung durch Fusionsreaktion zünden. So werden bis zu etwa 50 Megatonnen an Sprengkraft freigesetzt, wobei eine Megatonne der Energie von einer Million Tonnen Dynamit (TNT) entspricht. Die Wirkung sollte mehrhundertfach stärker sein als diejenige der auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Bomben.

Vor 60 Jahren, am 31. Januar 1950, teilte Präsident Truman der Weltöffentlichkeit mit: „Ich habe die Atomenergie-Kommission angewiesen, ihre Arbeit an allen Formen von Atomwaffen fortzusetzen, einschließlich der so genannten Wasserstoff- oder Superbombe.“ Im März erklärten die Sowjets, ihrerseits eine Wasserstoffbombe entwickeln zu wollen.

In der Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November 1952 zündeten die USA ihre erste H-Bombe („Ivy Mike“), die die 800-fache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe erreichte. Die Sowjets, dicht auf den Fersen, feierten ihre erste H-Bomben-Zündung am 12. August 1953.

Bei der Lösung des Problems, wie derartige Monster ins Zielgebiet zu transportieren sind, hatten sie sogar die Nase vorn. Am 22. November 1955 explodierte die erste transportable Bombe im Experimentiergelände des kasachischen Semipalatinsk. Die USA schafften es erst einige Monate später. Am 21. Mai 1956 warf ein Flugzeug über Namu, einem Atoll der Ralik-Kette der Marshallinseln, eine Wasserstoffbombe ab.

Bernd Rill

Humor ist, wenn man trotzdem lacht

Otto Julius Bierbaum, alias Martin Möbius, wurde am 28. Juni 1865 im niederschlesischen Grünberg geboren. Einen Namen machte sich Bierbaum als Journalist und Redakteur sowie als Librettist und Schriftsteller. Nachdem er aufgrund finanzieller Probleme gezwungen war, sein Studium aufzugeben, schrieb er ab 1887 Feuilletons und Rezensionen. Später gab er die Zeitschriften „Die freie Bühne/Neue Deutsche Rundschau“, „Modernes Leben“, „Pan“ und „Die Insel“ heraus.

Um die Jahrhundertwende war Bierbaum einer der am häufigsten gelesenen Lyriker. Aber auch Romane und Reiseschilderungen wie das Buch „Eine empfindsame Reise im Automobil“, das als erstes Autoreisebuch der deutschen Literatur gilt, machten ihn berühmt. Der Gedichtband „Irrgarten der Liebe“ erreichte eine Auflage von über 100 000 Exemplaren und ist damit das meistverkaufte Lyrikbuch der damaligen Zeit. Ebenfalls um die Jahrhundertwende kam das Kabarett auf. Bierbaum wirkte auch hieran mit. „Der lustige Ehemann“ avancierte in München seinerzeit zum Kabarettschlager. Am 1. Februar 1910 starb Otto Julius Bierbaum – noch nicht einmal 45 Jahre alt – an einer Herz- und Nierenerkrankung in Dresden. Ihm verdanken wir die Weisheit: „Humor ist, wenn man trotzdem lacht.“ *Corinna Weinert*


Foto: Wikipedia

Otto Julius Bierbaum

Warum diese Ablehnung?

Polen feiert Sieg über den Deutschen Orden bei Tannenberg als nationale Großtat

In Polen wird der vor 600 Jahren am 15. Juli 1410 in der „Schlacht von Tannenberg“ über das Ordensheer errungene Sieg als nationale Großtat gefeiert. Warum ist der Deutsche Orden so ein Hassobjekt, was hat er Polen je an Leid getan?

Hierfür gibt es nicht den geringsten Hinweis in der Geschichte. Der Deutsche Orden tauchte erst auf, nachdem er von dem polnischen Herzog Konrad von Masowien zu Hilfe gerufen worden war. Dieser wollte die Prußen gewaltsam christianisieren, doch die Prußen wehrten sich tapfer und brachten das Kulmerland in ihren Besitz und den Herzog in arge Not. Hilflos und verzweifelt rief dieser 1225 den Deutschen Orden zu Hilfe. Hochmeister Hermann von Salza war geneigt, dem Rufe des Herzogs Konrad zu folgen, aber nicht ohne Rechtsgrundlage. Salza ließ sich zuerst von Kaiser Friedrich II., der nach damaligem Recht über heidnisches Land verfügen konnte, den Besitz des zu erobernden Landes bestätigen. Dies geschah nach bisheriger Darstellung Ostern 1226 in dem kleinen Ort Rimini durch die berühmte „Goldbulle von Rimini“.

Sonst unternahm der Orden nichts. Auch der Papst zeigte an der Preußenmission Interesse und Polen gründete 1228 zur Bekämpfung der Prußen den „Dobriner Orden“ mit deutschen Rittern aus Mecklenburg, doch auch dieser unterlag den Prußen. Nach den nicht enden wollenden Niederlagen sicherte auch Konrad von Masowien im Juni 1230 im Vertrag von Kruschwitz dem Deutschen Orden das Kulmerland zu.

Nachdem zudem 1230 der Papst zum Kreuzzug gegen die heidnischen Prußen aufgerufen hatte, ließ Hermann von Salza durch seinen Landmeister Hermann Balk am linken Ufer der Weichsel, in der Nähe der Burgen Vogelsang und Nessau einen ersten Waffenplatz errichten. Im Frühjahr 1231 wurde die Weichsel überquert. Als erste Stadt wurde Thorn gegründet. 1232 folgte Kulm, 1233 Marienwerder, 1237 Elbing. Im Jahre 1239 wurde die Prußenfeste Balga nahe dem heutigen Heiligenbeil erobert und eine starke Burg errichtet. Im Jahre 1243 gründete der päpstliche Legat Wilhelm von Modena die vier Bistümer Kulm, Pomesanien, Ermland und Samland. 1249 kam es zu einem Vertrag von Christburg mit den Prußen, doch erst 1273, in den äußersten Teilen erst 1283, galt Preußen als unterworfen. Die Prußen hatten sich auf das Tapferste gewehrt. Nur der Tatsache, dass die „Reisen nach Preußen“ als Kreuzzüge durch die Kirche gepredigt wurden, wodurch immer neue Kreuzzugsheere aufgestellt wurden, ist der Erfolg des Deutschen Ordens zu danken.



Zum 500. Jahrestag der Schlacht von Tannenberg in Krakau errichtetes Denkmal für den polnischen Sieger Władysław II. Jagiełło: Schon vor 100 Jahren feierten Polen den über das Ordensheer errungenen Sieg als nationale Großtat. Bild: akg

In der Goldbulle von Rieti vom 3. August 1234 hatte Papst Gregor IX. das bereits eroberte und alle noch zu erobernden Gebiete unter den Schutz des Heiligen Stuhls gestellt und übernahm es „in Recht und Eigen des Heiligen Petrus“. Zugleich übertrug er es dem Deutschen Orden zum ewigen und freien Besitz, „aber derart, dass durch Euch oder durch andere diesem Land niemandes Herrschaft oder Besitz jemals unterworfen sein soll.“

Zu keinem Zeitpunkt während der 50 Jahre währenden Unterwerfung und Christianisierung der Prußen hat der Deutsche Orden auch nur die geringste Aggression gegen Masowien begangen. Er hat Polen nie ein Haar gekrümmt oder Leid zugefügt. Er hat sich ganz dem Aufbau seines Ordensstaates gewidmet und bis zum Jahre 1400 insgesamt 93 Städte und 1400 Dörfer gegründet. Als er dann von Polen und Litauen, verstärkt durch russische wie tatarische Söldner, im Jahre 1410 überfallen und am 15. Juli bei der Schlacht von Tannenberg besiegt wurde, da war dies kein Angriff auf heidnisches und damit herrenloses Land. Es war ein damals schon völkerrechtswidriger Akt gegen einen christlichen Staat, den Ordensstaat, der zudem „in Recht und Eigen des Heiligen Petrus“ stand.

Diese Schandtat nach 600 Jahren als großen heroischen Sieg Polens zu feiern, das ist keine Aussöhnung oder Verständigung fördernde Maßnahme im gemeinsamen „Haus Europa“. Hier wird die Geschichte verfälscht, zumal Polen den Sieg über den Orden nur litauischer, russischer wie tatarischer Unterstützung zu verdanken hatte.

Wolfgang Thüne

Was die CSR vom Reich in Versailles erhielt

Nach dem Ersten Weltkrieg erhielten fast alle Nachbarn des Deutschen Reiches ein Stück bis dato deutschen Landes. Damit verbanden die Sieger die Hoffnung, dass möglichst viele Staaten am Erhalt der Versailler Ordnung interessiert waren. So erhielt auch die neugegründete Tschechoslowakei (CSR) ein Stückchen vom Reich: das sogenannte Hultschiner Ländchen. Es handelt sich hierbei um ein 286 Quadratkilometer großes Gebiet um die Stadt Hultschin am Südostende Schlesiens.

Wie alle Verluste des Reiches mit Ausnahme des Reichslandes Elsaß-Lothringen handelte es sich auch beim Hultschiner Ländchen um Preußenland. 1742 hatte es Österreich nach dem Ersten Schlesischen Krieg mit den anderen Teilen des späteren Preußisch-Schlesien an Preußen abgetreten. Mit Erfolg hatten tschechische Lobbyisten bei den Siegern die Fiktion vertreten, nicht Österreich, sondern der „tschechische Staat“ sei der Vorbesitzer gewesen und die Bewohner mehrheitlich tschechisch. Da half es den Betroffenen nicht, dass sie eine Volksbefragung durchführten, bei der 93,7 Prozent der 48 446 Stimmberechtigten für einen Verbleib beim Reich stimmten. Nachdem die deutschen Truppen das Gebiet geräumt hatten, nahm die CSR es am 4. Februar 1920 mit dem Einmarsch eigener Truppen in Besitz.

> Hultschin wechselte 1920 den Besitzer

Zusammen mit dem Sudetenland wurde das Hultschiner Ländchen 1938 (wieder) reichsdeutsch und 1945 wieder tschech(oslowak)isch, was es bis heute ist. Anders als den Sudetendeutschen, deren Existenz die CSR nicht hatte leugnen können, blieb den Deutschen des Hultschiner Ländchens eine Vertreibung weitgehend erspart. Schließlich waren sie ja angeblich Tschechen. *M. R.*

SED-Propaganda prägt bis heute sein Bild

Hans Globke war Adenauers Staatssekretär im Kanzleramt und sein wohl wichtigster Mitarbeiter – Alliierte 1947: »Unbelastet«

Als Staatssekretär des Bundeskanzleramtes war Globke der wohl wichtigste Mitarbeiter Konrad Adenauers. – Er ist nicht vergessen, doch das vorherrschende Bild ist wesentlich stärker durch die gegen ihn geführte Propaganda geprägt als von den historischen Fakten.

Hans Globke wurde 1898 in Düsseldorf geboren und wuchs in Aachen auf. Nach zweijährigem Einsatz an der Westfront und einer juristischen Ausbildung trat er in den preußischen Verwaltungsdienst ein. Globke war zunächst in Aachen als stellvertretender Polizeipräsident tätig. Ende 1929 wurde er in das Preußische Ministerium des Inneren nach Berlin berufen. Bereits 1922 war er der Zentrumspartei beigetreten.

> Die NSDAP wollte ihn 1940 nicht haben

1934 wurde das Preußische mit dem Reichsministerium des Inneren zusammengelegt. Globke verblieb in dieser Behörde, als Referent umfasste seine Zuständigkeit unter anderem „Namensänderungen“, „Personenstandswesen“ sowie „Staatsangehörigkeitswesen“. 1938 erfolgte die letzte Beförderung in der NS-Zeit, er wurde Ministerialrat. Mit Kriegsbeginn übernahm der somit auf Referentenebene verbliebene Globke Aufgaben beim „Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung“.

Hans Globke war bis zuletzt höherer Beamter des Dritten Reiches. Er wirkte auch an der Ausarbeitung von Gesetzen und Verordnungen mit, die gegen die jüdische Bevölkerung gerichtet waren. Gemeinsam mit seinem Vorgesetzten Wilhelm Stuckart veröffentlichte er 1936 einen Kommentar zu den „Nürnberger Gesetzen“.

Auf der anderen Seite lässt sich eine Reihe von Einzelfällen nachweisen, in denen Globke seine dienstliche Stellung nutzte, um Menschen zu helfen, die durch die Gesetze des NS-Staates entrechtet waren. Globke gab Informationen an namhafte Regimegegner der katholischen Kirche weiter, allen voran an den Berliner Bischof Konrad von Preysing. Verbindung hielt Globke auch zu anderen Persönlichkeiten des Widerstandes, beispielsweise zum ehemaligen Gewerkschaftsführer und späteren christdemokratischen Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser. Laut Otto Lenz, nach dem 20. Juli 1944 zu einer Zuchthausstrafe verurteilt und später Globkes Amtsvorgänger bei Adenauer, war Hans Globke in den Planungen für die Zeit nach dem – schließlich gescheiterten – Staatsstreich für eine hohe Position in der neu zu bildenden Regierung vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund fällt es leichter, der Argumentation zu folgen, Globke habe auch bei seiner Mitarbeit bei der NS-Gesetzgebung im Rahmen seiner Möglichkeiten versucht, Milderungen und Abschwächungen zu erreichen. Dies betraf insbesondere die Stellung der sogenannten Halb- und Vierteljuden. Dass sich einschränkende Tendenzen sogar in dem Kommentar ausmachen lassen, haben Anwälte, die in der NS-Zeit jüdische Mandanten vertraten, nach dem Krieg ausdrücklich bestätigt. Auch Versuche, gegen die jüdische Bevölkerung gerichtete Gesetze zu verzögern und entsprechende Vorhaben möglicherweise ganz im Sande verlaufen zu lassen, sind in den überlieferten Akten nachweisbar.


Hans Globke Bild: Internet

Globke stilisierte sich, wohl auch in Reaktion der gegen ihn gerichteten Kampagnen, später als Mann des Widerstandes. Dies greift eindeutig zu hoch, frei von Anpassung und Widersprüchen war sein Weg im Dritten Reich nicht. Es mag für sich sprechen, dass er 1940 die Aufnahme in die NSDAP beantragt hatte, diese jedoch abgelehnt wurde. Es hieß, dass es gegen Globke Bedenken in politischer Hinsicht gebe. Er unterhalte noch immer Kontakte zu Mitgliedern der ehemaligen, 1933 aufgelösten Zentrumspartei.

1945 wurde Globke interniert und diente Briten und Amerikanern als „Berater“. 1946 wurde er Stadtkämmerer von Aachen, trat der CDU bei und wirkte bei Planungen für die künftige Bundesverwaltung mit. Bei der Entnazifizierung wurde ihm 1947 der Status „unbelastet“ zuerkannt. Konrad Adenauer holte ihn 1949 ins Bonner Bundeskanzleramt. Von Anfang an galt Globke als dessen eigentlicher Organisator, 1953 erfolgte die Ernennung zum Staatssekretär. Über seine formale Stellung hinaus hatte er sich schnell zu einem der wichtigsten und loyalsten Mitarbeiter Adenauers entwickelt. Er kam mit nahezu allen Politikbereichen in Berührung, wirkte auf dem Feld der Personalpolitik, beschaffte Informationen und vermittelte im Auftrag des Kanzlers. Ambitionen, selbst Politiker zu werden, waren Globke fremd, er stellte sich ganz in den Dienst Adenauers und wirkte geräuschlos und verlässlich im Hintergrund.

> Die DDR führte gegen ihn 1963 einen Schauprozess

1963 hatte Globke die Altersgrenze erreicht, mit dem Rücktritt Adenauers verließ auch er das Bundeskanzleramt. 1973 starb er in Bonn.

Globke war wegen seiner Tätigkeit in der NS-Zeit nach 1949 immer wieder Angriffen ausgesetzt. Ziel dürften dabei aber eher Adenauer selbst und seine Politik gewesen sein. Insbesondere die DDR erhob massive Anschuldigungen, Höhepunkt war der im Juli 1963 geführte Schauprozess, in dem Globke in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wurde. Bei den Kampagnen handelte es sich nicht in erster Linie um eine Auseinandersetzung über durchaus diskussionswürdige Aspekte, sondern um starke Verzeichnungen und zum Teil falsche Anschuldigungen mit propagandistischer Absicht.

Es erstaunt, wie stark das von der SED gezeichnete Bild des „NS-Täters“ Globke bis in die unmittelbare Gegenwart wirkt. Auf der einen Seite wird beständig und bestimmt nicht zu Unrecht an die Verbrechen des NS-Staates erinnert, auf der anderen Seite zeigt man sich aber bar jeglichen Verständnisses für die Möglichkeiten, Zwänge und Ängste, die unter einer totalitären Diktatur wie der des Dritten Reiches das tägliche Leben und Handeln bestimmen. Der Umstand, dass die von den Siegern eingesetzten Entnazifizierer ihn 1947 als „unbelastet“ einstuften, wird kaum wahrgenommen und gewürdigt.

Erik Lommatzsch

Der Autor dieses Beitrages hat zu dem selben Thema eine 445 Seiten umfassende Doktorarbeit verfasst, die vergangenes Jahr unter dem Titel „Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers“ im Frankfurter Campus-Verlag erschienen ist.

Ostpreußen, ein deutscher Mythos

Zu: Ostpreußen

Wer über die Landkarte der verlorenen Ostgebiete schweift, wird wie aus einer fernen Lockung nach Ostpreußen gezogen. Ostpreußen hat erst als verlorene Provinz wirkliche Bedeutung erhalten, eine Bedeutung, die es als östlichste Provinz Deutschlands kaum jemals hatte. Ostpreußen ist dabei, ein deutscher, sogar europäischer Mythos zu werden. In einer uns seelisch weithin entfallenen östlichen Landschaft steht Ostpreußen wie ein mythischer Pfeiler. Auf diesem ruht die Brücke zwischen Deutschland und dem Osten, dem Baltikum und weiter nach Russland. Über diese Brücke, welche so viele halb vergessene Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Russland überspannt, sollten wir heute beherzt und zuversichtlich gehen und uns gegenseitig ein gutes Neues Jahrzehnt wünschen. Russland und Deutschland – wir haben es beide nötig.

Prof. Dr. Menno Aden, Essen

Vertrauen der Vertriebenen missbraucht

Zu: „Warschau zeigt schweigend die Instrumente“ (Nr. 2)

Jetzt kommt die Infamie, mit der die causa Steinbach in Berlin behandelt worden ist, schrittweise ans Tageslicht: Offenbar sind von dem Staatsminister im Kanzleramt Neumann bereits am 5. Februar 2008 in Warschau Erklärungen abgegeben worden, die – ohne den Namen Steinbach zu erwähnen – auf polnischer Seite die Erwartung begründen konnten und wohl auch sollten, dass die Bundesregierung eine Mitwirkung von Steinbach in der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung verhindern werde.

Dieser Vorgang wurde offenbar bisher geflissentlich unter der Decke gehalten – man ließ den BdV weiter an der Beiratsbenennung von Frau Steinbach stricken und dafür eintreten. Der Sinn dieses infamen Manövers ist meines Erachtens eindeutig: Die Wähler aus dem Vertriebenenbereich sollten vor der Bundestagswahl 2009 nicht irritiert, nicht vergrault werden. Aber für die nächste Bundestagswahl werden viele Wähler aus dem Vertriebenenbereich den Vorgang in Erinnerung halten.

Außenminister Westerwelle, auf den sich die Kritik wegen seiner Haltung – Ablehnung der Kandidatur von Frau Steinbach für den Stiftungsbeirat – in Warschau zunächst konzentrierte, hat, das wird nun klar, bei seinem Antrittsbesuch in Warschau nur die Linie weiterverfolgt, die von Staatsminister Neumann schon 2008 angelegt worden ist.

Dr. Friedrichkarl Janert, Wiesbaden-Hessloch

Mutige *PAZ*

Zu: „Tageszeitungen in der Krise“ (Nr. 51)

Ihren Ausführungen zur Zeitungskrise kann ich nur zustimmen: Subvention von Staats wegen wäre das Ende des kritischen Journalismus. Überhaupt hat mir in Ihrer Zeitung gut gefallen, dass Sie dem CO_2-Wahn entgegentreten. Ihren Mut, mit dem Thema Preußen eine solche Zeitung zu machen, bewundere ich!

Dirk Ippen, Verleger, München

Ammenmärchen

Zu: „Eine andere Welt“ (Nr. 1)

Mit dem vollendeten 14. Lebensjahr konnte man Hitlerjunge werden. Mit dem 10. Lebensjahr wurde man Pimpf. Herr Glorius konnte also gar nicht im April 1945 mit der Panzerfaust in der Hand in die Schlacht um Berlin als Hitlerjunge eingegriffen haben. Als Pimpf, zu denen auch ich, Jahrgang 35, gehöre, wurde man nicht mit derartigen Waffen in den Krieg geschickt, auch nicht im Endkampf. Herr Harald Fourier ist bei der Kaffeetafel sicher einem Ammenmärchen aufgesessen.

Christoph Glantz, Tensbüttel-Röst

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



In Königsberg: Luise, Königin von Preußen, betend am Altar, umgeben von ihren Kindern Bild: BpK

Luises Wirken in Königsberg

Zu: „Luise – Königin der Herzen“ (Nr. 52/53)

Es war eine gute Idee des Fernsehsenders Arte, anlässlich des 200. Todestages der Königin Luise von Preußen einen Film über sie auszustrahlen. Auch die schauspielerische Leistung der 30-jährigen Hauptdarstellerin Luise Bähr ist durchaus anerkennenswert.

Doch der Dokumentationsfilm auf Arte wird nur wenig dem Titel gerecht. Statt des langen Vorspiels mit historischem Hintergrund, den erdichteten Kindheitsdarstellungen der Königin und relativ vielen handschriftlichen Dokumenten, wäre es wünschenswert gewesen, mehr auf das Thema einzugehen. So fehlt bedauerlicherweise gänzlich Königin Luises Wirken in Königsberg, wo sie kurz 1806/07 und dann von Januar 1808 bis Dezember 1809 mit ihrer Familie lebte.

Gerade in dieser Zeit, insbesondere nach dem Tilsiter Frieden, erwarb sich die Königin in der größten Not Preußens den Ehrentitel „Königin der Herzen“, in dem sie durch ihr vorbildliches Verhalten dem Volk Mut machte, nicht zu verzagen.

Sie war es auch, die es hier in ihrer diplomatischen Art verstand, die beiden Staatsmänner Freiherr vom Stein und von Hardenberg entscheidend zu unterstützen, die preußischen Sozialreformen durchzuführen.

Ferner hätte es dem Titel des Films erntsprochen, auf ihren bahnbrechenden Einsatz für die Höhere Mädchenbildung in Preußen einzugehen, zu dem sie durch den Schulrat Busolt in Königsberg angeregt wurde. Die Bildungsreform konnte bereits 1811 in Königsberg realisiert werden, wofür heute noch viele Königin Luise dankbar sind.

Brunhild Roschanski, Münster

Auch in Detmold kein »Agnes-Miegel-Weg« mehr

Betr.: Agnes Miegel

Der „Lichtblick für Agnes Miegel“, wie Sie meinen Leserbrief von 2009 in Ihrer *PAZ* so positiv überschrieben hatten, ist nicht mehr!

Auch in Detmold ist der dortige „Agnes-Miegel-Weg“ der Umbenennungswelle zum Opfer gefallen und heißt nun „Am Sonnenhügel“.

Ich hatte noch eine schriftliche – angeblich die einzige – Eingabe dagegen gemacht, doch ohne Erfolg.

Eine „linke“ Antifa-Vereinigung hatte den Antrag gestellt, da Miegel eine „NS-Poetin“ gewesen sei. Ihre beste Schaffenszeit hatte sie aber lange vorher. Sie wurde bereits 1916 mit dem Kleist-Preis und 1924 mit der Ehrendoktorwürde der Universität Königsberg geehrt.

Inge Schmidt, Hamburg

Glockengeläut zeigt nicht die Tageszeit an

Zu: Leserbrief „Angst vor dem Islam? Nein, Widerwille, sich etwas überstülpen zu lassen“ (Nr. 1)

In einer Passage irrt der Briefschreiber. „Das Geläut christlicher Kirchen, das lediglich als akustisches Signal die Tageszeit oder einen bevorstehenden Gottesdienst andeutet“, ist so nicht ganz korrekt. Ein Gottesdienst wird allerdings durch ein Geläut angezeigt, jedoch nie die Tageszeit. Vielmehr wird morgens, mittags und abends „der Engel des Herrn“ geläutet, zur Erinnerung an die Botschaft des Engels an Maria.

Bernhard Erdmann, Leverkusen

***Anm. der Red.:** Zu ergänzen wäre, dass das allgemeine Zwölf-Uhr-Läuten bei seiner Einführung im Jahre 1456 durch Papst Calixtus III. die Christenheit zum Gebet gegen die Türkengefahr aufrufen sollte. Anlass waren die damaligen schweren Abwehrkämpfe bei Belgrad.*

Kleinliche Widerstände

Zu: Leserbrief „Antwort der FDP-Geschäftsstelle“ (Nr. 52/53)

Ich hoffe, dass der Geist der Formulierung im Antwortbrief der FDP-Geschäftsstelle an Herrn Ziemer nicht bestimmend sein wird bei der Entscheidung, ob Erika Steinbach in den Stiftungsrat berufen wird oder nicht: „Niemand kann in den Kopf von Frau Steinbach sehen oder ihre Absichten eindeutig feststellen.“ Diese unglaubliche Formulierung ist, gelinde gesagt, völlig inakzeptabel. Im Brief der FDP wird ausdrücklich betont, dass „wir“ (und nicht die Polen) die Besetzung entscheiden. Unter „wir“ wird dabei die Bundesregierung als Gesamtorgan verstanden. Die Frage ist, ob Herr Westerwelle in Polen die Meinung der gesamten Bundesregierung bereits kannte und sie dort vorab verkündete. Natürlich wird jeder den allgemeinen politischen Ausführungen im Brief der FDP zustimmen (zum großen Leid der Vertriebenen, zur Aufarbeitung, zur Ausrichtung der Politik auf die Zukunft), aber seit Kenntnis der meines Erachtens kleinlichen Widerstände mancher Stellen und Personen gegen Frau Steinbach beginnt man schon am gesunden Menschenverstand zu zweifeln, ganz zu schweigen vom verdienten Dank an die Initiatorin der Stiftung. Frau Steinbach gehört in den Stiftungsrat.

Dr. Günther Schmidt, Jena

Klimakritiker werden als »Geisterfahrer« stigmatisiert

Zu: „Dramatisch“ (Nr. 52/53)

Seit Monaten erleben wir in den deutschen Medien eine von vielen als hysterisch bezeichnete Kampagne: Angeblich bedrohe die Menschheit eine Klimaerwärmung mit katastrophalen Folgen. Hinz und Kunz in den Medien, aber auch in großen Teilen der Bevölkerung schwingen sich zu Klimaexperten auf und reden und schreiben hinterher, was sie sonst wo gelesen oder auch gehört haben.

Ein bekannter Journalist beschrieb mir dieses Phänomen mit den Worten: „Trägheit spielt da eine große Rolle, aber vielleicht auch etwas Angst, weil alle in die andere Richtung rennen und die anderen als Geisterfahrer stigmatisiert werden.“

Viele dieser Experten können es möglicherweise noch nicht mal erklären, warum es denn im Winter kalt wird. Da viele Redaktionen im Fernsehen und in den Printmedien von Anhängern grüner Ideologien mehrheitlich besetzt sind, werden Argumente von Skeptikern nicht gesendet oder gedruckt.

So wurde ich Zeuge, wie der Moderator einer Sendung auf NDR Info einen Gesprächsteilnehmer, der Zweifel an den Argumenten der Klimaretter vorbringen wollte, glatt abwürgte und ihm das Wort entzog.

Offensichtlich wird die Klimadebatte von Interessenten mit politischem oder wirtschaftlichem Hintergrund angeheizt. So tat sich Al Gore erst dann als Klimaschützer hervor, nachdem seine politische Karriere durch eine klare Wahlniederlage beendet worden war. Und der SPD-Vorsitzende Gabriel fand wieder Zugang zu politischem Einfluss, nachdem er sich als „Klimaretter“ etablieren konnte. Klimaforschung wird heute offensichtlich vorrangig mit statistischen Methoden betrieben.

Aktuelle Daten werden zusammengestellt und hochgerechnet in der Annahme, man habe alle relevanten Daten erfasst und es gäbe etliche Konstanten darunter. Und da liegen meist schon die ersten Fehler.

Wenn man seine so erzielten Ergebnisse als Hypothesen vorstellen würde, ginge es noch. Ein Gebäude auf unsicheren Fundamenten ist immer einsturzgefährdet. Deshalb ist es gut, bei Texten zu diesem Thema immer von Möglichkeiten zu schreiben und Sätze wie: „Die globale Erwärmung ist eine gefährliche Tatsache“ zu vermeiden und stattdessen zum Beispiel ersatzweise: „Eine globale Erwärmung wird von vielen Forschern als gefährlich eingestuft“ oder so ähnlich zu formulieren.

Dieter Dziobaka, Hamburg

Klimawandel findet nicht statt – außerdem würde er uns nützen

Zu: „Kein bisschen weise“ (Nr. 51)

Herr Dr. Thüne hat bereits mehrfach in dieser Zeitung über das Thema „Klimawandel“ geschrieben und sich dabei ausführlich über den Unterschied zwischen Wetter und Klima ausgelassen.

Ich stimme mit ihm überein, dass das „Klima“ von sehr vielen Parametern abhängt, die wissenschaftlich noch wenig oder nur unzureichend quantifiziert sind. Es ist daher vermessen, mittels dieser unzureichenden Daten durch Computermodelle, deren „Input“ nur wenige „Eingeweihte“ überblicken, ein Szenario der Klimaentwicklung für Jahrzehnte im Voraus zu prognostizieren.

Es ist noch vermessener, auf Grund solcher Szenarien, die man sich aus den verschiedenen Computersimulationen nach Belieben aussuchen kann, politische Aktionen abzuleiten, die das Wohlergehen – insbesondere der „westlichen Welt“ – auf Jahrzehnte beeinflussen wird.

Unabhängig von den Fakten wird beim „Klimawandel“ Ursache und Wirkung ignoriert. Ich weiß nicht, ob ich der einzige Mensch auf dieser Erde bin, der beides unterscheiden kann.

Der globale Verbrauch von Energie ist definiert durch die Energie je Mensch und die Anzahl der Menschen. Der menschliche jährliche Energieverbrauch wird steigen. Jeder Inder oder Chinese wird einen Kühlschrank, eine Waschmaschine, ein Auto haben wollen. Der globale Energieverbrauch ist also nur beeinflussbar über die Anzahl der Menschen. Das ist übrigens die billigste Beeinflussung der „Erderwärmung“.

Die zweitbilligste ist der Erhalt beziehungsweise die Wiederaufforstung des Regenwaldes. Die dritte ist die Erhöhung des Wirkungsgrades thermischer Prozesse in Kraftwerken und Wärme-Kraft-Kopplung. Die vierte ist der Einsatz von Kernkraft, trotz des H_2O-Ausstoßes mit Wärme-Kraft-Kopplung. Die fünfte ist die Förderung der Forschung der Kernfusion. Die sechste ist, alle Lobbys, Nichtregierungsorganisationen (NGO), Subventionsabstauber zum Teufel zu jagen.

Inzwischen verdienen, und das hat Kopenhagen gezeigt, hunderttausende Mitläufer an dem „Klimawandel“, der nicht stattfinden wird, vor allem die NGOs, die davon hervorragend leben, und die sogenannten „Entwicklungsländer“, die hier eine einmalige Möglichkeit sehen, ihr Clan-Einkommen bei der UBS anzulegen.

Es ist außerdem Fakt, dass Nordeuropa von Auswirkungen der Horrorszenarien nicht betroffen wird. Aber über Vorteile spricht man nicht, da abträglich fürs Geschäft. Durch Erhöhung des CO_2-Pegels werden die Ernten bei uns nach dem Massenwirkungsgesetz größer, wir brauchen weniger zu heizen, Urlaub an der Ostsee ist so schön wie auf Mallorca.

Dr. H.-W. Wittmeier, Rösrath

Hitzerekorde schon 1932

Zu: „Klimawandel und kein Ende“ (Nr. 51)

Es ist erfreulich, dass Klaus Rainer Röhl der aktuellen Klimahysterie historische Fakten aus den vergangenen 700 Jahren entgegensetzt.

Wie die folgende, ergänzende Zetiungsmeldung von 1932 („Die Rekordhitze … und ihre Folgen“) zeigt, hat es damals bereits Tornados in Deutschland gegeben, von denen in den letzten Jahren immer behauptet wurde, dass so etwas in unseren Breitengraden bislang völlig unbekannt war:

„Im Laufe des Sonntags entlud sich über dem Elbegebiet ein schweres Unwetter, das an verschiedenen Stellen von einer Windhose begleitet war, durch die schwere Verwüstungen in zahlreichen Orten angerichtet wurden. In Hitfeld bei Hamburg wurden allein 40 Häuser durch die Windhose zum Teil zerstört und in allen Fällen abgedeckt … Am Sonntagnachmittag und -abend gingen über Stettin und Vorpommern schwere Gewitter nieder, die teilweise von Wolkenbrüchen und orkanartigem Sturm begleitet waren“ (23. August 1932). Am Tag zuvor hatte es noch geheißen, dass mit 34,3 Grad in Hamburg ein neuer Hitzerekord gemessen worden sei, und in Berlin zeigte das Thermometer sogar 36,5 Grad, was zuletzt im Juli 1865 verzeichnet worden war.“

Wolfgang Reith, Neuss

Das Ostpreußenblatt

Nr. 4 – 30. Januar 2010

MELDUNGEN

Mit dem Pastor nach Masuren

Sensburg – Pastor Fryderyk Tegler führt vom 31. Mai bis 11. Juni eine Fahrt nach Masuren durch. Die Studienfahrt geht von Scharnebeck/Lüneburg über Gnesen, Thorn und Allenstein nach Sensburg, wo achtmal übernachtet wird. Auf dem Programm stehen unter anderem Besichtigungen von Lötzen, Rhein, Allenstein, Osterode, Nikolaiken, Nidden, Eckersdorf, Rößel, Rastenburg, Heiligelinde und Hohenstein sowie des Oberländischen Kanals mit seinen geneigten Ebenen und der geschichtsträchtigen Marienburg. Eine Tagesfahrt zu Ostpreußens Hauptstadt steht ebenso auf dem Programm wie der Besuch von Gottesdiensten und Konzerten, Kontakte zu der deutschen Volksgruppe, ein Lagerfeuer, Kutsch- und Schiffsfahrten sowie eine Stakerfahrt auf der Kruttinna. Es soll auch genügend Zeit für persönliche Ausflüge in die eigene Vergangenheit geben. Auf der Rückfahrt werden Danzig, Kolberg und Stettin besucht. Nähere Informationen erteilt Pastor Fryderyk Tegler, Hauptstraße 18, 21379 Scharnebeck, Telefon und Fax (04136) 910573, Handy 0171/5045487. *PAZ*

Schwimmbad für die Albertina

Königsberg – Julija Schkurkina, Pressechefin der Königsberger Kant-Universität, verkündete am 20. Januar, dass die Hochschule ein Schwimmbad mit sechs 25-Meter-Bahnen erhält. Die Gesamtkosten von 85 Millionen Rubel (gut zwei Millionen Euro) teilten sich das Bildungsministerium (43 Millionen), die Regionalregierung (35 Millionen) und die Universität (sieben Millionen). Ärgerlich für die restliche Bevölkerung ist, dass einstweilen nur Studenten in das Bad kommen. Das soll sich aber bald ändern: Das Bad hat eine Zuschauertribüne mit 110 Plätzen. Vor dieser Kulisse sollen ab Sommer Schwimmwettbewerbe der Königsberger stattfinden. *W. O.*

Faulpelze im Parlament

Königsberg – Das neue Gesetz über das Regionalparlament des Königsberger Gebiets ist noch nicht fertig, da zeigt es schon einen gewichtigen Makel. Tamara Kusjajewa, Parlaments-Referentin des Gouverneurs, bestätigte, dass das Gesetz keine Sanktionen gegen notorische Sitzungsschwänzer unter den Abgeordneten vorsieht. Ein Faulpelz wie Michail Dudarjew von der Putin-Partei „Einiges Russland“ wird auch in Zukunft weder im Parlament noch in den Ausschüssen auftauchen. Ähnlich halten es Igor Rudnikow, Amir Sajnaschew und andere „Arbeitsscheue“, die aber ihr ständiges Fehlen mit „ehrenwerten Attesten“ bemänteln. *W. O.*

Viele Blütenträume sind verwelkt

Um den Versuch, Auslandsrussen ins Königsberger Gebiet zu locken, ist es ruhig geworden

In den vergangenen Jahren hatte die Gebietsregierung in Zusammenarbeit mit Moskau rückkehrwillige Russen aus dem Ausland mit attraktiven Angeboten nach Ostpreußen gelockt – aus dem fernen Ausland ebenso wie aus ehemaligen Sowjetrepubliken. Doch nicht alle Blütenträume reiften.

Seit Beginn der Wirtschaftskrise ist es um die zuvor groß angelegte Werbekampagne ruhig geworden, zumal die Regierung ihre Versprechen gegenüber den Rückkehrern ohnehin nicht halten konnte. Die finanzielle Unterstützung aus dem Haushalt der Russischen Föderation war drastisch eingeschränkt worden.

Übersiedler suchen Hilfe bei der Caritas

Einige tausend Menschen hatten die Rückkehrmöglichkeit wahrgenommen. Man hatte ihnen materielle Unterstützung, freie Wahl des Arbeitsplatzes und die Möglichkeit, Wohnungen zu kaufen, in Aussicht gestellt und sie mit der Schönheit der Ostseeregion angelockt. Nur Letzteres war wirklich wahr. Die meisten wurden – vorübergehend, wie es hieß – im Aufnahmezentrum in Severnyj (zirka 30 Kilometer außerhalb von Königsberg Richtung Pr. Eylau gelegen) untergebracht. Diese Unterbringung erwies sich für 360 Übersiedler aus ehemaligen Sowjetrepubliken jedoch als ganz und gar nicht vorübergehend. Das Dorf selbst wirkt wie ein Trauerspiel. Das Beste in dem Ort ist die Anwesenheit der Übersiedler selbst. Das Gebäude, in dem sich das Aufnahmezentrum befindet, war früher eine Kaserne. Man hat sie in strahlendem Orange und Grün angemalt und vor dem Eingang einen Kinderspielplatz eingerichtet. Es heißt, dass dieser speziell für den Besuch des Duma-Vorsitzenden Boris Gryslow eingerichtet wurde, der dann aber doch nicht kam.



Arbeitslosigkeit in der Russischen Föderation: Damit hatten die zugewanderten Auslandsrussen nicht gerechnet. Bild: pa

Vor Kurzem gab es für die Bewohner einen kleinen Anlass zur Freude, als die Internationale Hilfsorganisation „Caritas West“ Hilfsgüter aus der Bundesrepublik Deutschland überbrachte. In ihrer Ausweglosigkeit hatten sich die Übersiedler an die Caritas gewandt. Mit Freude nahmen die Menschen Pakete mit Kleidung und Wäsche entgegen. Eine solche Hilfslieferung hatte es zuletzt in den 90er Jahren gegeben, als der Lebensstandard noch deutlich geringer war.

Für die Mehrheit der Bewohner von Sewernyj gibt es kein Zurück mehr: Viele von ihnen haben ihre Wohnungen verkauft und ihre Staatsbürgerschaft zugunsten der russischen aufgegeben. Die Übersiedler müssen Miete zahlen. Für ein kleines Zimmer zahlen sie etwa 60 000 Rubel (rund 1400 Euro) jährlich. Dabei muss wie in einem Hotel jede Person einzeln zahlen. Die Bewohner prozessieren schon seit Langem gegen diese Bedingungen, bisher ergebnislos.

Viele mussten bereits beträchtliche Schulden anhäufen, weil sie keine Arbeit haben. Zahlen sie jedoch ihre Miete nicht, erhalten sie keine Meldebescheinigung. Ohne die wiederum finden sie keine Arbeit. Zudem konkurrieren sie auf dem Arbeitsmarkt mit Arbeitslosen aus der Hauptstadt. Eine Wohnung auf Kredit zu kaufen ist für Übersiedler mangels ständigem Wohnsitz nicht möglich. So leben sie in einem Teufelskreis, aus dem die meisten bisher noch keinen Ausweg gefunden haben. *Jurij Tschernyschew*

Streit um Spielzone

Gegner wollen Volksentscheid erzwingen

Der Streit um die Glücksspielzone „Bernstein“ im Königsberger Gebiet dauert an. Die Gegner des Projekts fordern einen Volksentscheid und wollen diesen nun mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EGMR) durchsetzen.

Kürzlich hat die Geschichte um die Spielzone „Bernstein“ im Königsberger Gebiet eine neue Wendung genommen. Es geht darum, dass die Bürgerbewegung „Das Volk gegen eine Spielzone“ seit Langem Unterschriften sammelt für einen Volksentscheid, der die Gebietsregierung dazu verpflichten soll, ihre Genehmigung einer solchen Zone zurückzuziehen. Juristen der Duma hatten jedoch entschieden, dass ein solcher Volksentscheid illegal wäre, ihrer Meinung nach unterliegt die geplante Spielzone einer festgelegten Ordnung. Die Duma-Abgeordneten schlossen sich der Meinung ihrer Juristen an und entschieden, die Bevölkerung nicht nach ihrer Meinung befragen zu lassen.

Die Aktivisten des Bürgerbegehrens ließen sich davon nicht entmutigen und klagten durch mehrere Instanzen. Nachdem auch das Oberste Russische Gericht ihnen eine abschlägige Antwort erteilt hatte, wandten sie sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Am 13. August 2009 reichten sie ihre Unterlagen in Straßburg ein. Gleich mehrere Vertreter der Bürgerbewegung erhoben Klage.

Nun wurde bekannt, dass der Gerichtshof einige dieser Beschwerden zur Durchsicht angenommen und sie zu einer Sache zusammengefasst hat. Die Beschwerde hat den Inhalt, dass der Staat mehrfach die russische Verfassung verletzt habe, indem er der Bürgerbewegung „Das Volk gegen die Spielzone“ einen Volksentscheid verweigert habe. Nun heißt es abwarten, wie die Straßburger Richter entscheiden. Aus der Praxis ist allerdings bekannt, dass dies bis zu fünf Jahren dauern kann.

Klage vor dem EGMR in Straßburg

Bei potenziellen Investoren dürfte dies wenig Begeisterung wecken, denn eine Entscheidung zugunsten der Kläger würde ihr eingesetztes Kapital bedrohen. Obwohl schon sechs Auktionen für Grundstücke in der geplanten Spielzone veranstaltet wurden, hat sich bisher noch kein Käufer gefunden. *J. T.*

Russische Abwrackprämie

Königsbergs »Avtotor« gehört noch nicht zu den Begünstigten

Schon lange werden in Europa Altautos nach ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten verwertet. Seit Beginn der Wirtschaftskrise ist es sehr verbreitet, zur Ankurbelung des Neuwagenverkaufs einen Teil der Anschaffungskosten staatlich zu subventionieren – Stichwort „Abwrackprämie“.

Ab diesem Frühling wird diese Praxis auch im Königsberger Gebiet eingeführt. Gerade rechtzeitig für die dortige Autoindustrie, denn 2009 war deren Absatz um die Hälfte zurückgegangen. Insgesamt sollen 19 Pilotregionen an dem Projekt teilnehmen, das Königsberger Gebiet ist eine davon. Die Abwrackprämie gilt für alle Autos, die älter als zehn Jahre sind, also für etwa drei Viertel aller im Gebiet zugelassenen Pkw. Das ist weitaus mehr als in anderen Regionen der Russischen Föderation. Dieses Verschrottungsprogramm hat die russische Regierung entworfen, Premierminister Wladimir Putin stimmte ihm persönlich zu.





Sammelstelle für Altautos Bild: Tschernyschew

Zur Zeit werden Sammelstellen für die Annahme und Verwertung der Altwagen eingerichtet sowie Datenbanken für ihre Erfassung erstellt. Um die Rücknahme der Altfahrzeuge sollen sich die Autohändler kümmern. Die Regierung stellt zusätzlich Geld für die Überführung der Pkw zu den Verwertungsstellen zur Verfügung, damit diese Kosten nicht von den Eigentümern getragen werden müssen.

Das Programm sieht folgendes Prozedere vor: Wer ein mindestens zehn Jahre altes Auto verschrotten möchte, muss ein Jahr lang dessen Halter gewesen sein, um ein Zertifikat über 50 000 Rubel (rund 1660 Euro) zu erhalten. Dieses kann er für den Kauf eines Neuwagens einsetzen, bei dem zumindest die Endmontage auf russischem Territorium stattgefunden hat. Auf das Zertifikat erhält er Rabatt beim Kauf des Neufahrzeugs. Gefördert werden etwa 70 Modelle verschiedener Marken. Bislang befinden sich Pkw aus der Königsberger Fabrik „Avtotor“ jedoch noch nicht auf dieser Liste, weil das Unternehmen noch auf die entsprechende Genehmigung vom Ministerium für Industrie und Handel wartet.

Zunächst ist die russische Abwrackprämie auf das laufende Jahr befristet. *J. T.*

Bestes Deutsch

Regionale Vorentscheidung in Oppeln

Erstmals hat eine Vorentscheidung für den landesweit zwischen Gymnasiasten ausgetragenen Deutsch-Wettbewerb in Oppeln stattgefunden. Veranstaltet wird der Wettbewerb vom Polnischen Deutschlehrerverband. „Wir freuen uns sehr, dass das Interesse an diesem Wettbewerb in diesem Jahr noch größer war. Für die regionale Etappe haben sich 215 Schüler aus 19 Oppelner Schulen qualifiziert“, freut sich Agata Makiola, Vorsitzende der Oppelner Untergliederung des Verbandes. Trotz ausgiebiger Schneefälle, die viele Schüler daran hinderte, rechtzeitig am Veranstaltungsort zu erscheinen, haben diesmal deutlich mehr teilgenommen als im Jahr zuvor.

Die Prüfungsbogen enthielten Fragen zur Geographie, Gesellschaft und Landeskunde sowie einen Grammatiktest. Des Weiteren mussten die Prüflinge einen Brief verfassen. Dabei war der Grammatiktest am gefürchtetsten, denn „Deutsche Sprache, schwere Sprache“. Aber so mancher ist pfiffig und weiß die modernen Medien zu nutzen, wie beispielsweise Dominik Strzyz aus Grudschütz: „Ich habe mir aus dem Internet Tests aus den vergangenen Jahren ausgedruckt und habe diese gelöst.“

Finale am 21. März in Warschau

Wie die Jugendlichen abgeschnitten und ob sie es in die nächste Runde geschafft haben, werden sie kommenden Monat im Internet nachlesen können. Die 100 besten Schüler aus der gesamten Republik werden dann am 21. März im Warschauer Goethe-Institut zum Finale dieses Wettbewerbs antreten.

Manuel Ruoff

Ausgerechnet in Brasilien

Pommerisch soll zweite Amtssprache werden (Teil III und Schluss)

Nach dem erfolgreichen Start des Pommerischen Schulprojektes PROEPO (Projeto de Educação Escolar Pomerana) planen die Organisatoren, den nächsten Schritt.

Wenn die Gemeinden, die das Schulprojekt unterstützen, wirklich am Erhalt der pommerischen Kultur und Sprache interessiert sind, dann müssen sie auch das Ihre politisch tun. In Florianopolis, der Hauptstadt des Bundesstaates Santa Catarina, gibt es das Institut zur Erforschung und Entwicklung der brasilianischen Sprachenpolitik (IPOL). Das Institut setzt sich für den Erhalt und die Verbesserung der Sprachenvielfalt in Brasilien und den anderen Mercosur-Staaten (Argentinien, Paraguay, Uruguay und Venezuela) ein. Im Jahre 2002 ist es dem Institut gelungen, die drei Indianersprachen Nheengatu, Tukanu und Baniva in der brasilianischen Amazonasgemeinde São Gabriel da Cachoeira als offizielle Amtssprachen neben dem Portugiesischen einzuführen, das nach Artikel 13 des brasilianischen Grundgesetzes Nationalsprache ist. Ein Vertreter des IPOL, der Professor Gilvan Müller de Oliveira, hat im Jahre 2007 die fünf betroffenen Pommern-Gemeinden in Espirito Santo besucht, um mit den Gemeindevertretern, Lehrern und Schülern Gespräche zu führen. Als Folge dieses Besuches haben die Gemeinde Pancas bereits im Jahre 2007 und die Gemeinde Laranja da Terra im Jahre 2008 den Prozess der Einführung des Pommerischen als zweite Amtssprache in ihren Gemeinden in Gang gesetzt.

Espirito Santo hält die Kultur der Einwanderer in Ehren

Dieser Prozess der so genannten Kooffizialisierung ist nach Meinung Müllers der erste Schritt zur offiziellen Anerkennung von Pommerisch als zweite Amtssprache in den betreffenden Gemeinden. Die Gemeinden, die sich zu diesem Schritt entschließen, müssen auf Gemeindeebene eine Kommission für Sprachenpolitik schaffen, die alle Aktivitäten bezüglich der Sprachenpolitik koordiniert. In einem zweiten Schritt muss diese Kommission konkrete Projekte zur Sprachenpolitik einreichen und diese mit der Bundesstaatsebene absprechen.

Dem Bundesstaat Espirito Santo liegt viel an der Pflege und dem Erhalt des kulturellen Erbes seiner zahlreichen europäischen Einwanderer, das haben auch die Feierlichkeiten zum 150. Jahrestag der pommerischen Einwanderung letztes Jahr gezeigt. Über 800 Vertreter aller Pommerngemeinden Brasiliens haben eine Woche lang diesen Jahrestag festlich gefeiert. Verschiedene Fernsehsender haben brasilienweit über das Ereignis berichtet. Gouverneur Paulo Hartung, der sich selbst an die Spitze der Feiergemeinde gestellt hatte, hat auf Antrag des Parlaments den 22. Juni, den Tag der Ankunft des ersten Auswandererschiffes aus Pommern, zum jährlichen Pommerngedenktag der Provinz erklärt. Die Pommern, so erklärte er in seiner Festansprache, hätten einen entscheidenden Beitrag zur Entstehung der „Capixabakultur“, der Kultur des Bundestaates Espirito Santo, geleistet. In Santa Maria de Jetibá, das bereits seit 20 Jahren Ende April jährlich das größte Pommernfest Brasiliens veranstaltet, wurde am 27. Juni 2009 auch der Prozess der Kooffizialisierung des Pommerischen als Amtshilfssprache der Gemeinde in Gang gesetzt und gleichzeitig ein Denkmal der pommerischen Einwanderung eingeweiht. *Bodo Bost*

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

der Winter hat uns fest im Griff und manchmal kommt er uns so vor, wie Joachim Ringelnatz, dessen Frau „Muschelkalk“ aus Masuren stammte, den Winter in deren Heimat beschrieb: „Froh ostpreußisch“. Ja, es gibt schon Momente, da fühlen wir Älteren uns in die Kindheit mit ihren weißen Winterfreuden versetzt, aber es kommen dann doch auch andere Erinnerungen, und sie dominieren in diesen Tagen: Es sind die Wochen der Flucht in Schnee, Eis und bitterer Kälte. Sie haben sich in unseren Lebensweg eingegraben und lassen sich nicht zuschütten. Das ersehe ich aus den Briefen, die ich jetzt erhalte, in denen unsere Leserinnen und Leser dieses Kapitel ihrer Biographie wieder aufschlagen und es vor mir ausbreiten. Oft mit Ungewissheit, denn mancher Abschnitt ist mit Fragezeichen versehen: Trügt die Erinnerung, oder war es damals wirklich so? Das betrifft vor allem die Vertriebenen, die damals Kinder waren, die, aus der Geborgenheit von Familie und Heimat gerissen, das furchtbare Geschehen erlebten, es überlebten, aber nie bewältigen konnten. Denn es standen ja keine Psychologen bereit, die versucht hätten, mit den oft traumatisierten Kindern das Erlittene zu verarbeiten, damals nicht und später auch nicht. So kommt es immer wieder zu Briefen an unsere Ostpreußische Familie wie den von Herrn **Horst Jucknat** aus Hardert, der über seine Fluchterlebnisse unschlüssig ist, ob sie wirklich so geschehen sind. Er schreibt:

„Ich wurde im September 1940 in Insterburg geboren. Als der Krieg sich seinem Ende näherte, ging meine Mutter **Lieselotte** Jucknat geborene **Schönfeld** mit mir und meinem ein Jahr älteren Bruder auf die Flucht in Richtung Westen. Unser Vater **Ernst Jucknat** befand sich an der Ostfront. Über Stolp in Pommern gelangten wir in die Gegend von Stettin. Dort fanden wir mit vielen anderen Flüchtlingen in dem Vorort Scheune in einem Stall vorübergehend Unterkunft. In meiner dunklen, verschwommenen Erinnerung habe ich folgende Begebenheit: Bei der langsamen Fahrt mit einem Personenzug – ich erinnere mich noch an die damals üblichen Holzbänke – stürmten Polen in den Zug, ergriffen kleine Kinder und warfen sie aus dem Zug auf den Bahndamm und in den Fluss. Auch Kinder, die sich unter den Sitzbänken versteckt hatten, wurden herausgezogen. Mein Bruder und ich wurden verschont. Ich meine noch heute, das Geschrei der Kinder und Mütter zu hören – oder sind das Phantasiegebilde, die sich im Laufe der Nachkriegsjahre in Mecklenburg aufgrund von Gesprächen meiner Mutter mit Schicksalsgefährten in meinem Kopf gebildet haben? In späteren Jahren habe ich meine – zwischenzeitlich verstorbene – Mutter nicht mehr danach gefragt, wahrscheinlich um diese Ereignisse zu verdrängen. Jetzt endlich will ich Gewissheit haben, für mich ist das wichtig. Darum meine Bitte an die Leser: Kann mir irgendein Schicksalsgefährte Auskunft darüber geben, ob die schrecklichen Ereignisse sich wirklich so abgespielt haben, oder doch nur Hirngespinste sind?“



August Knizia Bild: privat

Soweit die Frage von Herrn Jucknat an unsere Leserinnen und Leser, dessen Bruder übrigens schon 1945 an den Folgen der Flucht in Güstrow verstarb, wohin die Familie über das zerstörte Berlin gelangt war. Ich möchte sie so weitergeben, denn es werden sich mit Sicherheit Landsleute melden, die Horst Jucknat mit ihren authentischen Erinnerungen helfen können. Wir haben einmal einen ähnlichen Vorgang gebracht, der ebenfalls in der Nähe von Stettin geschah, der allerdings nicht so grausam verlief wie der von Herrn Jucknat geschilderte. Ich hoffe jedenfalls, dass unsere Familie ihm helfen kann, das im Unterbewusstsein noch immer vorhandene Geschehen, das der damals Fünfjährige erleiden musste, endlich aufzuarbeiten. (Horst Jucknat, Breite Straße 4 in 56579 Hardert, Telefon 02634/3116.)

Immerhin hat seine Mutter Gespräche mit anderen Schicksalsgefährtinnen über ihren Leidensweg geführt – viele dieser Frauen aber blieben stumm, sie waren blockiert, konnten und wollten nicht über die Geschehnisse sprechen, die Leib und Seele verletzt hatten. Sie gaben auch ihren Kindern keine Antwort, wenn diese Fragen stellten. So auch die Mutter von Frau **Hildegard Bartkowiak** aus Chemnitz, die bis zu ihrem Tode schwieg. Die Fragen aber sind geblieben – bis heute. Und deshalb wendet sich die Tochter an uns in der Hoffnung, wenigstens etwas über die Stufen im Lebensweg ihrer Mutter **Anna Drost** zu erfahren, die für Hildegard und ihre Schwester **Dorothea** so wichtig sind. Warum – das ist aus dieser Suchfrage zu entnehmen:

Frau Droste wurde als **Anna Hoppe** am 26. Februar 1921 in Schellen, Kreis Rößel, geboren, besuchte dort bis 1935 die Schule. Anschließend nahm sie eine Stellung bei der Familie **Flack** in Glockstein an, war dann von 1938 an auf dem bei Schellen gelegenen Hof der Familie **Reich** beschäftigt. Im August 1943 gebar sie in Rößel ein Mädchen, Hildegard. Nach dem Russeneinfall musste die junge Mutter mit anderen Frauen Vieh in Richtung Osten treiben, wurde aber bereits in Friedland schwer krank. Anna Hoppe wurde schwanger, im Dezember 1945 kam in Bischofsstein ihre Tochter Dorothea zur Welt. Die kleine Hildegard wurde damals von ihrer Tante Holstein in Glockstein betreut. Von 1946/47 an war die Mutter mit ihren beiden Kindern für kurze Zeit in Neu Bertung auf dem Hof einer Tante mit Namen **Saager**. Das wurde Frau Bartkowiak bei ihrem ersten Besuch in der Heimat von Frau **Grete Boll** geborene Saager bestätigt. Ihre Erinnerungen setzen erst ein, als die Familie 1947 ausgewiesen wurde und mit einem in Allenstein zusammengestellten Transport in die Bundesrepublik Deutschland kam. Diese Zugfahrt hat sich – wie eben auch bei Herrn Jucknat – besonders in ihr Gedächtnis eingegraben. Als der Zug einmal sehr lange auf offener Strecke hielt, schickten die Mitreisenden das kleine Mädchen los, damit es nach dem Grund sehen sollte. Das dünne Kind zwängte sich durch einen schmalen Türspalt und konnte erkennen, dass russische Soldaten das Gepäck der Flüchtlinge auf Laster umluden. Hildegard rief entsetzt: „Die Russen klauen unsere Sachen!“ Darauf holten die Soldaten alle Flüchtlinge aus dem Zug und nahmen ihnen die letzten Wertsachen wie Uhren, Schmuck und Eheringe ab. Der weitere Verlauf ist schnell erzählt: Der Transport ging nach Altenburg (Thüringen). Die Mutter fand mit ihren Töchtern in Leimbach bei Bad Salzungen eine dauerhafte Bleibe. Sie heiratete noch im Verlauf des Jahres **Paul Drost**, dem sie als in Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten 1946 in Neu Bertung begegnet war. Er gab die beiden Töchter seiner Frau als seine eigenen aus und erfüllte die Vaterstelle bis zu seinem Tod. Aber nach seinem Ableben und dem Tod seiner Frau im vergangenen Jahr werden die Fragen bei den Töchtern nach den leiblichen Vätern immer lauter. Mit den Eltern konnten sie nie darüber sprechen. Sie wissen von Verwandten, dass jede einen anderen Erzeuger hat, aber das ist auch alles. Vielleicht ist jemand aus unserem Leserkreis Anna Droste-Hoppe irgendwann begegnet, vor allem in der Russenzeit, und weiß, wie damals ihr Leben verlief. Vielleicht hat sie sich auch jemandem in den schwierigsten Phasen ihres Lebens anvertraut. Es ist auch möglich, dass Verwandte und Vertraute bewusst geschwiegen haben, aber der Wunsch der Töchter dürfte jetzt wichtiger sein. Warum lässt man den Fall nicht auf sich beruhen? – so werden manche Leser fragen. Frau Bartkowiak, die in ihrer Chemnitzer LO-Gruppe sehr aktiv ist, gibt die Antwort: „Ich weiß, wie wichtig es ist, dass jeder Mensch seine Vergangenheit kennt. Nur durch Verstehen kann man auch verzeihen.“ (Hildegard Bartkowiak, Marienberger Straße 26 in 09125 Chemnitz.)

Der nächste Suchwunsch beinhaltet eine Frage, die wohl zu den rätselhaftesten gehört, die wir je gebracht haben. Es handelt sich um einen Ostpreußen, der als Hauptmann bei den letzten Kämpfen im Februar 1945 bei Schöndamerau gefallen ist, dessen Name und Geburtsdatum dann aber plötzlich im August 2003 in einem Geburtstagsglückwunsch auftauchten, in dem als Wohnsitz Osnabrück genannt wird. Hier ist es angebracht, die Schreiberin **Andrea Berg-Meibaum** selber sprechen zu lassen, denn sie ist die Enkeltochter des Betreffenden und spricht für die Familie, auf die plötzlich viele Fragen zukamen. Frau Berg-Meibaum aus Uetze schreibt:

„Mein Großvater hieß **August Knizia** und wurde in Ostpreußen geboren. Seine Frau **Ilse** und die gemeinsame Tochter wurden aus der Heimat vertrieben und fanden eine neue Bleibe in Burgdorf bei Hannover. 1950 bekamen sie einen Brief, mit dem Bescheid, dass August Knizia im Krieg gefallen sei. Durch die Eingabe des Namens im Internet stieß nun mein Bruder zufällig auf einen Zeitungsauszug des *Ostpreußenblattes* vom 16. August 2003, in dem August Knizia zum Geburtstag gratuliert wurde. Das Geburtsdatum: 22. August 1911. Unser Großvater ist genau an diesem Tag geboren! In dem Artikel stand: jetzt wohnhaft in Osnabrück, Droppskamp 12. Nachforschungen beim Melderegister haben ergeben, dass dort tatsächlich ein A. Knizia mit diesem Geburtsdatum wohnte. Er ist 1994 verstorben, war also zum Zeitpunkt des Glückwunsches schon tot. Wie sich jeder vorstellen kann, kamen viele Fragen in unserer Familie auf. Das Einwohnermeldeamt gibt leider keine weiteren Auskünfte über Hinterbliebene oder dergleichen. Ich möchte daher alle bitten, die jemals von einem August Knizia gehört haben, sich bei mir zu melden. Auch einen Brief über den Tod meines Großvaters lege ich bei. Vielleicht kennt jemand die Person, die ihn geschrieben haben könnte, auch Angehörige des Schreibers.“

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Foto: Pawlik

Dieser Brief vom 15. Februar 1952 ist an Frau Ilse Knizia gerichtet, geschrieben hat ihn **Willy Heufler** aus Köln-Buchhorst. Er war 1945 Wachtmeister bei der Einheit 56450 E, der Batteriechef war Hauptmann August Knizia. Aus dem Schreiben ist ersichtlich, dass Hauptmann Knizia noch Anfang 1945 in Urlaub gefahren ist, aber bald zu seiner Einheit zurückkehrte, die von Benkheim bei Angerburg in das Lager Stablack verlegt wurde. Im Februar geriet Hauptmann Knizia mit seiner Batterie in die schweren Kampfhandlungen bei Schöndamerau, Kreis Braunsberg. Herr Heufler beschreibt genau die letzten Stunden des Hauptmanns Knizia:

„Er befand sich als Beobachter mit Wachtmeister **Flugs** auf einem Gelände an der Passarge, das stark beschossen wurde. Deshalb beschloss er, die Stellung zu wechseln. Im Dorf Schöndamerau ist er an der Seite von Wachtmeister Flugs im Bombenhagel der russischen Schlachtflugzeuge gefallen. Er ist an einer schweren Kopfverletzung sofort gestorben. Von der Batterie ist für unsern sehr beliebten Chef ein Sarg gebaut wurden, in dem er dann im Dorf Plaßwich bestattet wurde.“

Diesen Brief hat Herr Heufler geschrieben, nachdem er Weihnachten 1949 nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft im Lager Friedland auf der Suchliste das Bild von Hauptmann Knizia gesehen hatte. Von da an wusste Frau Knizia, dass ihr Mann gefallen war.

Und nun das? Man könnte viele Vermutungen aussprechen, aber man sollte lieber auf die Hinweise warten, die mit Sicherheit kommen werden. Vor allem gilt es die Frage zu lösen, wer 2003 die Gratulation veranlasst und damit die Osnabrücker Adresse angegeben hat, obgleich der Beglückwünschte damals schon neun Jahre tot war. Es könnte dazu beitragen, die Identität dieses August Knizia zu erklären, der vielleicht ein Verwandter von Hauptmann Knizia war. Die Übereinstimmung der Vornamen ließe sich vielleicht aus Familientradition erklären, aber das gleiche Geburtsdatum – das wäre dann schon mehr als ein Zufall! Doch damit sind wir schon bei ersten Vermutungen. (Andrea Berg-Meibaum, Zur Eltzer Mühle 21a in 31311 Uetze, Telefon 05173/24152, E-Mail: andrea@berg-mode.de)

Nur drei Zuschriften von vielen, aber welche Schicksale sind in diesen wenigen Zeilen gebündelt!

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 105. GEBURTSTAG

Kiehl, Maria, geb. **Gryzan**, aus Karpen, Kreis Johannisburg, jetzt Altenheim Bachstraße 4, 30851 Langenhagen, am 4. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Grundies, Hedwig, geb. **Heydasch**, aus Schwingstein, Kreis Ortelsburg, jetzt Karpendeller Straße 16, 40822 Mettmann, am 4. Februar

Minuth, Christel, geb. **Samland**, aus Wehlau, Grabenstraße 4, jetzt Querstraße 1, 31008 Elze/Sehlde, am 3. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Lindenau, Hilda, geb. **Lagerpusch**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, jetzt Schubertstraße 2, 47506 Neukirchen-Vluyn, am 4. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schwetasch, Alwin, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Blumenstraße 19, 91489 Wilhelmsdorf, am 7. Februar

Werner, Frieda, geb. **Rieleit**, aus Tapiau, Schloßstraße, Kreis Wehlau, jetzt Spanische Allee 10-42, 14129 Berlin, am 4. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Vender, Ida, geb. **Kadereit**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Oskar-Schlemmer-Straße 25, 22115 Hamburg, am 1. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Ballnus, Hildegard, geb. **Preikschat**, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Mittelstraße 7, 46485 Wesel, am 7. Februar

Hänsel, Edith, geb. **Rinio**, aus Lyck, Königin-Luise-Platz 5, jetzt Grabelohstraße 31, Seniorenheim, 44892 Bochum, am 6. Februar

Hecht, Ilse, geb. **Seidler**, aus Allenburg, Markt, Kreis Wehlau, jetzt Dorotheenstraße 20, 32832 Augustdorf, am 5. Februar

Litzbarski, Ottilie, geb. **Rudzinski**, aus Großkogel, Kreis Neidenburg, jetzt Rote Erde 4, 49525 Lengerich, am 5. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Pasch, Charlotte, aus Lyck, jetzt Föhrenkoppel 11, c/o Helmut Pasch, 21423 Winsen/Luhe, am 4. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fallbach, August, aus Kleinheidenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Wiesenhang 18, 42895 Remscheid, am 4. Februar

Fritz, Ernst, aus Ebenrode, jetzt Elsa-Brändström-Straße 41, 35578 Wetzlar, am 5. Februar

Siebeck, Ella, geb. **Will**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, jetzt Asser Ring 18d, 31241 Ilsede, am 2. Februar

Szammetat, Lotte, geb. **Grätsch**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Hermann-Löns-Weg 14a, 49565 Bramsche, am 5. Februar

Weber, Eberhard, aus Königsberg, Markgrafenstraße 7, jetzt Am Hirschweg 13, 28816 Stuhr, am 31. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Birkhahn, Grete, geb. **Katzmann**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, jetzt Meininger Straße 104, 98529 Suhl, am 3. Februar

Klink, Walter, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Bahnhofstraße 13, 09638 Lichtenberg, am 3. Februar

Rimarzik, Heinz, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, jetzt Schafstallweg 20, 29336 Nienhagen, am 7. Februar

Zielinski, Hedwig, geb. **Dlugokinski**, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, jetzt Hauptstraße 25a, 19071 Dalberg, am 2. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Doerk, Meta, geb. **Dejan**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Vormbaumstraße 3, 33604 Bielefeld, am 1. Februar

Drehn, Elfriede, geb. **Gabriel**, aus Aßlacken, Groß Aßlacken, Kreis Wehlau, jetzt Rigaer Straße 12a, 17493 Greifswald, am 5. Februar

Hochleitner, Emil, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Ahornweg 2d, 19067 Rampe/Schwerin, am 5. Februar

Hoffmann, Gertrud, geb. **Oberpichler**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Wald 5, 19217 Löwitz, am 4. Februar

Hubert, Edith, aus Ebenrode, jetzt Nordstraße 2, 29308 Winsen, am 6. Februar

Kotowski, Gustav, aus Romeiken, Kreis Lyck, jetzt Erhard-Segitz-Straße 46, 90763 Fürth, am 2. Februar

Roemer, Max, aus Tilsit, jetzt Zimmererstraße 14, 77767 Appenweiher, am 6. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Altmann, Edeltraut, geb. **Feierabend**, aus Lyck, Falkstraße 1, Gorch-Fock-Straße 24, 22880 Wedel, am 3. Februar

Euchejat, Lina, geb. **Schletter**, aus Wiekenfeld, Kreis Ebenrode, jetzt Richard-Wagner-Straße 5, 24943 Flensburg, am 7. Februar

Hartwig, Gerda, geb. **Bernhard**, aus Kasuben, Kreis Ebenrode, jetzt Äußere Leipziger Straße 5, 04435 Schkeuditz, am 1. Februar

Kaffka, Frida, aus Lyck, Yorkplatz 3, jetzt Hölkeskampring 97, 44625 Herne, am 4. Februar

Kamutzki, Paul, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Westerfeldstraße 3, 32547 Bad Oeynhausen, am 6. Februar

Karius, Willi, aus Ebenrode, jetzt Franz-Liszt-Straße 26, 38442 Wolfsburg, am 2. Februar

Kattol, Botho, aus Heinrichsdorf, Kreis Mohrungen, jetzt Kastanienweg 16, 24969 Großenwiehe, am 2. Februar

Kledtke, Erna, geb. **Puschnerus**, aus Ragnit, Markt 5, jetzt Hohle Gasse 4, 08547 Steinsdorf/Plauen, am 2. Februar

Kraas, Alfred, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Rochusstraße 246, 41179 Mönchengladbach, am 7. Februar

Rafalzik, Gertrud, geb. **Macht**, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Ilmenauer Weg 4, 49080 Osnabrück, am 5. Februar

Schöl, Erich, aus Leißienen, Kreis Wehlau, jetzt Lärchenweg 2, 51503 Rösrath, am 7. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Blaschke, Hildegard, geb. **Nietert**, aus Layck, Eisenb. Haus 3, jetzt Legienstraße 7, 24537 Neumünster, am 6. Februar

Block, Waltraud, geb. **Schröder**, verw. **Spitzki**, aus Adlig Blumenau und Nickelshagen, Kreis Mohrungen, jetzt Kursana Residenz, Ernst-Mittelbach-Ring 47, 22455 Hamburg, am 13. Januar

Gurland, Irmgard, geb. **Possekel**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Waldweg 1, 59590 Geseke, am 4. Februar

Janet, Dora, geb. **Lunau**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Hagenbacher Ring 2, 74523 Schwäbisch Hall, am 6. Februar

Kersting, Hildegard, geb. **Brozio**, jetzt Mittelweg 10, 32427 Minden, am 2. Februar

Latzel, Elfriede, geb. **Killat**, aus Sommershöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Sonderburger Straße 57, 51065 Köln, am 1. Februar

Loch, Heinz-Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetzt Skanörgatan Nr. 7, 25252 Helsingborg, Schweden, am 4. Februar

Kroll, Herta, geb. **Berlinke**, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, jetzt Alter Sportplatz 32, 21706 Drochtersen, am 5. Februar

Labude, Hildegard, geb. **Paulini**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, jetzt Kirchhofstraße 3, 21729 Freiburg/Elbe, am 6. Februar

Morr, Kurt, aus Grünhagen, Kreis Preußisch-Holland, jetzt Holzener Weg 30, 58239 Schwerte, am 23. Januar

Riedelsberger, Lotte, geb. **Ernigkeit**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Asperteich 1, 99510 Kapellendorf, am 5. Februar

Schillies, Waltraut, geb. **Kröhnert**, aus Kleinheidenstein, Kreis Elchniederung, jetzt Grißheimer Weg 32, 79423 Heitersheim, am 2. Februar

Schmidt, Willi, aus Lyck, Morgenstraße 17, jetzt Leonhardtstraße 3, 14057 Berlin, am 7. Februar

Schönwald, Ruth, aus Schönhöfen, Kreis Treuburg, jetzt Gärtnerstraße 133, 04209 Leipzig, am 2. Februar

Trojan, Hedwig, geb. **Tomaschewski**, aus Treuburg, jetzt Eichenweg 8, 38176 Wendeburg, am 6. Februar

Wildt, Emil, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Am Löser 1, 31275 Lehrte, am 6. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bloße, Dorothee, geb. **Blosze**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, jetzt Friedrich-Franz-Straße 3, 18209 Bad Doberan, am 2. Februar

Büdinger, Lieselotte, geb. **Quallo**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, jetzt Weinbergstraße 5, 54441 Wellen/Mosel, am 3. Februar

Fosse, Eva, geb. **Zelmer**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Schornbusch 5 bei Odendorf, 53913 Swisttal, am 5. Februar

Günther, Elly, geb. **Ostwald**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Angermunder Weg 8, 40880 Rattingen, am 7. Februar



Karpa, Gertrud, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Schulze-Velling-haus-Straße 4, 44894 Bochum, am 7. Februar

Keddies, Herbert, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, jetzt Zähringer Straße 14, 78199 Bräunlingen, am 3. Februar

Kutkowski, Frieda, geb. **Müller**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, jetzt Kuhlstraße 268, 49635 Badbergen, am 6. Februar

Meinke, Anneliese, geb. **Pucknat**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Erdmannstraße 3, 22765 Hamburg, am 3. Februar

Pest, Karl, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Kronprinzenstraße 31, 44135 Dortmund, am 4. Februar

Pfeiffer, Lydia, geb. **Knopp**, aus Wiesenfeld, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Pillauer Straße 5, 27324 Gandesbergen, am 6. Februar

Pfingsten, Erika, geb. **Preuß**, aus Statzen, Kreis Treuburg, jetzt Falkenstraße 2, 31698 Lindhorst, am 3. Februar

Puschinski, Edith, geb. **Busch-Petersen**, aus Ebenrode, jetzt Franz-Schubert-Straße 39, 18435 Stralsund, am 3. Februar

Remus, Alma, geb. **Ladda**, aus Hohendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Brunnenstraße 6, 49076 Osnabrück, am 4. Februar

Rimkus, Erwin, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, jetzt Eichenkamp 12, 30900 Wedemark, am 6. Februar

Sobutsch, Rudi, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Bochumer Straße 93, 45529 Hattingen, am 1. Februar

Stachorra, Emil, aus Priom, Kreis Neidenburg, jetzt Fresienweg 3, 34466 Wolfhagen, am 7. Februar

Wank, Willy, aus Glashütte Post Peitschendorf, Kreis Sensburg, jetzt Hauptstraße 38, 24649 Fuhlendorf, am 20. Januar

Wiemer, Charlotte, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Beethovenstraße 29, 08112 Wilkau-Haßlau, am 6. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baginski, Brigitte, geb. **Herthut**, aus Tollack, Kreis Allenstein, jetzt Mittlere Worthhagen 57, 58507 Lüdenscheid, am 5. Februar

Banz, Maria, geb. **Stern**, aus Breitenstein, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Alter Steinweg 13, 20459 Hamburg, am 1. Februar

Barkus, Gerhard, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 49, 04886 Graditz, am 2. Februar

Brüggmann, Horst, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, jetzt Am Hof 17, 19386 Karbow, am 3. Februar

Dörfling, Magdalena, geb. **Neumann**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, jetzt Hermann-Kröger-Straße 10, 23669 Timmendorfer Strand, am 4. Februar

Elmenthaler, Heinz, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Bäckerstraße 7, 25704 Elpersbüttel, am 3. Februar

Fornaçon, Anneliese, geb. **Eggert**, aus Lansberg, Kreis Preußisch-Eylau, jetzt Brunnenstraße 6, 78224 Singen, am 3. Februar

Freilotter, Marie Auguste, geb. **Lask**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Enderstraße 56, 01277 Dresden, am 5. Februar

Friedriszik, Helmut, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Haselnussweg 5, 45665 Recklinghausen, am 7. Februar

Frohberg, Margarete, geb. **Kussin**, aus Skandau, Kreis Gerdauen, jetzt Puschkinstraße 2, 06388 Gröbzig, am 27. Januar

Gieselmann, Gerda, geb. **Althoff**, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Schulstraße 28, 32547 Bad Oeynhausen, am 4. Februar

Grunwald, Paul, aus Tapiau, Rohsestraße, Kreis Wehlau, jetzt Quellenweg 3, 59581 Warstein-Belecke, am 3. Februar

Hensel, Liesbeth, geb. **Brinkmann**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, jetzt Hermesweg 6, 21075 Hamburg, am 4. Februar

Jablonski, Oswald, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, jetzt Horstweg 10, 32278 Kirchlengern, am 4. Februar

Jatzkowski, Hildegard, geb. **Zittkau**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Waldstraße 29, 78088 Kirchdorf/Brigat, am 2. Februar



Janzen, Dr. Rüdiger, aus Goritten, Kreis Ebenrode, jetzt Kleine Wehe 18, 26160 Bad Zwischenahn, am 1. Februar

Kompa, Gerhard, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, jetzt Ochsehauptstraße 22, 95213 Münchberg, am 1. Februar

Lierhammer, Waltraud, aus Neidenburg, jetzt Murgtalstraße 43, 76593 Gernsbach, am 3. Februar

Mann, Annemarie, geb. **Joswig**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Hilgenbornstraße 15, 45138 Essen, am 5. Februar

Martens, Waltraut, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Kajakowskistraße 50, 18059 Rostock, am 2. Februar

Niesalla, Johann, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Vosskamp 17, 46282 Dorsten, am 4. Februar

Norkowski, Maria, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Tuftstraße 13, 45899 Gelsenkirchen, am 2. Februar

Panzer, Bruno, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Bülowstraße 14, 23566 Lübeck, am 2. Februar

Schäfer, Käte, geb. **Gottheit**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Fasanenstraße 21, 73553 Alfdorf, am 2. Februar

Schütz, Heinz, aus Danzig-Ohra, Niederfe 2d, jetzt 28 Hawleys Corners Road Highland, NY 12528, USA, am 26. Januar

Seeger, Richard, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Karl-Herrmann-Straße 3, 45701 Herten, am 5. Februar

Stubbe, Eva, geb. **Unger**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Im Rübenkamp 20, 38124 Braunschweig, am 2. Februar

Thiel, Willy, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Krummeckweg 13, 45277 Essen, am 5. Februar

Turowski, Erwin, aus Satticken, Kreis Treuburg, jetzt Mecklenburger Straße 130, 23909 Ratzeburg, am 2. Februar

Weber, Gertraud, geb. **Sadowski**, aus Babanten, Kreis Ortelsburg, jetzt Neundorfer Grenzweg 3, 08523 Plauen, am 3. Februar

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 30. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers Verbündete (2/3).

Sonnabend, 30. Januar, 21 Uhr, Phoenix: Staatsbesuch beim Klassenfeind.

Sonnabend, 30. Januar, 21.10 Uhr, ntv: Der Fall Himmler.

Sonnabend, 30. Januar, 21.45 Uhr, Phoenix: ZDF-History – Die DDR und die Juden.

Sonntag, 31. Januar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Mittwoch, 3. Februar, 21.05 Uhr, Arte: Mario Piazzesi, Faschist.

Freitag, 5. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Heil Hitler und Alaaf! – Karneval in der NS-Zeit.

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

6./7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

23./25. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

3.–5. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim, Bad Pyrmont.

21./24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

ERBENAUFRUF

Dr. Gisela Schulz geb. am: 29.01.1927 in: Kornberg(Kallweitschen)/ Ostpreußen,
gest. am: 14.04.2007 in: Bad Berka/ Thüringen
mit letzem Wohnsitz in Erfurt, war das jüngste von drei Kindern aus der Ehe von Bernhard und Berta Schulz geb. Reich.
Die Geschwister der Erblasserin;
der Bruder,
Gerhard Schulz geb. am:14.09.1919 in: Rogainen ist kinderlos
am 07.07.1942 in Blinsnowskije / Russland gefallen
und
die Schwester
Anneliese Schulz geb. am: 29.09.1922 in: Rogainen ist kinderlos
am: 27.05.1923 in: Rogainen verstorben.
Der mütterliche Familienstamm ist ausermittelt.
Der Vater Bernhard Schulz geb. am: 25.08.1892 in: Dombrowken Kr. Darkehmen
ist am 30.12.1973 mit letztem Wohnsitz in Erfurt verstorben.
Der letzte Wohnsitz der Familie in Ostpreußen war: „Goldapper Str. 31, Gumbinnen“
Bernhard Schulz war Lehrer an der Neustädtischen Gemeindeschule in Gumbinnen.
Er war eins von sieben Kindern seiner Eltern;
des Stellmachermeisters Friedrich Schulz aus Dombrowken
geb. am: 16.01.1861 in: Nemmersdorf, gest. am: 23.04.1938 in: Gumbinnen
und dessen Ehefrau,
Maria, Karoline Schulz, geb. Schilbe, aus Dombrowken
geb. am: 28.12.1864 in: Nemmersdorf, gest. am: 18.04.1916 in: Dombrowken.
Vier der Geschwister des Erblasservaters sind im Kindesalter verstorben.
Zwei Geschwister des Erblasservaters;
die Schwester Elise Schulz geb. am: 27.01.1895 in: Dombrowken
gest. am: unbekannt in: unbekannt
und
der Bruder Willi Schulz geb. am: 25.07.1907 in: Dombrowken
gest. am: 05.08.1984
haben Abkömmlinge hinterlassen. Die Abkömmlinge von Willi Schulz sind bekannt.
Die Schwester des Erblasservaters „Elise Schulz“ hat einen Sohn gehabt.
Der Name des Sohnes ist unbekannt. Es ist auch nicht bekannt, ob er ein eheliches oder uneheliches Kind ist.
Der Sohn der Elise Schulz soll wiederum 3 Kinder haben, welche nach Aussage einer Verwandten in den 60er Jahren in Osnabrück gewohnt haben.
Gesucht werden also der Sohn der Elise Schulz oder dessen Abkömmlinge!
Wer Angaben zu den gesuchten Personen machen kann wird aufgefordert sich mit dem Nachlasspfleger „Bernhard Lips, Carl-von-Ossietzky-Str. 5, 99867 Gotha,
Tel.: 03621 757080, Fax: 03621 757078“ oder mit der Redaktion dieser Zeitung in Verbindung zu setzen.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Donnerstag, 4. Februar, 18 Uhr, Stammtisch der Gruppe im Gasthaus „Zum Zarko“, Schillerstraße 3. Es können Spenden für die Tombola abgegeben werden.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 11. Februar, 13 Uhr, Treffen der Frauengruppe zum traditionellem Fischessen in den „Ulmer-Stuben“. Anmeldung bei Frau Stegmaier, Telefon (0731) 54223.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof – Sonnabend, 13. Februar, 14 Uhr, Grützwurstessen im Restaurant am Kuhbogen, Marienstraße, Hof. – Die Gruppe hatte zu ihrer ersten Zusammenkunft im neuen Jahr 2010 mit Neuwahl des Vorstandes eingeladen. Der Erste Vorsitzende konnte eine große Anzahl an Gästen und Mitgliedern begrüßen. Seine besten Wünsche für das neue Jahr galten den Anwesenden und auch den gewesenen Geburtstagskindern. Zu einem ehrenden Gedenken der Verstorbenen der Gruppe sprach der Vorsitzende ein paar dankende Worte. Als Prominenten hatte Hildegard Drogomir den Schriftsteller Arno Surminski ausgesucht. Dieser wurde am 20. August 1934 in Jäglack, Kreis Rastenburg, geboren. Durch die Wirren des Krieges verlor er seine Eltern, die in die Sowjetunion verschleppt wurden und dort starben. Erst 1947 gelang es Surminski – nach der Flucht und verschiedenen Aufenthalten in Lagern – in den Westen zu kommen, wo er bei einer kinderreichen Familie im schleswig-holsteinischen Trittau aufwuchs. Er war als freier Journalist tätig und in vielen Romanen war Ostpreußen meist der Mittelpunkt. Er nennt die Schrecken beim Namen, doch nie hat er Leid gegen Leid aufgerechnet. Die Begegnung mit den Menschen, die jetzt in seiner Heimat leben, ist ihm wichtig. In einem ausführlichen Bericht ließ der Erste Vorsitzende Christian Joachim das gemeinsame Jahr 2009 nochmals vorüberziehen. Besonders gelungen war die Feierstunde zum 60. Jubiläum des Bestehens der Gruppe im April 2009, im Sitzungssaal des Landratsamtes Hof. Festredner war der Landrat Bernd Hering, der gemischte Chor Moschendorf, viele Gäste und Ehrengäste sowie eine Fotoausstellung über die vier Jahreszeiten im Ermland und Masuren, bereicherten die Feierlichkeiten. Der Vortragende bat, das Erlebte zu bewahren und das Heimatgut der Ost- und Westpreußen weiterzutragen. Er lud herzlich ein, bei seiner Reise in den südlichen Teil Ost- und Westpreußens – mit dem Hauptaugenmerk auf das malerische Masuren – vom 28. Mai bis 4. Juni, teilzunehmen. Viel Beifall war der Dank für diesen hochinteressanten Jahresrückblick. Schatzmeister Klaus-Dieter Napromski verlas in allen Einzelheiten den Kassenbericht 2009. Kassenprüfer Gerd Oehler bescheinigte dem Kassierer vorbildliche Buchführung und fehlerfreie Bücher. Er bat um Entlastung vom Vorstand, der auch einstimmig den Kassierer für seine Arbeit entlastete. Jugendreferentin Jutta Starosta legte einen umfangreichen Bericht der Tätigkeiten ihrer Jugendgruppe vor. Für die vielseitigen zeitraubenden Aktivitäten unter ihrer Leitung gab es starken Beifall. Was folgte war die Neuwahl. Ergebnis der Vorstandswahl: Erster Vorsitzender Christian Joachim, Schatzmeister Klaus-Dieter Napromski (Vertreterin Christl Starosta), Schriftführerin Renate Pfaff (Vertreterin Jutta Starosta), Sozialbetreuerin Waltraut Hahn, Jugendreferentin Jutta Starosta, Kulturreferentin Hildegard Drogomir, Zweite Kulturreferentin Gerda Künzel, Revisor Gerd Oehler, Beisitzer Bernd Hüttner, Renate Oehler, Detlef Kruck.

München Nord/Süd – Freitag, 12. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Freitag, 12. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus“. Fasching mit Musik, kein Kostümzwang. Gäste willkommen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Donnerstag, 4. Februar, 15 Uhr, erstes Treffen der vier Heimatkreise in den „Enzianstuben“, Enzianstraße 5, 12203 Berlin. Anfragen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633; Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681 oder Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.

Heilsberg – Sonnabend, 6. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, „Faschingsfeier“. Anfragen: Elisabeth Müller, Telefon (030) 69357; Benno Böse, Telefon (030) 7215570; Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



Lyck – Sonnabend, 6. Februar, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen: Peter Dziengel, Tel.: (030) 8245479.

Rößel – Sonnabend, 6. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, „Faschingsfeier“. Anfragen: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600; Elisabeth Müller, Telefon (030) 69357; Benno Böse, Telefon (030) 7215570.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 6. Februar, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 6. Februar, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 10. Februar, 13.30 Uhr, „Besondere Veranstaltung“ in der „Die Wille“, Wilhelmstraße 102, 10963 Berlin. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 771235.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@-online.de

Bremen – Sonnabend, 13. Februar, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Bremer West- und Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen im Hotel Airport, Flughafenallee 26, Bremen. Zum „Aufwärm“ gibt es zunächst ein Stück Kuchen mit Kaffee/Tee/Kakao. Für das Zwischenprogramm tritt erstmals die „Bremische-Männer-Chorgemeinschaft“ mit 50 Sängern unter der Leitung von Anna Koch auf. Das Essen beginnt mit dem traditionellen Pillkaller. Um die ordnungsgemäße Fleck-Zubereitung kümmert sich Vorstandsmitglied Hans Rummel. Eintritt und Essen für Mitglieder 19 Euro, 23 Euro für Nichtmitglieder, Eintritt ohne Essen 11 Euro (darin sind auch Kuchen und Pillkaller enthalten). Anmeldungen mit Nennung des Speisewunsches bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012, oder in der Geschäftsstelle der Gruppe, Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718. Das Geld kann auch überwiesen werden.

Bremerhaven – Freitag, 29. Januar, 11.30 Uhr, Kohltour der Gruppe. Als Kohlkönigin hat Ella Till die Organisation des Grünkohlessens übernommen. Wanderfreudige Mitglieder treffen sich um 11.30 Uhr auf dem Parkplatz bei „Rewe“, Georg-Seebeck-Straße. Ausgerüstet mit „Marschverpflegung“ geht es auf Umwegen zum Kleingartenverein Süd, wo um 13 Uhr Kohl mit Pinkel serviert werden wird. Kosten 13 Euro, Anmeldung bis zum 19. Januar unter Telefon 86176.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 30. Januar, 11 Uhr, **Neujahrsempfang der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften** (LvD) im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (gegenüber S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U3-Station Rödingsmarkt).

Sonntag, 7. März, 13 Uhr, **Besuch der Dittchenbühne** in Elmshorn. Gespielt wird die Komödie „Sturmgeselle Sokrates“ von Hermann Sudermann. Tagesablauf: 13 Uhr, Abfahrt des Busses

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

vom Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld; 14 Uhr, Abfahrt Kirchenallee, gegenüber Hamburg Hauptbahnhof; 15 Uhr, Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang; 16 Uhr, Theateraufführung; 18.30 Uhr, Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro pro Person. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPEN



Gumbinnen – Sonnabend, 6. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche etwa sechs Minuten. Landsleute und Gäste sind herzlich willkommen. Es erwartet Sie eine Kaffeetafel und ein fastnachtliches Programm.



Heiligenbeil – Sonnabend, 13. Februar, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab der U-Bahnstation Hammer-Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Von der Bushaltestelle Bauerbergweg sind es nur noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Der Vorstand würde sich freuen, wenn viele Mitglieder der Jahreshauptversammlung erscheinen würden. Anmeldung bis zum 12. Februar beim Vorsitzenden K. Wien, Telefon (040) 30067092. – Neuntägige Ostpreußenreise in den Kreis Heiligenbeil vom 24. April bis 2. Mai 2010. Es werden alle Kirchspiele besucht, also auch Ihr Heimatort. Reisepreis ab 20 Teilnehmern 764 Euro; ab 30 Teilnehmern 714 Euro; ab 40 Teilnehmern 664 Euro pro Person im DZ. Im Preis enthalten: HP, Reiserücktrittversicherung, Krankenversicherung im russischen Teil des Kreises, Erlaubnis für den grenznahen Bereich im russischen Teil, Reiseleitung, Stadtführungen, Grenzgebühren und Visakosten. Reiseunterlagen ab sofort bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.



Insterburg – Mittwoch, 3. Februar, 13 Uhr, Jahreshauptversammlung und Kappenfest im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Sensburg – Sonntag, 14. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 2. Februar, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 22. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Filmvortrag von Manfred Samel: „Der deutsche Osten in alten Bildern aus den Jahren 1920/30“. Zum Teil noch nie gezeigte Bilder aus Kultur und Tradition.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 13. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel fröhliche Stunden beim „Preußischen Fasteloawend“.

Frankfurt/Main – Freitag, 29. Januar, 14.30 Uhr (Einlass 14 Uhr), Mitgliederhauptversammlung im Haus der Heimat, Porthstraße 10, Frankfurt/Main. Zu dieser Mitgliederhauptversammlung lädt der – durch Beschluss des Amtsgerichtes Frankfurt am 20. September 2009 – zum alleinvertretungsberechtigten Notvorstand bestellte Erich Högn ein. Bitte zeigen Sie die Ihnen zugestellte Einlasskarte am Eingang und bei der Registrierung der Teilnehmer im Versammlungsraum vor.

Kassel – Dienstag, 2. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Neuwahl im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Anschließend erzählt Frau Barthel Ernstes und Heiteres aus Ostpreußen. – Beim ersten Treffen des Jahres hielt Klaus-Dieter Le-

der einen Diavortrag zu dem Thema „Das Riesengebirge im Winter“. Als Gäste konnten Mitglieder der Schlesier und Sudetendeutschen begrüßt werden. Eindrucksvolle Bilder vom tief verschneiten Riesengebirge gab es zu sehen, von Ski- und Rodelfahrten, auch mit Hörnerund Pferdeschlitten. Dick verschneite Tannen erinnerten an Rübezahl. Neben den bekannten Wintersportorten Schreiberhau und Krummhübel sah man viele Fotos der beliebten Riesengebirgsbauden von der preußischen und böhmischen Seite. Von ihnen haben etwa 65 Prozent Krieg und Nachkriegszeit unbeschadet überstanden und werden wieder bewirtschaftet.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 10. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Wolf. Der Nachmittag steht unter dem Motto: Lachende Heimat – Quiddern und Grienen mit vielen Zatzkes. Ausklang wie jedes Jahr im Februar mit dem traditionellem Heringsessen.

Wetzlar – Montag, 8. Januar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in den Wetzlarer Grillstuben. Joachim Albrecht liest aus seinem Buch: „Katjuscha und ihre Folgen – Königsberg im Januar 1945“. Gäste sind herzlich willkommen.

Wiesbaden – Donnerstag, 4. Februar, 15.11 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Närrischer Nachmittag mit Kreppelkaffee. Mit von der Partie sind wieder bekannte und beliebte „Stimmungskanonen“. Kommen Sie und erleben Sie einen fröhlichen Nachmittag. Etwas närrisch kostümiert, wenn auch nur mit einer lustigen Kopfbedeckung, macht es nochmal so viel Spaß. Eintritt 3,11 Euro. – Dienstag, 9. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Auf dem Programm steht „Kreppelkaffee“ – ein Nachmittag mit allerlei Lustigem zur närrischen Zeit.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Delmenhorst – Dienstag, 2. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag der Frauen- und Männergruppe im Restaurant Riva.

Göttingen – Sonnabend, 30. Januar, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes im Gasthaus Zur Linde, Geismar. Im Anschluss an die Jahreshauptversammlung findet das traditionelle Grützwurstessen statt. – Dienstag, 9. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkernschänke“, Barfüßerstraße 5. Charlotte Eimer hält einen Vortrag über „die Aufgaben der Frauen-Union“.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Helmstedt – Donnerstag, 4. Februar, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 11. Februar, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 11. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte Schützenwall 4.

Oldenburg – Mittwoch, 10. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Stadthotel Eversten. Diavortrag: „Mit dem Fahrrad in Litauen und Lettland – von Memel (Klaipeda) bis Riga". Von ihrer geführten Radtour erzählen Renate und Detlef Lubenau. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Rinteln – Nach der erfolgreichen Memellandreise 2009 ist nun vom 11. bis 20. Mai 2010 – wieder gemeinsam mit Professor Heinz Schürmann, Bielefeld – eine zehntägige Studienreise ins (heute russische) Königsberger Gebiet geplant. Entdeckungen und Begegnungen abseits der Hauptrouten: Königsberger „Provinz" – Die ganz andere Ostpreußenreise. Kultur, Natur, Literatur und Spurensuche. Mythos einer faszinierenden Landschaft. Hinreise über Posen (Übernachtung), Ostseebad Rauschen / Samland (zwei Übernachtungen), Insterburg (fünf Übernachtungen), zurück über Stolpmünde / Ostsee (Übernachtung). Kleine Städte, vergessene Dörfer, alte Gutshöfe, verfallende und erneuerte Kirchen, lauschige Alleen und Spurensuche in der historischen Landschaft der „dunklen Wälder" sind Ziele dieser außergewöhnlichen Studienreise. Sie führt vor allem zu wenig bekannten Orten und Gebieten im nördlichen Ostpreußen abseits der gängigen touristischen Hauptrouten in eine Welt, die vielfach anders ist als unser gewohntes Europa. Das Königsberger Gebiet, einst Ordensland und deutsche Kornkammer, scheint weithin von der Natur „zurückerobert". Es besticht durch eindrucksvolle, oft als magisch bezeichnete Landschaften, darunter die Rominter Heide, Teil der Großen Wildnis, das Frische und das Kurische Haff, die Kurische Nehrung und die Memelniederung. Das storchenreiche Land mit seinen immer noch imposanten, oft schon verfallenen gotischen Ordensbauten und seiner unverwechselbaren, glazial geprägten Natur zählt zu den interessantesten und spannendsten Regionen Europas. Eingeplant sind auch Kontakte vor Ort. Ausgewählte literarische Texte zur Region werden uns unterwegs begleiten. Soweit integrierbar, wird auch Gelegenheit zur Spurensuche sein, weil oft gerade dadurch Geschichte unmittelbar erlebbar wird. Die Leitung der Reise liegt wieder in den Händen von Prof. Dr. Heinz Schürmann und Joachim Rebuschat, die beide mit dem Raum durch viele gemeinsame Studienreisen und eigene Forschungen seit langem bestens vertraut sind, zusätzlich deutschsprachige russische Begleitung vor Ort. Weitere Informationen: Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Straße 1, 31737 Rinteln, Telefon (05751) 5386, Mobil (0176) 53439843, E-Mail: j.rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonnabend, 6. Februar, 20 Uhr, traditioneller Winterball der Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Sudetendeutsche und Bessarabiendeutsche im kleinen Saal der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg. Musikalische Unterhaltung durch das Duo „Ha-Si". Die Teilnehmer erwartet ein buntes kulturelles Programm, unter anderem mit Mundartvorträgen, Kurt Delander als Zarah Leander, Zauberer Manfred Dekker sowie eine große Tombola. Der Eintritt beträgt 15 Euro im Vorverkauf und an der Abendkasse, Schüler, Studenten und BJO zahlen 10 Euro. Alle Landsleute und Ostpreußen- Gruppen sind herzlich dazu eingeladen. Auskünfte erteilt Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Bielefeld – Montag, 1. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 4. Februar, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933. – Donnerstag, 11. Februar, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Dienstag, 2. Februar, 19 Uhr, ein Film über Ostpreußen im „Haus am Rhein", Elsa-Brändström-Straße 74.

Düsseldorf – Dienstag, 2. Februar, 19.15 Uhr, Ausstellungseröffnung „Ost-West-Begegnungen in Krieg und Frieden – Auf den Spuren einer Familiengeschichte", Konferenzraum, GHH. – Mittwoch, 3. Februar, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt im Raum 311, GHH. – Donnerstag, 4. Februar, 19 Uhr, Vortrag von Prof. Dr. Brakelmann zum „65. Todestag von Helmuth James von Moltke – Gegen den Geist der Enge, der Überheblichkeit, der Intoleranz" in der VHS, Bertha-von-Suttner-Platz 1, Düsseldorf. Eintritt 4 Euro. – Donnerstag, 4. Februar, 19.30 Uhr, „Offenes Singen" mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH. – Freitag, 12. Februar, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62.

Gütersloh – Montag, 25. Januar, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 1. Februar, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. Anmeldung ist nicht erforderlich. Interessierte „Drosseln", die gerne singen sind herzlich willkommen. Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Haltern – Donnerstag, 4. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Kolpingtreff. – Zur Jahreshauptversammlung konnte der Vorsitzende Adolf Nowinski 38 Landsleute begrüßen. Er dankte allen, die im abgelaufenen Jahr selbstlos mitgearbeitet haben, um die Treffen der Landsleute kulturell wertvoll zu gestalten. Er ging ferner auf die unerfreulichen Irritationen um das „Zentrum gegen Vertreibungen" in Berlin ein und gab in diesem Zusammenhang das Leitwort des BdV für dieses Jahr bekannt: „Durch Wahrheit zum Miteinander!" Unter dieses Motto stellte auch Johannes Schley sein Referat, mit dem er das deutsch-polnische Verhältnis in der Zwischenkriegszeit beschrieb. In der anschließenden Neuwahl wurde der bisherige Vorstand mit der Weiterarbeit beauftragt. Allerdings musste eine Umverteilung der Aufgaben vorgenommen werden, da Mitarbeiter aus der aktiven Tätigkeit leider ausscheiden mussten. Zum gemeinsamen Abendessen servierte der Gastwirt Königsberger Klopse. Was man unter „ostpreußischer Gastfreundschaft" zu verstehen hat, erläuterte Renate Herrmann und Rosi Haßenburger las einen Beitrag über den Schneemann. gemeinsam gesungene Lieder lockerten das Beisammensein auf.

Köln – Dienstag, 2. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Kolpinghotel, St.-Apern-Straße 32. Man will zusammen lustig sein und sich mit dem ostpreußischen Bernstein beschäftigen. Auf dem Programm stehen auch: Beitragszahlern und Kasse prüfen. Für das leibliche Wohl und sorgen Kartoffelsalat und Würstchen vorgesehen, bitte anmelden bei Frau Taruttis, Telefon (0221) 791616.

Lüdenscheid – Vom 29. Mai bis 8. Juni führt die Gruppe eine elftägige Reise nach Ostpreußen durch. Die Reise geht in den südlichen und nördlichen Teil unserer Heimat bis auf die Kurische Nehrung nach Rossitten und auf Wunsch aller Teilnehmer auch nach Nidden und Schwarzort. Interessierte Landsleute und Gäste, die die Sehenswürdigkeiten unserer Heimat kennenlernen möchten, melden sich bitte umgehend bei Dieter Mayer oder Waltraud Lange, Telefon (02351) 81942 an.

Neuss – Donnerstag, 4. Februar, 15 Uhr (Ende 18 Uhr), „Tag der offenen Tür" mit Kaffee und Kuchen in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, Neuss. – Sonntag, 7. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit anschließendem Grützwurstessen im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss.

Wesel – Sonntag, 21. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Der Erste Vorsitzende Kurt Koslowski und der Vorstand bitten um rege Teilnahme der Landsleute und Heimatfreunde an einer schönen Kaffeetafel. Im Anschluss daran wird der Film „Vom Kurfürstentum zum Königreich – von 1640 bis 1730" gezeigt.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 6. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20.

Mainz – Freitag, 5. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 12. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 3. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus", Hecknerstraße 6, 06449 Aschersleben. – Donnerstag, 11. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Bestehornhaus", Hecknerstraße 6, 06449 Aschersleben. Es gibt einen Vortrag über Aschersleben.

Giersleben – Donnerstag, 11. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule".

Tangermünde – Busreise im Sommer 2010 nach Ostpreußen, ins Baltikum und nach St. Petersburg. Dr. Günter Lange plant auch in diesem Jahr wieder eine mehrtägige Reise, vom 9. bis 21. Juli 2010 wird es mit dem Bus über Ostpreußen nach Litauen, Lettland, Estland und Helsinki gehen. Von dort mit der Fähre nach Rostock. Jeweils ein bis zwei Tage Übernachtung sind geplant: in Danzig, Königsberg, Insterburg, Wilna, Riga, Reval, St. Petersburg mit Stadtführungen. Der Preis beträgt etwa 1300 Euro (Übernachtung, HP), abhängig von der Teilnehmerzahl. Nähere Auskünfte unter Telefon (039322) 3760. Es sind noch einige Plätze frei.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Sonnabend, 6. Februar, Winterfest der Ostpreußen im Waldhotel Riesebusch, Sonnenweg 1, 23611 Bad Schwartau,

Bad Oldesloe – Mit vielen guten Wünschen für das Jahr 2010 begrüßte die Zweite Vorsitzende die Mitglieder zur ersten Jahresveranstaltung. Geburtstagskinder des Monats Dezember waren: Therese Baltrusch mit 103 Jahren und Ursula Riegel mit 95 Jahren. Auf Wunsch der Teilnehmer hatte Gisela Brauer ein Referat vorbereitet zum Thema „Oldesloe als Salz- und Badestadt". Vor 100 Jahren – am 30. Juli 1910 - genehmigte der Regierungspräsident in Schleswig der Stadt Oldesloe, die Bezeichnung Bad Oldesloe zu führen. Zunächst hatte Salz bis etwa 1150 für Oldesloe eine wichtige Bedeutung. 1153 ließ Heinrich der Löwe die Salzvorkommen zuschütten, damit es keine Konkurrenz zu seiner Stadt Lüneburg gab. 1813 entdeckte Apotheker Lorentzen die Heilkraft der Sole und Moorvorkommen, so dass 1813 das Heilbad gegründet wurde. Bis 1928 herrschte hier ein blühendes Badeleben, 1938 wurde das alte Kurhaus gesprengt. Nach dem Krieg wurde der Badebetrieb nicht wieder aufgenommen. Die Stadtvertreter entschieden sich für Industrieansiedlung, und die macht bis heute gute Fortschritte. Einige Straßenbezeichnungen erinnern noch an die vergangene Zeit. In einer lebhaften Diskussion wurden die Ausführungen bestätigt und ergänzt.

Burg/Fehmarn – Dienstag, 9. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Haus im Stadtpark". Ingelore Spaeth wird heitere Geschichte in Mundart lesen, für die musikalische Umrahmung sorgt Brigitte Asbahr auf ihrem Akkordeon.

Neumünster – Sonnabend, 13. Februar, 18 Uhr, traditionelles Königsberger Klops-Essen in der Stadthalle am Kleinflecken. Anmeldung bis zum 9. Februar unter Telefon (04321) 82314.

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?" auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Dem Volk aufs Maul geschaut

Zusammengetragen von Felix Arndt und in »Worte aus Ostpreußen« veröffentlicht (Teil 8)



Chalousie = aus vielen schmalen Brettchen bestehende Verdunklungsvorrichtung für Fenster
Chausseegeld = Geld, das Mutter dem Vater mitgibt, Botenlohn
Chemisett = steif gestärkte Hemden-Leinenbrust
Christolbeeren = Stachelbeeren
comme ci – comme ça = „leidlich" (Antwort auf die Frage: „wie geht es?")
couleur de Nuschel = ausdruckslose Farbe
Coupé = Eisenbahnabteil
Club = Schlittschuhlaufbahn
Dachhase = Katze
dackig = nebelig
Dämelsack, Dämlack = Dummkopf
Dämpfer = Kessel zum Dämpfen von Schweinefutter
dämpsch sein = ein einfaches Wesen haben
dahinjuckeln = langsam dahinfahren oder –reiten
dalli = schnell (aus dem Polnischen)
Damenwind = leichte Brise auf See
Dammelskopp = Dummkopf
dammlig = dumm
Dassel = Kopf
daun = müde, matt, erledigt
daus = Teufelskerl „ei der Daus!"
Deckel = Hut
deeren sein = schüchtern sein
Deetz = Kopf
deichseln = etwas geschickt lenken und erreichen



Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen". Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land" (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen" – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen" von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben.
Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Reiseangebot nach Bartenstein und Masuren – Vom 3. bis 13. Juni plant die Kreisgemeinschaft Bartenstein in Zusammenarbeit mit dem Reise-Service Busche eine elftägige Reise in den polnischen Teil des Kreises Bartenstein und das südliche Ostpreußen. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Teilnehmer: 695 Euro, ab 30 Teilnehmer: 780 Euro, Einzelzimmerzuschlag: 140 Euro. Reiseverlauf: am 3. Juni um 7.30 Uhr ab Rodewald, Hannover ZOB, Braunschweig Flughafen, Magdeburg, Berlin Schönefeld; Zusteigemöglichkeiten nach Absprache. Übernachtung in Gnesen. Am 4. Juni Weiterfahrt nach Thorn (Altstadtbesichtigung), Allenstein, Heilsberg nach Bartenstein (drei Übernachtungen). 5./6. Juni (Bartensteintage): zur freien Verfügung; nach Absprache Fahrten in die Umgebung (zum Beispiel Schippenbeil, Schönbruch, Gedenkstätte Maxkeim unter anderem). 7. Juni: Fahrt über Rössel und Heiligelinde nach Sensburg für drei Übernachtungen. 8. Juni: Fahrt durch das südliche Masuren; nach Absprache Schiffsfahrt auf Masurischen Seen, Stakfahrt auf der Kruttinna, Nikolaiken. 9. Juni: Fahrt durch das nördliche Masuren nach Absprache: Wolfsschanze, Steinort, Lötzen. 10. Juni: Abfahrt von Sensburg über Buchwalde (Fotopause an einer „Schiefen Ebene" (Rollberg des Oberländischen Kanals), Elbing, Cadinen (Sommersitz Wilhelm II.) am Frischen Haff nach Frauenburg für zwei Übernachtungen im Hotel „Kopernik". 11. Juni: Schiffsfahrt über das Frische Haff nach Kahlberg; mit Bus zur Stadtbesichtigung nach Danzig; zurück über Elbing nach Frauenburg. 12. Juni: Abfahrt von Frauenburg über Marienburg, Deutsch Krone nach Stettin mit kurzer Stadtrundfahrt zur letzten Übernachtung. 13. Juni: Rückfahrt entlang der Haltestellen wie auf der Anreise. Kleine Programmänderungen nach Absprache mit den Reiseteilnehmern vorbehalten. Im Reisepreis sind folgende Leistungen enthalten: Fahrt in modernem Panorama Reisebus mit WC, Kleinküche, Klimaanlage. Alle Hotelübernachtungen mit Halbpension. Busfahrten vor Ort noch ohne Nebenkosten wie Eintrittsgelder, Schifffahrt und so weiter. Reise-Rücktrittkosten- und Krankenversicherung, Insolvenzversicherung, Grenz- und Straßengebühren sowie deutschsprachige Reiseleitung. Hinweise zu Anreise und Buchung der Reise bitte kurzfristig bei: Hans-Gerhard Steinke (stellvertretender Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Bartenstein), Fasanenweg 12, 25497 Prisdorf, Telefon (04101) 568666, Fax (04101) 568664, E-Mail: hans-g.steinke@online.de. Durch die Reise-Rücktrittskosten-Versicherung ist das Kostenrisiko, bei Nichtantritt der Reise, minimal.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Eine Reise auf den Spuren der „Stationen von Flucht und Vertreibung" *(Fortsetzung aus Folge 3/Teil III)* – In Rauschen hieß es für zwei Tage Quartier nehmen. Der Ort, der während des Krieges nicht der Zerstörung anheim fiel, zeigt sich dem Besucher wieder von seiner einstigen Schönheit mit hübschen Holzvillen und waldbestandener Steilküste. Beeindruckend auch die Strandpromenade, wo man an den Sommerabenden einen einzigartigen Sonnenuntergang erleben kann. Rauschen diente auch als Ausgangspunkt für Unternehmungen am folgenden Tag, bei dem Palmnicken, die Kriegsgräberstätte Germau und Pillau mit integrierter Kriegsgräberstätte besichtigt wurden. Palmnicken, berühmt durch den ostpreußischen Bernstein, hat sichtlich durch die im Tagebau gewonnenen Förderungen sowie der vor Ort gefertigten Schmuck- und Andenkenvielfalt nichts an Bedeutung verloren. Ein Ort, der ebenso wie Rauschen, nicht durch Kampfhandlungen zerstört wurde und heute wieder zu den aufstrebenden Gemeinden in dieser Region gehört. Weniger bekannt ist hingegen eines der dunkelsten Kapitel, die sich in dem Ort am 31. Januar 1945, in der Nacht und bei klirrender Kälte abgespielt haben, als ein SS-Kommando 3000 jüdische Häftlinge auf das Eis der Bernsteinküste trieb, um die bereits völlig entkräfteten Menschen zu erschlagen, zu erschießen und zu ertränken. Die so zu Tode Gekommenen waren Teil eines menschenverachtenden Gewaltmarsches, der in Königsberg mit ursprünglich 5000 Personen begann. Eine Tatsache von Schrecken und unvorstellbarem Leid, darunter aber auch immer wieder Zeugnisse von Menschlichkeit inmitten der Wirren der letzten Kriegswochen. Heute erinnert im Bereich der vielbesuchten Steilküste ein schlichter Gedenkplatz an die Geschehnisse von damals. In Germau wurde die durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge angelegte Gedenkstätte aufgesucht, um der dort bestatteten Gefallenen zu gedenken. Unweit dieser Stelle befindet sich auch eine russische Anlage. Beide Stätten sind Zeugnisse schwerer Kämpfe, die einst in diesem Bereich des Samlandes stattgefunden haben. Wann immer möglich, sollten Anlagen dieser Art von allen Besuchern aus Deutschland aufgesucht werden, um so der in ostpreußischer Erde ruhenden Soldaten und der vielen anderen Opfer zu gedenken. Danach führte die Fahrt in die gesperrte und nur mit Sondergenehmigung zu betretende Hafen- und Garnisonstadt Pillau, die 1945 gleichermaßen für Flüchtlinge und Soldaten als letzte Rettung aus dem Kessel und der herannahenden Front Ziel war. Aus Pillau wurden allein vom 25. Januar bis 25. April 451000 Flüchtlinge und 141000 Verwundete, insgesamt 592000 Personen über See gerettet. Nach der Stadtbesichtigung mit all den erhaltenen Hafen- und Befestigungsanlagen wurde zum Gedenken aller hier beigesetzten Zivilisten und Soldaten unter großer Anteilnahme von einem Landsmann auf seiner Mundharmonika das Lied „Vom Kameraden" gespielt. Darüber hinaus wurde auf Anfragen von Landsleuten aus der Heimat ein Abgleich von dokumentierten Namen vorgenommen, deren Schicksal bislang noch nicht geklärt werden konnte. Aus aktuellem Anlass wurde die Rückfahrt nach Rauschen entlang des „Alkgebirges" mit seiner höchsten Erhebung, dem Galtgarben von 110 Meter, festgelegt. Die auf dieser Strecke liegenden Dörfer und Ansiedlungen waren vermehrt Ziel von Fluchtbewegungen, so auch aus der Elchniederung. So konnte sich eine Landsmännin noch sehr genau an die Schilderungen ihrer Mutter erinnern, deren beschwerlicher Weg durch dieses Gebiet führte. Am Abend konnten die Erlebnisse nochmals vertieft werden. Gleichzeitig hieß es aber Abschied nehmen, denn der nächste Tag sah die Ausreise aus dem nördlichen Ostpreußen vor. Doch wurde den Teilnehmern ein stimmungsvolles Folklorekonzert geboten, dessen Repertoire keine Wünsche offen ließ. *(Teil IV in der Folge 5)*



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Zweites gemeinsames Kirchspieltreffen Klein Gnie und Mulden – Liebe Landsleute, liebe Freunde, wir möchten Sie nochmals wie schon auf unserem Hauptkreistreffen im September in unserer Patenstadt Rendsburg sowie im Weihnachts-Heimatbrief Kreis Gerdauen sehr herzlich zu unserem zweiten gemeinsamen Kirchspieltreffen vom 16. bis 18. April 2010 einladen. Wie bereits anlässlich unserer ersten gemeinsamen Begegnung im Oktober 2008 treffen wir uns auch diesmal wieder im Ostheim der Landsmannschaft Ostpreußen im schönen Niedersächsischen Staatsbad Bad Pyrmont, das unter der Leitung der sympathischen Eheleute Winkler steht. Wir planen wieder wunderschöne, gemeinsame Tage in familiärer Atmosphäre, die ganz im Zeichen ostpreußischer Tradition stehen sollen. So haben wir einen Besuch des Trakehner-Gestüts an der Hämelschenburg bereits eingeplant. Für Wünsche und Beiträge, insbesondere zum Bunten Abend am Sonnabend, wären wir Ihnen bereits jetzt sehr dankbar. Das günstige Pauschalangebot im Ostheim (Vollpension mit Frühstück, Mittagessen und Abendessen) beträgt an diesem Wochenende (von Freitagabend bis Sonntagmittag) für ein Zweibettzimmer 168 Euro, für ein Einzelzimmer 96 Euro. Im Ostheim stehen uns 16 Doppelzimmer und 17 Einzelzimmer zur Verfügung, die in der zeitlichen Reihenfolge der schriftlichen Anmeldungseingänge vergeben werden. Da das Ostheim kein großes Hotel ist, steht im Haus kein Aufzug zur Verfügung. Wir bitten um Angabe, wenn Sie im Erdgeschoss logieren möchten. Die Ein- und Zweibettzimmer haben fließend Wasser warm / kalt. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren. Auf Wunsch ist eine Übernachtung auch in einem nahe gelegenen Hotel möglich. Wir freuen uns auf schöne gemeinsame Tage. Bitte fordern Sie den Anmeldebogen bei Anita Motzkus, Telefon (040) 543678, E-Mail: anita.motzkus@t-online.de, möglichst sofort an. Auch bei allen Fragen oder Anregungen stehen wir Ihnen gern und jederzeit zur Verfügung: Ihre Kirchspielvertreter Anita Motzkus für Muldszen (Mulden) sowie Ilse und Dirk Bannick für Klein Gnie, Telefon (04841) 93063, E-Mail: nick.husum@t-online.de.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Neuntägige Ostpreußenrundreise Kirchspiel Bladiau und Heimatkreisgruppe Heiligenbeil in Hamburg – Vom 24. April bis 2. Mai 2010. Besuch des Kreises Heiligenbeil: Jedes Kirchspiel also auch Ihr Heimatort wird besucht, so es die Straßenverhältnisse zulassen. Fahrpreis inklusive: Halbpension im Doppelzimmer; Visum; Reiserücktrittkosten-Krankenversicherung im russischen Teil; Grenzgebühren; Reiseleitung während der gesamten Reise. Ab zwölf Personen 899 Euro; ab 20 Personen 764 Euro; ab 30 Personen 714 Euro; ab 40 Personen 664 Euro; Einzelzimmerzuschlag 149 Euro. 1. Tag) Fahrt zur Zwischenübernachtung in Schneidemühl. 2. Tag) Weiterfahrt in den polnischen Teil des Kreises Heiligenbeil, Übernachtung in Frauenburg. 3. Tag) Zur freien Verfügung oder Rundfahrt nach Absprache (extra Kosten). 4. Tag) Weiterfahrt über die Grenze nach Heiligenbeil und Königsberg, Stadtrundfahrt. Übernachtung im Hotel Tourist (für vier Nächte). 5. Tag) Rundfahrt durch den Kreis Heilgenbeil mit vielen Stopps. 6. Tag) Zur freien Verfügung oder Rundfahrt nach Absprache (Extra Kosten). 7. Tag) Rundfahrt: Insterburg (Stadtführung); Gumbinnen (Stadtführung); Georgenburg. 8. Tag) Von Königsberg geht es zur Zwischenübernachtung nach Schneidemühl. 9. Tag) Heimreise. Reiseunterlagen können Sie anfordern unter Telefon (040) 30067092 oder E-Mail konrad.wien@t-online.de

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag. de, Internet: www.labiau.de.

Aufruf zur Wahl der Kreisvertretung – Die Vorschlags- und Bewerbungsfrist für die Kandidatur als Kirchspielvertreter ist Ende Dezember 2009 abgelaufen. Der Wahlausschuss bestehend aus den Kirchspielvertretern Erika Freitag, 32699 Extertal (Vorsitzende), Brigitte Hagedorn, 44359 Dortmund, und Ingeborg Schmidt, 48147 Münster, hat die Kandidatenliste aktualisiert und gibt für die Wahl der Kirchspielvertreter am 15. März 2010 folgende Namen für die Kirchspiele bekannt: **Friedrichsrode/Sussemilken:** Irmgard Bude, Bruno Reichwald, Horst Warthun, Ersatzvertreterin: Marita Paul-Jachens; **Gilge**: Erika Freitag; **Groß Baum**: Brigitte Hagedorn; **Groß Legitten**: Ingeborg Schmidt, Hubertus Springer; **Hohenbruch/Lauknen**: Brigitte Stramm; **Kaimen**: Ilse Hunger, Dorothea Kurzmann, Ersatzvertreter: Jürgen Oeser; **Labiau-Stadt**: Heinke Lanatowitz; **Labiau-Land**: Klaus-Arno Lemke, Anni-Lore Lemke, Horst Lemke, Bärbel Lemke; **Laukischken**: Egbert Marenke, Martina Hahn; **Liebenfelde/Mehlauken**: Alfred Erdmann; **Ludendorff**: Helli Aumann, Helmut Krautien; **Markthausen/Popelken**: Karl-Heinz Hundsdörfer, Horst Potz, Anneliese Todt, Alfred Schaulinski. Entsprechend der Wahlordnung vom 13. April 2003, Punkt 5, erfolgt die Wahl schriftlich und namentlich durch eine formlose Postkarte an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Labiau z.Hd. Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn. Die Postkarte muss den Namen der zu wählenden Person enthalten sowie die Heimatanschrift des Wählenden. Dieser muss in der Heimatkreiskartei Labiau geführt sein. Bei Einsendung von beispielsweise mehreren Postkarten werden alle abgegebenen Stimmen ungültig. Jeder Wahlberechtigte hat soviel Stimmen wie Kandidaten für sein Kirchspiel zu wählen sind. Einsendeschluss der Postkarten ist der 15. März 2010. Entsprechend Punkt 6 der Wahlordnung sind die Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl gewählt. Der Wahlausschuss stellt das Ergebnis der Wahl fest und veröffentlicht es in der *Preußische Allgemeine Zeitung / Ostpreußenblatt*. Über einen Wahleinspruch, der innerhalb von vier Wochen nach Veröffentlichung schriftlich bei der Geschäftsstelle eingegangen sein muss, entscheidet der Wahlausschuss.

Auch 2010 fahren wir wieder in die Heimat – Nordostpreußen und Masuren mit Sommerfest in Allenstein (Änderungen vorbehalten) zehn Tage, vom 19. bis 28. Juni 2010. Die Reise kann nur bei ausreichender Beteiligung stattfinden. Anreise von Schleswig-Holstein über Hamburg, A 24, Bernau bei Berlin, weiter nach Kolberg Hotel Ikar-Plaza. Fahrt nach Groß Baum – Forsthaus. Sie verleben drei volle Tage im nördlichen Ostpreußen, davon ist ein Taxitag vorgesehen, an dem Sie Ihren Heimatort besuchen können oder sonstige Plätze des Interesses. (Kosten für Taxi werden vor Ort erhoben) Wir haben ein interessantes Programm für Sie vorbereitet. Vorgesehen ist die Kurische Nehrung und Samlandküste, Rundfahrt mit Gumbinnen, Rominter Heide und so weiter. Fahrt nach Allenstein – Hotel Manor wunderbar an einem der saubersten Seen Masurens gelegen. Wir unternehmen eine Rundfahrt durch Teile West-Masurens und nehmen am Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein teil. Allenstein hat auch sonst allerhand zu bieten, so dass der Tag dort nicht langweilig wird. Die Abreise führt uns über Danzig nach Zoppot, dort wollen wir uns den komplett renovierten Kurbezirk anschauen und auf dem Seesteg bummeln, es ist der längste Europas. Weiterfahrt nach Krag (bei Köslin), dort übernachten wir im historischen Hotel Ritterschloss Podewils, direkt am See gelegen. Heimfahrt am nächsten Tag. Eingeschlossene Leistungen: Bus, eine Übernachtung / HP, Hotel Ikar Plaza, Kolberg www.ikar-plaza.pl; vier Übernachtungen / VP, Forsthaus; drei Übernachtungen / HP Hotel Manor, Allenstein www.manor-hotel.pl; eine Übernachtung / HP, Hotel Ritterschloss Podewils in Krangen / Krag. Ständige russische Reiseleitung, Passanmeldung Russland / Forsthaus, Gebühren für Kurische Nehrung, Polnische Reiseleitung am Rundreisetag, 1. Preis bei 25 Teilnehmern: 936 Euro, Einzelzimmer-Zuschlag 120 Euro im Forsthaus, 980 Euro, Einzelzimmer-Zuschlag 172 Euro im Hotel Tourist. 2. Preis bei 30 Teilnehmern: 875 Euro, Einzelzimmer-Zuschlag 120 Euro im Forsthaus, 919 Euro, Einzelzimmer-Zuschlag 172 Euro im Hotel Tourist. Visumgebühren werden separat berechnet. Es ist noch nicht sicher, ob wir die Zimmer im Forsthaus Groß Baum bekommen können. Deshalb sind wir vorsichtshalber zweigleisig gefahren. Das ausführliche Reiseprogramm kann man anfordern bei: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701, E-Mail: info@strammverlag.de, www.labiau.de, oder bei Barbara Szewczyk, Planen und Reisen Hannoversche Heerstraße 55, 29227 Celle, Telefon (05141) 2080704, Fax (05141) 3492922, E-Mail: Barbara.Szewczyk@t-online.de.

Sehr geehrte Kreisvertreter, bitte denken Sie an die Zusendung der Termine für die Heimattreffen 2010!

Gablonzer Modeschmuck

Rheinbacher Glasmuseum zeigt Sonderausstellung

Die führende Rolle der sudetendeutschen Kunsthandwerker in der Modeschmuckbranche ist heute etwas in Vergessenheit geraten. So ist nur noch Wenigen bekannt, dass früher der bekannteste Name für Kleinglaswaren und Modeschmuck „Gablonz“ lautete und dass in der nordböhmischen Region eine beachtliche Vielfalt von glitzernden Produkten hergestellt wurde. Die böhmische Stadt Gablonz an der Neiße / Jablonec nad Nisou war vor dem Zweiten Weltkrieg durch ihre Schmuck- und Glasindustrie international bekannt.

Die „Gablonzer Bijouterie“ war der Hauptmotor des wirtschaftlichen Aufschwungs, den die Stadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts erlebte. Nach der Vertreibung in den Jahren 1945/46 gründeten die Gablonzer an verschiedenen Orten in Österreich und Deutschland neue Zentren. In Tirol ließen sich hauptsächlich die ehemaligen Granatschleifer nieder und gründeten kleine Werkstätten. Zu den Etablierten gehört Swarovski, dessen Betrieb sich für sauber geschliffene Glasimitationen verschiedener Qualitäten eine herausragende Position verschafft hat.



Schmuckstück: eine Gablonzer Brosche Bild: DG

In Deutschland ist die neue Heimat vieler sudetendeutscher Kunsthandwerker der Raum Kaufbeuren, das Fichtelgebirge sowie die Region um Schwäbisch-Gmünd. Heute werden in Neugablonz-Kaufbeuren Schmuckstücke und modische Accessoires sowie auch hochwertige Präzisionsteile für die Computer-, Telekommunikations- und Automobilindustrie sowie für die Unterhaltungs-Elektronik produziert.

Das Rheinbacher Glasmuseum zeigt in der Ausstellung „Glanz und Glitter – 200 Jahre Gablonzer Modeschmuck“ eine repräsentative Auswahl aus der umfangreichen Privatsammlung von Sibylle Jargstorf. Im Fokus stehen die unterschiedlichen Facetten der Schmuckproduktion und die nahezu unerschöpfliche Kreativität der sudetendeutschen Kunsthandwerker. Gablonzer Schmuck besteht aus „Unedelmetall“ und wird in einer Blei-Zinn-Legierung in Verbindung mit anderen Bestandteilen im Spritz-(Schleuder)-Gussverfahren hergestellt. Als „Steinbesatz“ werden einfache Press- oder Gussgläser sowie hand- oder maschinengeschliffene spezielle Bleigläser verwendet. Bei der Fertigung des Modeschmucks werden Glas, Unedelmetalle und inzwischen auch immer häufiger Kunststoffe frei miteinander kombiniert, was ein breites Spektrum an Farben, Formen und Dekors zulässt.

Zum Rahmenprogramm gehören unter anderem die Präsentationen Rheinbacher Glashandwerker, die im Museumsshop ihre Schmuckkreationen anbieten. Außerdem sind während der Sonderausstellung Schmuckgestalterinnen und -gestalter im Hause zu Gast, die ihre Arbeiten in einer gesonderten Vitrine vorstellen.

Da sich sowohl die Schau als auch die begleitenden Workshops für viele Besucher als besonders attraktiv erwiesen haben, wurden die Sonderausstellung und die entsprechenden Zusatzprogramme bis Ende Februar verlängert. Neben dem Workshop für Kinder „Von der Scherbe zur Brosche“ mit Andrea Stolte-Linden finden der Familienworkshop „Schmuckbüsten aus Powertex“ (20. Februar) und der Workshop für Erwachsene „Von der Glasperle zum fertigen Schmuckstück“ (27. Februar) statt. *Dieter Göllner*

Kreuzworträtsel (Fragen in den Feldern):

Auswanderin; fruchtiges Erfrischungsgetränk; Mundart; Pferd des Don Quichotte; Rätselfreund; Speisefisch; Ansehen, Prestige, Bild (engl.); wertvolles Möbelholz; Ruder (Seemannssprache); nachahmen, nachmachen; das Paradies; Seemannsruf; Verkehrsstockung; vermeiden; Bildschirm; Fleiß, Beflissenheit; Pflanzenkrankheit; Hauptstadt von Oregon (USA); jap. Form der Selbstverteidigung; Zierpflanze; Wappenblume; feines Teigklößchen (österr.); etwa, ungefähr; Fahrbahnbegrenzung; Zerlegung, Spaltung; afrikanische Großkatze; Stadt an der Aller (Niedersachsen); Stadt im Lipper Bergland (NRW); Fluss zum Rhein; Stirnseite; Zauberwesen; Zauberwurzel; Feldertrag; deutlich; Mündungsarm der Weichsel; Flachland; ohne Erhebungen und Tiefen; engl. Physiker (Isaac); Abk. für High Fidelity; Sportruderboot; österr. Dichter (Rainer Maria); sittliche Gesinnung; zu sprießen beginnen; Stadt u. Provinz in Norditalien; verführen, bezaubern; Vorname Laurels; Baumteil; Lufttrübung; Gewichtseinheit; Jagdsignal; Staat im Baltikum; Verwandter; Schlamm für Heilzwecke; Trauben auspressen; Nadelbaum; sagenhafte Insel im hohen Norden; Fischatmungsorgan; üblich, gewöhnlich; altrömisches Gewand; Hohlmaß; russ. Dramatiker (Anton); den Körper im Wasser säubern; Grill; Kamingitter; Federbettenstoff; Delfinart; Riesenschlange; rechter Nebenfluss der Donau; befestigtes Hafenufer; Spielklasse beim Sport; geistliches Lied; jeder ohne Ausnahme; grob gemahlene Getreidekörner; dreist, vorlaut; Dummkopf (ugs.); Greifvogel; Flugzeughalle; Leid, Not; Fisch-, Vogelfanggerät; Buchformat; großartig, hervorragend; Bargewinn; bereitwillig; ärmelloser Umhang; seemänn.: Windschattenseite; Handelsbrauch; Vergrößerungsglas; kannenartiges Gefäß; Tisch m. schräger Schreibfläche; Kfz-Zeichen Peine; verheiratetes Paar; konzentrierte Lösung; Mixbecher; Fragewort: warum?; Behälter mit Deckel; im Vordergrund; führend

So ist's richtig:

(Lösungen, auf dem Kopf gedruckt)

Schüttelrätsel:

		K			
A	E	N	G	S	T
	S				
B	A	S	T	A	
B	P				
A	N	G	L	E	R
G	E	P	A	R	D
A	R	M			

Mittelworträtsel: 1. Spargel, 2. Vorteil, 3. Muster, 4. Schirm, 5. Winkel, 6. Schleier, 7. Spalier – Artikel

Magisch: 1. diskret, 2. Ikebana, 3. Reineke

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

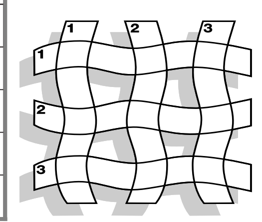
AEGG INNST; BBEE; AKNPP; ARST; ADNST; AAGL; BEER; MNOR; AABST; ABO; ADEG PR; AEGL NR; AMR

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Zeitungsaufsatz.

1	ZIER		BEET
2	HEIM		HAFT
3	STRICK		KNABE
4	REGEN		HERR
5	BLICK		ADVOKAT
6	BRAUT		EULE
7	EHREN		OBST

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 verschwiegen, taktvoll
2 japanische Blumensteckkunst
3 Name des Fuchses in Tierfabeln

Ein Leben auf der Straße

Schon rund ein Viertel der Wohnungslosen sind Frauen – Die Dunkelziffer ist groß

In dem harten Winter dieses Jahres fallen sie besonders auf, die Obdachlosen in ihrem notdürftigen Schutz gegen die Kälte. Wie schnell man in diese Situation geraten kann, zeigen Beispiele, die *PAZ*-Autorin Corinna Weinert vorstellt.

Die Kälte schneidet ins Gesicht, unentwegt fallen dicke Schneeflocken vom Himmel. Schon nach kurzer Zeit im Freien komplett durchgefroren, hat man das Verlangen, sich zu Hause in der Wärme einzuigeln. Was aber, wenn es kein Zuhause gibt, wenn die Wohnung auf der Straße liegt? Der Weg in die Obdachlosigkeit ist einsam und schnell. Kündigung, Mietschulden,

Der Weg in die Obdachlosgkeit ist einsam und schnell

Scheidung, Sucht – letztendlich der Verlust der Wohnung.

Im Personalausweis von Klaus Stötzer (Name von der Redaktion geändert) steht „ohne festen Wohnsitz“. Der ehemalige Metallfacharbeiter stammt aus Bottrop, kam „der Liebe wegen“ nach Hamburg, wie er sagt. Die ging irgendwann zu Ende, so wie sein Erspartes, mit dem sich der 42-Jährige, der von seiner Freundin vor die Tür gesetzt worden war, trotz Arbeitslosigkeit noch eine Weile über Wasser halten konnte. Heute kampiert er in einer Grünanlage oder unter einer Brücke am Alsterufer. Glücklicherweise hat er ein Igluzelt und ist „der Witterung beim ‚Platte machen‘ nicht so ausgeliefert“, meint er. „Platte machen“ heißt es im Jargon der Obdachlosen, wenn sie draußen übernachten. Mit Temperaturen von bis zu -15 Grad Celsius ist das derzeit alles andere als behaglich.

Die Stadt Hamburg stellt für die obdachlosen Menschen ganzjährig Schlafplätze in verschiedenen Wohnunterkünften zur Verfügung, rund 2500 Betroffene nutzen diese.


Schutz für kurze Zeit: Obdachlose wärmen sich in der Frankfurter Kirche St. Katharinen auf. Bild: Dominik Meise

Weitere Schlafstätten werden von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege bereitgehalten. Im Winter gibt es auch noch das „Winternotprogramm“. „In der kalten Jahreszeit von November bis April werden rund 200 zusätzliche Schlafplätze angeboten. Bei Bedarf können wir diese auch kurzfristig aufstocken“, erklärt Rico Schmidt, der Pressesprecher der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz.

„Die Zahl der Obdachlosen in Deutschland wird auf 227 000 geschätzt, rund ein Viertel davon sind Frauen – und es werden mehr“, sagt Werena Rosenke von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V.

Für Katharina Heller (Name geändert) aus München endete das „normale“ Leben vor gut neun Monaten mit einem Klingeln an der Haustür: Gerichtsvollzieher und Möbelpacker kamen in ihre Wohnung. Die 49-Jährige hatte sie schon erwartet; seit Tagen standen Koffer und Taschen bereit im Flur. Dinge, die ihr wichtig sind, hatte sie bei einem Freund in Sicherheit gebracht – den Laptop, ein paar teure Kleider und Schmuck. Gefasst unterschrieb sie den Zwangsräumungsbescheid. Während die Möbelpacker in Windeseile sämtliche Zimmer leerten, ließ der Vermieter vom Schlüsseldienst vorsichtshalber noch das Schloss auswechseln. Der Gerichtsvollzieher drückte Katharina Heller zum Abschied die Hand, wünschte ihr alles Gute, dann forderte der Vermieter sie auf zu gehen. Zwölf Jahre lang lebte Katharina Heller in ihrer Wohnung, Tür an Tür mit Schönheitschirurgen und Zahnärzten. Schulden haben sie in den Ruin getrieben. Nachdem ihre Freundin aus dem gemeinsam geführten Geschäft ausgestiegen war, scheiterte auch noch die langjährige Beziehung mit dem Lebenspartner. Die laufenden Kredite konnte sie bald nicht mehr zahlen, musste das Geschäft aufgeben und Insolvenz anmelden. Erika Bender (Name geändert) fing an zu spielen, dann zu trinken – oder umgekehrt, sie weiß es nicht mehr. Jedes Mal, wenn die 52-Jährige denkt, sie habe die Sucht besiegt, legt die sich wieder wie eine Schlinge um ihren Hals. Sie wird stärker als jede andere Bindung in ihrem Leben. Die ehemalige Vertriebsmitarbeiterin, die aus Stuttgart stammt, belügt ihre Familie und ihre Freunde, leiht sich immer wieder Geld bei verschiedenen Personen. Durch die Sucht kann sie bald keiner geregelten Arbeit mehr nachgehen, Mietschulden häufen sich an und sie verliert ihre Wohnung. Im März 2008 steht sie auf der Straße, kennt keinen Menschen, an den sie sich wenden könnte, keinen Ort, an dem sie bleiben dürfte, und überlegt: „Will ich überhaupt noch weitermachen, oder ist es hier und heute vorbei?“

Betroffene Frauen leben viel Angst und Scham oft über lange Zeit unentdeckt. „Frauen versuchen ihre Obdachlosigkeit bis zuletzt zu vertuschen“, sagt Karin Kühn, die in Frankfurt am Main das „Zentrum für Frauen“ leitet. „Sie leben sehr viel häufiger in der so genannten verdeckten Wohnungslosigkeit als Männer; viele tauchen nie in der Statistik auf, weil sie bei Freunden Unterschlupf suchen. Oder sie gehen Zweckbeziehungen ein, die immer wieder auch mit sexueller Ausbeutung verbunden sind“, so die Sozialarbeiterin. Im Zentrum für Frauen sind mehrere Beratungs- und Hilfseinrichtungen der Diakonie zusammengeschlossen, um Frauen zu unterstützen. Eine davon ist der Tagestreff 17 Ost. Dort können wohnungslose Frauen kochen und essen, duschen, Wäsche waschen, Kleiderspenden erhalten, telefonieren und eine Postadresse einrichten. Die zwei Mitarbeiterinnen helfen bei der Suche einer Notunterkunft und einer Wohnung, und auch darüber hinaus werden die Frauen betreut. „Die Frauen haben teilweise massive psychische Auffälligkeiten und unbehandelte Erkrankungen, bei ihnen ist die Gefahr der Verwahrlosung besonders groß“, weiß Karin Kühn.

Die Zahl der jüngeren Obdachlosen nimmt ständig zu

Wenn die Frauen ärztliche Versorgung benötigen, werden sie anonym und unentgeltlich in der Ambulanz der Caritas versorgt. Eine bedenkliche Entwicklung spricht Werena Rosenke noch an: Der Anteil der jüngeren Obdachlosen steigt, zunehmend sind auch Jugendliche betroffen, die das Leben auf der Straße den Lebensumständen im Elternhaus vorziehen. „Angesichts der Wirtschaftskrise“, so meint sie, „wird Obdachlosigkeit bald kein marginales, sondern ein sehr zentrales Thema in Deutschland sein, sie kann jeden von uns treffen.“

IN KÜRZE

Obdachlosigkeit in Zahlen

Gegenwärtig leben in der Bundesrepublik Deutschland nach aktuellen Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe insgesamt 227 000 wohnungslose Personen (Ein- und Mehrpersonenhaushalte ohne wohnungslose Aussiedler in Übergangswohnheimen, BAGW 2008). Obwohl zum großen Teil Männer betroffen sind (55 Prozent), ist der Anteil wohnungsloser Frauen jedoch nicht zu unterschätzen: Knapp ein Viertel (23 Prozent) der Betroffenen sind Frauen. Darüber hinaus beträgt der Anteil der wohnungslosen Kinder und Jugendlichen etwas mehr als ein Fünftel (22 Prozent) aller Wohnungslosen. *C.W.*

»Arme habt ihr allezeit«

Die Evangelische Obdachlosenhilfe e. V. hat vor drei Jahren ein Buch zum Thema Obdachlosigkeit herausgegeben, das jetzt in zweiter Auflage erschienen ist. In über 50 Beiträgen geben Betroffene und Mitarbeiter der Wohnungslosenhilfe zum Teil sehr persönliche Einblicke in ihren Alltag.



Aber auch Prominente wie der Schriftsteller Wladimir Kaminer oder der Liedermacher Wolfgang Niedecken kommen zu Wort. Informationen über Ursachen und Hintergründe von Wohnungslosigkeit sowie ausdrucksstarke Abbildungen runden das Buch ab. *PAZ*

***Evangelische Obdachlosenhilfe e. V. (Hrsg.): „Arme habt ihr allezeit – Vom Leben obdachloser Menschen in einem wohlhabenden Land“**, edition chrismon, Stuttgart 2009, 176 Seiten, farbige Abbildungen., gebunden, 19,90 Euro*

»Ein Film, nicht meine Geschichte«

Der Extrem-Bergsteiger Reinhold Messner über den Film »Nanga Parbat«, den Tod seines Bruders und die eigene Zukunft

Er ist einer der letzten Abenteurer in unserer modernen Zeit. Reinhold Messner bestieg die größten Berge der Welt, durchquerte unter extremsten Bedingungen Sand- und Eiswüsten. Ein sensibler Punkt in seiner Biographie bleibt jedoch der Tod seines Bruders Günther im Jahre 1970 bei der Besteigung des Nanga Parbat (ein Berg im Westhimalaya), wofür er immer wieder verantwortlich gemacht wurde. Unter dem Titel „Nanga Parbat“ ist diese Geschichte derzeit in den Kinos zu sehen, verfilmt von Joseph Vilsmaier. Die *PAZ* sprach mit Reinhold Messner über den Film.

PAZ: *Wie fühlt es sich für Sie an, die tragischen Ereignisse von 1970 nun auf der Leinwand zu sehen?*

Reinhold Messner: Sie müssen wissen, dass ich den Film als Film sehe und nicht als meine Geschichte. Für mich ist das gar nicht so schwierig, weil ich von jemand anderem gespielt werde. Meine Kinder haben den Film gesehen und sagten zu mir: ‚Papa, das bist nicht du!‘ Sie kennen mich nun mal, während sie meinen verstorbenen Bruder nie treffen konnten und ihn dadurch im Film besser annehmen konnten. Das war für sie der Onkel Günther.

PAZ: *Trotzdem muss Sie der Film doch wieder emotional aufgewühlt haben?*

Messner: Natürlich gibt es die Momente, die der eigenen Realität sehr nahe kommen und Emotionen wieder aufbrechen lassen. Aber ich habe inzwischen viele Bücher darüber geschrieben, x-mal mit diesem Thema auf der Bühne gestanden, was viel schwieriger ist, weil man beim Erzählen viel konkreter wieder in die Emotionen hineingerät.

PAZ: *Hat Ihnen das alles geholfen, den Tod Ihres Bruders zu überwinden?*

Messner: Ich muss sagen, dass für mich der Tod meines Bruders viel einfacher zu verarbeiten war als etwa für meine Mutter. Denn sie hatte am anderen Ende der Welt ihr Kind verloren, und das ohne Leiche. Wir Menschen haben keine Ruhe, bis wir unsere Toten nicht beerdigt haben, das habe ich selbst erst durch das damalige Unglück verstehen können.

PAZ: *Sie selbst sind damals dem Tod nur knapp entkommen. Gab es danach noch öfter Situationen, in denen Sie dem Tod ins Auge geblickt haben?*


Reinhold Messner Bild: Saar Report

Messner: Ich würde sagen, ein halbes Dutzend Mal bei extremen Touren.

PAZ: *Was hat Sie angetrieben, sich immer wieder in Lebensgefahr zu bringen?*

Messner: Im Grunde genommen ist es nicht erklärbar. Bergsteigen ist am Tod provoziertes Leben. Gerade wegen der Gefahr lebt man sein Leben intensiver, was bestimmt etwas Schizophrenes hat. Man geht dort hin, wo man normalerweise sterben müsste, um nicht zu sterben. Ein Laie würde sagen, solche Bergsteiger sind absolut daneben, und ich muss sagen, die haben absolut Recht.

PAZ: *Sie spielen sozusagen immer wieder mit dem Leben?*

Messner: Das ist der falsche Ausdruck. Wir stellen uns dadurch selber immer wieder infrage und testen die Grenzen des Lebens aus. Bergsteiger wissen viel intensiver, dass das Leben begrenzt ist und immer mit dem Tod zusammenhängt. Das Leben ist eingespannt zwischen Geburt und Tod, und umso klarer mir das ist, desto intensiver kann ich leben.

PAZ: *Ein anderer Beruf wäre für Sie nie in Frage gekommen?*

Messner: Nach dem Tod meines Bruders sagten meine Eltern sofort: „Jetzt reicht es, mach’ dein Studium fertig.“ Ich bin also an die Universität zurückgekehrt, habe dann aber nach vier Monaten wieder gekündigt und somit ein Studium endgültig aufgegeben. Ich war entschlossen, das Bergsteigen absolut zu machen, weil ich erkannte, dass es mir gar nichts nutzt, daheim zu bleiben. Meinen Bruder konnte ich damit nicht wieder lebendig machen. Sein Tod bleibt zwar Teil meiner Biographie und meiner Verantwortung, trotzdem habe ich das Recht, mein Leben weiterzuleben. Das war ein ganz wesentlicher Schritt in meinem Leben.

PAZ: *Inwieweit ist Ihr Bruder noch bei Ihnen, wenn sie allein auf einem Gipfel stehen?*

Messner: Mein Bruder ist mit mir existent, weil ich an ihn denke. Solange sich jemand an einen Toten erinnert, ist dieser in irgendeiner Form noch da. Wenn ich in den Dolomiten herumklettere oder auch nur mit meinen Kindern spazieren gehe, sage ich oft, da habe ich mit Günther das und jenes gemacht.

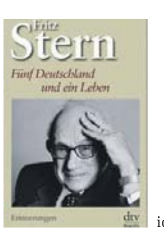
PAZ: *Sie haben sich immer wieder neuen Herausforderungen gestellt. Gibt es noch etwas, was Sie unbedingt tun wollen?*

Messner: Momentan bin ich dabei, meine letzte Herausforderung zu Ende zu bringen – und das war die Gründung des Messner Mountain Museums. Seit zehn Jahren bin ich dabei, was mir die gleiche Befriedigung gibt wie den Mount Everest zu besteigen. In diesem Jahr werde ich das Projekt jüngeren Leuten übergeben, um wieder frei für neue Sachen zu sein. Ich schließe nicht aus, mal selbst einen Film zu drehen.

PAZ: *Warum Film?*

Messner: Ich durfte Joseph Vilsmaier bei den Dreharbeiten zu „Nanga Parbat“ oft über die Schulter blicken und habe dadurch viel verstanden. Ich glaube, der Film ist immer noch die beste Möglichkeit, eine Geschichte von Mensch und Natur zu erzählen. Mich interessiert der Mensch, der einem Berg oder der Wüste ausgeliefert ist. Die Natur kenne ich inzwischen sehr gut, aber was passiert dabei mit dem Menschen?

Markus Tschiedert (Ricore)



Zerissener Grenzgänger

Der Historiker Fritz Stern

„Denk ich an Deutschland in der Nacht / Dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ So drückt Heinrich Heine in den berühmten „Nachtgedanken“ seine Sorge um seine Heimat aus. Wegen seiner politischen Ansichten vor allem in Preußen angefeindet und der Zensur in Deutschland überdrüssig war der Dichter 1831 nach Paris ins Exil gegangen. Ein Jahrhundert später, im September 1938, floh die Familie Stern wegen ihrer jüdischen Abstammung aus Breslau nach New York. Sohn Fritz war damals zwölf Jahre alt. Seinen preußischen Vornamen erhielt er nach seinem Paten, dem Chemiker und Nobelpreisträger Fritz Haber.

Während die Eltern und die Schwester fortan für den Lebensunterhalt sorgten, kümmerte sich der junge Fritz Stern um den Haushalt. Er führte auch die Korrespondenz mit den verbliebenen Freunden und Verwandten in Deutschland und Europa. Ähnlich wie bei Heine zeugen seine Briefe von der Zerrissenheit zwischen alter und neuer Heimat: „Ich nahm ein Doppelleben an: die deutsche Vergangenheit, stets präsent, stets unheilvoll, und die amerikanische Gegenwart, unmittelbar, unsicher, aber stets verheißungsvoll. Ich lebte – zwangsläufig und aus innerer Neigung – in beiden Welten.“ Stern hat Kopien fast aller dieser Schreiben aufbewahrt. Auf ihnen beruht sein nun als Taschenbuch erschienenes autobiographisches Buch „Fünf Deutschland und ein Leben“.

Obwohl Stern aus einer Familie von Ärzten und Naturwissenschaftlern stammte, schlug er Albert Einsteins persönlichen Rat, Medizin zu studieren, aus. Mit 20 Jahren widmete er sich der Geschichte und trat 1953 Jahre seine erste Professur an der Columbia-Universität an. Stern stieg zu einem der bedeutendsten US-amerikanischen Historiker deutscher Geschichte auf und wurde mit seinen Büchern und Aufsätzen auch im Nachkriegsdeutschland zu einer intellektuellen Instanz.

Seit den 1960er Jahren verweilte Stern öfter in der deutschen Heimat als Referent oder Gastdozent. Enge Freundschaften verbanden ihn etwa mit dem Soziologen und Politiker Ralf Dahrendorf – ein Liberaler wie er selbst – und der aus Ostpreußen stammenden Journalistin Marion Gräfin Dönhoff. Der deutsch-amerikanische Grenzgänger meldete sich zu vielen politischen und gesellschaftlichen Ereignissen zu Wort. Vom Aufruf gegen den Vietnamkrieg und gegen die gewalttätige Studentenrevolte der 68er über seine Einmischung in die Kriegsschuldkontroverse und die Walser-Debatte bis hin zur lakonischen Bezeichnung Angela Merkels als „Kohls größtes Geschenk an Deutschland“ – der spätere Friedenspreisträger fürchtete nie die Konfrontation. Als 1990 Margaret Thatcher beim gemeinsamen Tee gegen eine deutsche Wiedervereinigung wetterte und sagte: „Die Einzigen, denen man vertrauen kann, sind die Holländer“, entgegnete Stern: „Frau Premierminister, das könnte nicht ganz ausreichen.“

> Deutsch, jüdisch und auch amerikanisch

Sterns Autobiographie ist ein reicher Schatz solcher Episoden, in denen sich Zeitgeschichte und private Erlebnisse verschränken. Der Autor legt ein scharfsinniges Zeugnis über die Zeitspanne von der Weimarer Republik bis zum wiedervereinten Deutschland ab. Seine feine Ironie rettet das Buch vor dem Gelehrtenton und gelegentlichen Längen. *S. E. Gerber*

***Fritz Stern: „Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen“**, dtv, München 2009, broschiert, 675 Seiten, 12,90 Euro*



Zum Klauen gezwungen

Begleitband zur Fernsehdokumentation über den Hungerwinter 1946/1947

Als zu Jahresbeginn starker Schneefall einsetzte und es vielerorts zu Eisglätte und Schneeverwehungen kam, machten Wörter wie „Eischaos“ und „Schneekatastrophe“ die Runde. Dabei war es letztlich doch nur ein Winter, wie er früher üblich und den Menschen etwa in Ostpreußen, in Pommern oder in den Alpen ganz geläufig war. Für wirkliche Katastrophen wie jetzt in Haiti fehlen dann manchmal schon die adäquaten Begriffe.

Eine wirklich Katastrophe erlebten die Deutschen im Winter 1946/47. Das zerbombte, von Hunger und Elend geprägte Land mit zusätzlich über zehn Millionen Vertriebener durchlitt zwischen Dezember 1946 und März 1947 einen der kältesten Winter des Jahrhunderts. Wochenlang herrschten in vielen Teilen Deutschlands Minusgrade bis zu 20 Grad. Die ohnehin nur notdürftig geflickte Infrastruktur brach völlig zusammen, die karge Lebensmittelversorgung ebenso. Wer beispielsweise Berliner Tageszeitungen aus dieser Zeit liest, findet in jedem Blatt, ob Ost oder West, fast täglich auf der Titelseite einen Kasten „Verhungert und verstorben“ mit Name, Adresse und Altersangabe.

Merkwürdigerweise ist diese Katastrophe in der Folgezeit regelrecht verdrängt worden. Im vergangenen Dezember hatte die ARD in einer vielbeachteten Sendung an den damaligen Hungerwinter erinnert und mehrere Zeitzeugen, damals Kinder, heute hochbetagte Männer und Frauen, zum Reden über ihre traumatischen Erlebnisse bewegen können. Der Propyläen-Verlag hat ein Buch zu dieser Serie vorgelegt; es hält das Gesehene fest, vertieft es und gibt – durch ein ausführliches Literaturverzeichnis – auch Gelegenheit, sich noch mehr in das Thema einzulesen.

> Täglich starben Menschen den Hungertod

Zu Recht beginnen die beiden Autoren, Publizisten und Regisseure Alexander Häusser und Gordian Maugg in dem Buch zur Fernsehdokumentation „Hungerwinter – Deutschlands humanitäre Katastrophe 1946/47“ mit dem Kriegsende. Sie schildern ausführlich, was für die Deutschen zur Normalität wurde: beengtes Wohnen in zerbombten Häusern, Lebensmittelkarten, kaum Arbeit, Hamsterfahrten aufs Land, Schwarzmarktgeschäfte, Verwahrlosung und Plünderungen. Der im Dezember 1946 einsetzende Frost (der übrigens die meisten europäischen Länder vor schwere Probleme stellte) führte dann zur Katastrophe. Der amerikanische Sonderbeauftragte Herbert H. Hoover schrieb: „Die große Masse des deutschen Volkes ist, was Ernährung, Heizung und Wohnung anbelangt, auf den niedrigsten Stand gekommen, den man seit hundert Jahren in der westlichen Zivilisation kennt.“

Rührend sind die im Buch wiedergegebenen persönlichen Erinnerungen. Die damaligen Kinder, kaum älter als zehn, zwölf Jahre alt, mussten wie die Erwachsenen täglich um ihr Überleben kämpfen, mussten hamstern gehen, „organisieren“ (oft genug stehlen und rauben), waren Elternersatz für kleine Geschwister und Pfleger von Eltern und Großeltern. Eine Weile wurde noch ein Ehrbegriff, man dürfe nicht stehlen und nichts heimlich wegessen, hochgehalten; die bittere Not ließ dann aber oft alle Dämme brechen: „Ein Freund meines Elternhauses, der mir von jeher das Symbol der personifizierten Ehrlichkeit war, antwortete mit erschütternder Selbstverständlichkeit ‚Kohlen klauen! Nein‘ – seine Stimme bebte vor Erregung – ‚man ist verpflichtet dazu, denn das Recht der Selbsterhaltung steht über dem Gesetz.‘“

Im Sommer 1947 beschlossen die USA den Marshallplan; es war der Wendepunkt für die langsame Erholung in den Westzonen, aber auch der Beginn der Teilung Deutschlands.

Übrigens ist bis heute nicht bekannt, wie viele Tote dieser Winter gefordert hat – vermutlich waren es mehrere Hunderttausend. *Dirk Klose*

***Alexander Häusser, Gordian Maugg: „Hungerwinter – Deutschlands humanitäre Katastrophe 1946/47“**, Propyläen, Berlin 2009, 218 Seiten, 19,90 Euro*



Hoffnung durch den Glauben

Ostpreußin erinnert sich an ihre schöne, wenn auch harte Kindheit

„Tausend und abermals tausend Bilder sind gespeichert im Gedächtnis. So sind sie auch bei mir aufbewahrt wie in einem Album. Ja, aus allem, was ich gesehn, gehört, was mir geschehn und was ich empfunden, wurden Bilder. Jetzt nehme ich mein Album in die Hand, sehe und spüre: Leben ist in ihm. Leben geht auch von Menschen aus, die nicht mehr auf dieser Erde sind.“ Diesen Bildern und Menschen haucht Irmgard Powierski in „Heimat in mir – Geliebtes Masuren und die Flucht 1945“ Leben ein. Die christliche Autorin schildert die Jahre ihrer Kindheit als eines von sechs Kindern einer Bauersfamilie.

Die viele Arbeit, das häufige Verzichten müssen, die Einsamkeit beim Kühe hüten, all das wird erträglich durch die schweigende Liebe der Oma, die Schlitzohrigkeit des Vaters, die Beharrlichkeit der Mutter und die Gemeinsamkeiten mit den Geschwistern. Zwar erwähnt die 1931 Geborene, wie hart die Eltern sie als Kind schon auf dem Felde haben arbeiten lassen, doch „ihnen verdanke ich mein Leben. Und sie haben mich auf einen guten Weg gebracht, ins Leben eingeführt, ein Ziel gezeigt: Ich habe meinen Grund im Leben selbst. Sicher, sie hatten Fehler. Doch vergesse ich nicht. Was vergeben heißt, habe ich von meinen Eltern gelernt.“

> Verzicht zu üben war alltäglich

Eine der schönsten Erinnerungen der Autorin ist die Hochzeitsfeier einer Cousine im Spätsommer 1944. Es war das letzte Mal, dass die gesamte Familie und ihre Freunde in Masuren zusammenkamen, bevor sie aus ihrer Heimat flüchten mussten und in alle Winde verstreut wurden. Selbst der engste Familienkreis erreichte nicht gemeinsam den Westen. Zwei Schwestern gingen verloren, der Vater blieb zurück, die Oma starb während der Flucht. Doch stets strahlte die Mutter die Hoffnung aus, ihren Mann und alle ihre Kinder bald wieder bei sich zu haben. Diese Hoffnung, die der Mutter Kraft gab, den Verlust der Heimat sowie alle Gefahren und Demütigungen zu ertragen, bewundert Irmgard Powierski noch heute.

„Mir wird auch deutlich: Alles Verdrängen ist nur eine Scheinlösung. Und wenn ich die Flucht gar vergessen wollte, könnte ich nicht zu mir finden.“ Mit dem vorliegenden Buch hat die Autorin zu sich gefunden und lässt den Leser an ihrer sehr emotionalen, persönlichen Aufarbeitung ihrer Vergangenheit teilhaben. *Rebecca Bellano*

***Irmgard Powierski: „Heimat in mir – Geliebtes Masuren und die Flucht 1945“**, Freimund, Neuendettelsau 2009, geb., 145 Seiten, 13,80 Euro*



Haltung bewahren mit Goethe

Ratgeber leitet Führungskräfte mit Erfahrungen des Dichters durch den Tag

In vielen Chefetagen wird in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise eine (noch) höhere Gangart gefahren, was auch eine Mehrbelastung der Manager zur Folge hat. Das wissen der Unternehmensberater Stefan Küthe und die Ökonomin Monika Schuch aus erster Hand. Mit einem Ratgeber, der durchgehend Bezug auf Goethe nimmt, wenden sie sich an gestresste Entscheider und an alle, die in ihrem Beruf eine leitende Position einnehmen. Ihr Handbuch mit dem Titel „Goethe für Manager – Wie Sie einfach genial Arbeit und Leben meistern“ wird im Vorwort von dem bekannten Rhetoriktrainer Nikolaus B. Enkelmann empfohlen als ein Werk, „das uns zeigt, was die Welt im Innersten zusammenhält“. Beigegeben ist eine Tabelle mit Angaben über Goethes Leben und Wirken.

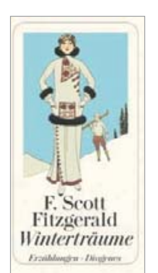
Goethe selbst hatte in seiner Eigenschaft als Kammerpräsident, also als Finanzminister, eine gewichtige Stimme in den höchsten Beratungs- und Verwaltungsgremien des sächsischen Herzogs Carl August. Aber nicht allein deshalb beziehen sich die Autoren auf ihn, beruhen seine An- und Einsichten doch überwiegend auf vergleichender Beobachtung menschlichen Verhaltens und fachübergreifender Forschung. Küthe und Schuch haben die eingestreuten Zitate des Universalgenies passend zu den jeweils behandelten Themen ausgesucht, so dass nach und nach ein „Paket“ von Lehren und Hinweisen entsteht, das man als ganzheitlich bezeichnen könnte. Es fußt auf Weltweisheiten, die teilweise der christlich-abendländischen, teilweise der buddhistisch-asiatischen Tradition zuzuschreiben sind. Hinzu kommt eine Essenz aus Erkenntnissen der Psychologie und der Sozialwissenschaften. Im Grunde geht es um eine Haltung, die verinnerlicht werden muss, damit sie sich dauerhaft positiv auswirkt.

Wie bleibt das Leben bei Zeitmangel und Zeitdruck im Gleichgewicht? Wie lässt sich soziale Kompetenz entwickeln und stärken? Kann man beruflichen und privaten Erfolg „anziehen“? Goethe strukturierte seinen Tag sehr konsequent und empfahl, die schwierigsten Aufgaben gleich morgens in Angriff zu nehmen. Maß und Muße, Balance und eine gesunde Lebensweise sind unerlässlich, betonen die Autoren. Und: Wer sich auf Werte „religiöser oder philosophischer Natur“ beruft, habe es leichter. Auch lasse sich ein guter Teil des Geschäftserfolgs mit der gelebten Wertekultur erklären. „Geld allein macht nicht glücklich“, ist nur eine Basiserkenntnis. Darüber hinaus geht die Einsicht, dass Geben und Nehmen zwei Seiten einer Medaille sind, was Goethe so trefflich formulierte: „Wer nichts für andere tut, tut nichts für sich.“ Dies betonen auch die Autoren, denn: „Andere glücklich zu machen macht glücklich.“ Daher, so Küthe und Schuch, arbeiten auch Altruisten eigentlich für sich selbst. Damit deuten sie jedoch an, dass es im Grunde keinen Unterschied mache, ob man einen Lohn für seine Selbstlosigkeit erwartet oder auch nicht. Die Unschärfe an dieser Stelle fällt auf, nämlich das Bemühen, den Spagat zwischen einem hohen ethisch-moralischen Anspruch einerseits und dem Streben nach Erfolg und, was unausgesprochen darin verbunden ist, nach einem sich vergrößernden materiellen Vermögen anderseits nicht zu benennen. Es handelt sich hierbei aber um ein Dilemma, und es sollte offen angesprochen werden.

> »Geld allein macht nicht glücklich«

Demgegenüber findet sich in dem ansonsten exquisiten Ratgeber eine starke Betonung der Selbstsuggestion. Der sogenannte Pygmalion-Effekt einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung ist aber letztendlich ein Faktor mit vielen Unbekannten. *D. Jestrzemski*

***Stefan Küthe, Monika Schuch: „Goethe für Manager – Wie Sie einfach genial Arbeit und Leben meistern“**, Linde Verlag, Wien 2009, geb., 175 Seiten, 19,40 Euro*



Ungeliebt

Erzählungen von Fitzgerald

Der erfolgreiche Romancier F. Scott Fitzgerald („Der letzte Tycoon“, „Zärtlich ist die Nacht“) hatte ein gespaltenes Verhältnis zu seinem eigenem erzählerischen Werk. Seine in Zeitschriften veröffentlichten Geschichten brachten ihm zwar eine Menge Geld ein, doch sein ganzer Ehrgeiz galt seinen Romanen, auf die er deutlich mehr Mühe verwandte. Der vorliegende Band „Winterträume“ umfasst 23 Texte Fitzgeralds: 22 Erzählungen aus den Jahren 1920 und 1924 sowie das autobiographische Dokument „Früher Erfolg“ aus dem Jahr 1937. Die 1000 Seiten starken „Winterträume“ belegen, dass der Autor sich seiner Erzählungen nicht zu schämen brauchte.

In seinem kenntnisreichen Nachwort ordnet Manfred Papst die Erzählungen ein. Selbst in den Texten, die Fitzgerald als „Mist“ abtat, leuchtet etwas von dem Talent auf, welches der 1896 geborene und 1940 früh verstorbene Schriftsteller in seinem Meisterwerk „Der große Gatsby“ zeigen sollte, das er mit 28 Jahren veröffentlichte.

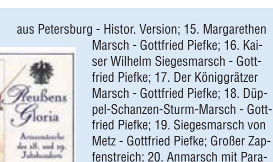
> Jugendkultur, Alkohol und Hochstapelei

In den vorliegenden Erzählungen finden auch heutige Leser noch eine interessante Auseinandersetzung mit der US-amerikanischen Jugendkultur der 1920er Jahre. Weitere durchgängige Themen sind Alkoholismus und Hochstapelei sowie eine Verklärung der Südstaaten.

Sicherlich sind Fitzgeralds Romane gewichtiger als seine Erzählungen. Doch auch diese Texte aus der ersten Hälfte der „Roaring Twenties“ lohnen durchaus eine erneute Lektüre. *Ansgar Lange*

***Francis Scott Fitzgerald: „Winterträume“**, Diogenes Verlag, Zürich 2009, 976 Seiten, kartoniert, 24,90 Euro*

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert



1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; Großer Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York´schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet u.v.m.

Best.-Nr.: 6899

€ 13,90



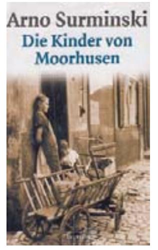


Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95



Ebba D. Drolshagen
Der freundliche Feind
Wehrmachtssoldaten im besetzten Europa
Geb., 347 Seiten
Best.-Nr.: 6888, € 19,95

Arno Surminski

Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen
Best.-Nr.: 1039, € 16,95



Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926, € 22,00



Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95



Andrea Schwarz
Wenn die Orte ausgehen, bleibt die Sehnsucht nach Heimat
Geb., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6889, € 12,95



Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Ostpreußische Küche
Tradition, Geschichte und Gerichte
Geb., durchgehend farb. Abb., 128 Seiten, Format 19 x 24 cm
Best.-Nr.: 6233, € 7,95



Alexander Häusser, Gordian Maugg
Hungerwinter
Deutschlands humanitäre Katastrophe 1946/47
Geb., 224 Seiten
Best.-Nr.: 6885, € 19,90

Dirk W. Oetting
Kein Krieg wie im Westen
Wehrmacht und Sowjetarmee im Russlandkrieg 1941- 1945



Dirk W. Oetting ordnet die umstrittene Frage des Verhaltens beider Armeen – und damit die Frage von Verbrechen und Schuld – konsequent in den Gesamtzusammenhang des Krieges und in die Kriegswirklichkeit ein. Auf breiter Quellenbasis untersucht er die Einbindung in Ideologie und Weltanschauung, die Einstellung zum Kriegsvölkerrecht, die Weisungen der Führung, das Verhalten der Truppe, die Formen des Kampfes, die Taktik der „verbrannten Erde", die Behandlung der Kriegsgefangenen und das Verhalten gegenüber der Bevölkerung. Oetting setzt sich offensiv-kritisch mit den Publikationen „fortschrittlicher" Historiker sowie der Tendenz der Geschichtsumdeutung auseinander. Das Buch ist eine überzeugende Antwort auf einseitige Bewertung und pauschale Verurteilung. Es setzt Maßstäbe für die weitere Diskussion. Mit einem Anhang von Heinz Magenheimer: Der militärische Verlauf des Krieges.

Geb., 336 Seiten, Festeinband, ausführliches Quellenregister, Literaturverzeichnis;
Best.-Nr.: 6906





lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Gabi Köpp
Warum war ich bloß ein Mädchen?
Das Trauma einer Flucht 1945

Januar 1945: Das schnelle Vorrücken der russischen Truppen an der deutschen Ostfront schlägt unzählige Deutsche in die Flucht. Als Gabi Köpp mit ihrer Schwester Juliane aus ihrem Heimatort Schneidemühl in der damaligen Grenzmark Posen-Westpreußen fliehen muss, ist sie fünfzehn Jahre alt. Ihr Ziel: Berlin. Dort würden die beiden Mädchen wieder mit ihrer Mutter zusammentreffen. Doch die Flucht verläuft anderes als geplant. Der Zug, der die Schwestern in den Westen bringen soll, gerät unter Beschuss. Juliane überlebt den Angriff nicht, Gabi rettet sich in ein Gehöft, in dem sich bereits Flüchtlinge vor den Feinden verstecken. Ein Albtraum beginnt. Zusammengepfercht auf engstem Raum sind die Vertriebenen der Allmacht der russischen Soldaten ausgeliefert. Diese plündern, randalieren und töten – in blinder Wut, aus Rache oder im Rausch. Gabi wird ihre jugendliche Schönheit zum Verhängnis. Soldaten der Roten Armee missbrauchen das Mädchen immer wieder; ihre Leidensgenossinnen liefern sie zudem immer wieder freiwillig in die Hand der Soldaten, um selbst verschont zu werden. Was sie erlebte, vertraute Gabi Köpp damals nur ihrem Tagebuch an; niemand wollte von diesen dunklen Geschehnissen wissen, auch ihre Mutter nicht, der sie sich gerne anvertraut hätte. Heute hat sie aus diesen Notizen einen erschütternden Bericht über den Beginn ihrer mehrmonatigen Flucht gemacht und gibt dabei Zeugnis von einem fürchterlichen und lange tabuisierten Kapitel der Kriegszeit: das völkerrechtswidrige Verbrechen der Vergewaltigung von Frauen.

Geb., 158 Seiten mit zahlr. Abb
Best.-Nr.: 6905





Reinhard Hauschild
Flammendes Haff
Ein junger Offizier schreibt in der Sprache der Soldaten vom Untergang Ostpreußens
Kart., 297 Seiten
Best.-Nr.: 1035, € 15,50



Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809, € 24,95



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80

Musique pour Luise
Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth spielt 11 Musikstücke, die für die preußische Königin Luise komponiert wurden.
u. a. Prinz Louis Ferdinand
1 Notturno
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
2 L'Esperance
3 Le trois Graces
Johann Friedrich Reichardt: Sonate C-Dur für Flöte und Cembalo
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900



€ 13,90

Walter E. Genzer
Pferd und Reiter im Alten Osten
Damals und heute



Damals im Osten - in Ostpreußen, Hinter-Pommern, Posen, Westpreußen und Schlesien - lebten die Menschen mit und von den Pferden. Der Umgang mit ihnen lag ihnen im Blut, sie verstanden die Pferde und die Pferde verstanden auch sie. Wie der Autor zeigt, waren die großartigen Leistungen in Zucht und Sport bis zum Zweiten Weltkrieg der ländlich gewachsenen Verbundenheit zwischen Mensch und Pferd und der Wechselwirkung von Zuchtprüfung und Turnierreiten zu verdanken.

Geb., 160 Seiten, Best.-Nr.: 1566

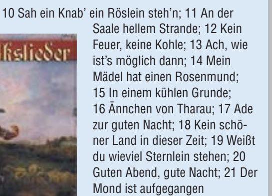
statt € 24,90 nur € 14,90

Winfried Brandstäter
Mein Paradies lag in Masuren
Kart., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6859, € 19,80

Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Gottfried Piefke
Preußische Armeemärsche
Stabsmusikkorps Berlin
Mit dem Großen Zapfenstreich, Preußens Gloria, u.v.m.
23 Titel,
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894, € 13,90

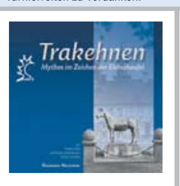
Die schönsten Volkslieder



Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893





Gisela Fürle/ Christoph Hinkelmann/ Erhard Schulte
Trakehnen
Mythos im Zeichen der Elchschaufel
Kart., 96 Seiten, zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 6808, € 19,95



Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abb.
Best.-Nr.: 1211, € 14,95

Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45



Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell mißbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verläßlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntelang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit. Demgegenüber befasst sich das vorliegende Buch ausschließlich mit den Vergewaltigungen und hier unter anderem mit den Fragen, wie und warum es zu diesen Exzessen gekommen ist, warum Widerstand zwecklos war und was mit den Kindern geschah, die Opfer oder "nur" Zeuge der sexuellen Gewalttaten waren. Erlebnisberichte von Opfern und Tätern sind eine wesentliche, weil authentische Grundlage dieser Darstellung.

Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847

€ 19,90

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815

1 Französisches Signal Ausrücken; 2 Preußisches Signal Alarm; 3 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 1 - 3; 4 Geschwindmarsch (AM II. 131); 5 Marsch Kurhannoversche Gardeartillerie (AM III. 103); 6 Beim Siegesfeuer (Flamme empor) Strophen 1 - 4; 7 Schwedischer Kriegsmarsch (AM II. 241); 8 Signal und Marsch 7. Kurhannoversches Infanterie Regiment; 9 Die Gedanken sind frei Strophen 1 - 3; 10 Marsch der Kurhannoverschen Garde-Grenadiere (AM I. 76); 11 Ein Jäger aus Kurpfalz (AM II. 243); 12 Ballade vom Schill bei Dodendorf Strophen 1 - 3, 7; 13 Infanterie-Signale, Kanon; 14 Die Schlacht bei Leipzig; 15 Regimentssignal 2. Hannoversche Jäger; 16 Marsch der Freiwilligen Jäger (AM II. 239 u. AM III. 124); 17 Marsch 2. Kurhannoversches Jägerbataillon (AM II. 232); 18 Schwedische Reitersignale; 19 Marsch der Cambridge Dragoner; 20 Marche des Soldats de Robert Bruce; 21 Jubelmarsch für König Ernst August von Hannover; 22 Alt-Österreichisches Signal: Zum Gebet!; 23 Ich hatt' einen Kameraden Strophen 1 - 3; 24 Preußisches Signal: Ruf zum Gebet!; 25 Ballade Lützows wilde Jagd Strophe 4 - 6; 26 Hannoverscher Zapfenstreich; 27 Yorkscher Marsch (AM. II 37); 28 Krönungsmarschmusik mit Preußenlied Strophen 1, 4; 29 Schwedisches Reitersignal

Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891, € 13,90





Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95




Frieda Koschorreck
Zerbrechliches Glück
Das schwere Schicksal einer Ostpreußin während des Krieges und der Nachkriegszeit
Kart., 78 Seiten
Best.-Nr.: 2620,
statt € 6,00 nur noch € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst — 04/10
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Allein in der Taiga

Irkutsk – Zwei Tage lang irrte der Vize-Gouverneur von Irkutsk, Jurij Gurtowoj, bei einem Jagdausflug in der Taiga umher. Von einer Jagdhütte war er allein mit Polarhund und ungeladenem Gewehr – die Munition vergaß er – aufgebrochen, um die Gegend zu erkunden. Bei einsetzender Dämmerung fand er den Weg nicht mehr und marschierte einfach weiter, insgesamt 30 Kilometer. Sein Glück, so die Retter. Ohne Bewegung wäre er in der eisigen Kälte erfroren. *MRK*

Englands Hotels am dreckigsten

London – Großbritannien hat die europaweit schmutzigsten Hotels. Das geht aus der Auswertung von 30 Millionen Nutzerbewertungen des Internetportals „Trip Adviser“ hervor, wo Reisende regelmäßig ihr Urteil über besuchte Herbergen abgeben. Unter den zehn dreckigsten Hotels in Europa sind allein acht britische, dazu je eines in Holland und Italien. Die gute Nachricht: Deutsche Häuser tauchen unter den Ekelherbergen gar nicht auf. *H.H.*

ZUR PERSON

Personalie schafft Missstimmung

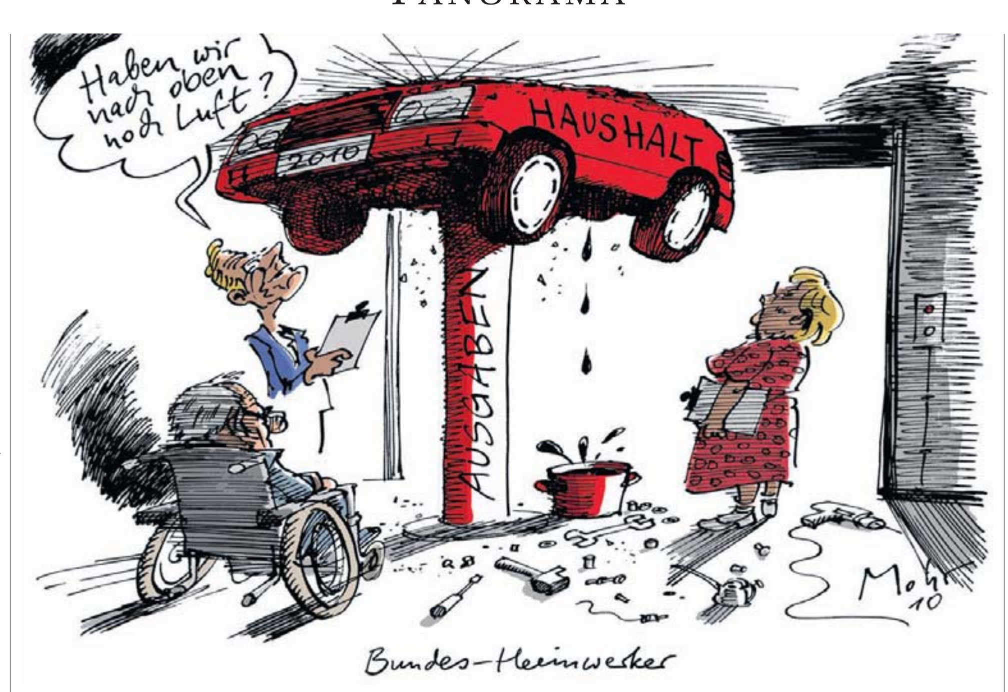
Erst setzt die FDP durch, dass der Vertrag des von der Pharmabranche als zu kritisch eingestuften Leiters des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, Peter Sawicki, nicht verlängert wird, nun sorgte eine weitere FDP-Personalentscheidung für Unmut: Gesundheitsminister Philip Rösler hat den stellvertretenden Direktor des Verbandes der Privaten Krankenversicherung (PKV), **Christian Weber**, zum neuen Abteilungsleiter für Grundsatzfragen ernannt.

Das 53-Jährige FDP-Mitglied gilt unbestritten als Fachmann. Doch die Tatsache, dass der Volkswirt bereits in den 80er Jahren für die PKV tätig war, stellt ihn in den Geruch, in seinem neuen Amt Lobbyismus zu betreiben. Nach einer kurzen Zeit in der FDP-Bundestagsfraktion und beim Klinikkonzern Rhön kehrte er bereits 1995 als Sprecher und „Leiter Politik“ zur PKV zurück. Deshalb bezeichnet es die SPD als „unverfroren, ausgerechnet so einen auf diesen Posten zu hieven“.



Und die CSU fürchtet, dass Rösler Weber gezielt geholt habe, um die von ihm angestrebte Kopfpauschale durchzusetzen. „Eine Personalentscheidung darf keine politischen Sachentscheidungen vorwegnehmen.“

Doch es gibt auch Stimmen, die betonen, wie wichtig die von Weber als Leiter des Wissenschaftlichen Institutes der PKV in Auftrag gegebenen Untersuchungen seien. Studien über die Ausgaben der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung sowie eine „Reform zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“ hätten Erkenntnisse gebracht, die ihm bei seiner neuen Aufgabe hülfen. Selbst bei der PKV löst die Personalie nicht nur Freude aus, weiß man doch, dass Weber besonders kritisch beäugt werden dürfte, so dass er sich schwertun wird, etwas für die PKV zu tun. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Wir sind schuld!

Warum die Deutschen den Griechen helfen müssen, wie man eine ordentliche Rente erlangt, und wie man an noble Preise kommt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Hören Sie sich das mal an: „Die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer und die daraus folgenden Ungleichgewichte geben Anlass zu ernster Besorgnis für die Euro-Zone als Ganzes.“ Frage: Von wem stammt das? Wer über 35 ist, der weiß die Antwort aus dem Stand. Mit solchen Losungen zeterten die Giftzwerge von der „Rettet die D-Mark“-Front in den 90ern gegen das wundervolle Werk der Gemeinschaftswährung. Das Zitat wurde wahrscheinlich in einem der alten Flugblätter gefunden, mit denen diese Europa-Feinde und Nationalisten damals den Gang der europäischen Integration aufhalten wollten, stimmt's?

Weit gefehlt: Die Warnung hat der „Spiegel“ aus einer Vorlage der EU-Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen für die Finanzminister der Euro-Zone gefischt. „Besorgnis für die Euro-Zone als Ganzes“ – das klingt ganz schön übel nach Scheitern und Auseinanderbrechen. Und solche Töne dringen aus dem erlauchtesten politischen Expertenzirkel des Euro-Systems? Famos.

Die Veteranen der D-Mark-Bewegung schütteln sich müde den Schmauch der verlorenen Schlacht vom Revers und unken säuerlich, aber nicht ohne Triumph in der Stimme: „Da habt ihr's, ihr Idioten!“ Die Idioten versuchen unterdessen händeringend, Ruhe zu verbreiten: Alles halb so schlimm, das wird schon wieder. Aber wer lässt sich schon beruhigen von Leuten, die außer leiernden Beschwörungsformeln („Der Euro ist stabil!“) nichts zu bieten haben?

Zumal die, die uns den Euro immer noch als krisenfest verkaufen wollen, die letzten zu sein scheinen, die das drohende Fiasko bemerkt haben. Als *PAZ*-Leser wären sie bereits im November 2008 auf die „Risse in der Euro-Zone“ (so der Titel des Wirtschaftsaufmachers vom 15. November jenes Jahres) aufmerksam geworden. Und hätten sie diese Zeitung schon vor 17, 18 Jahren gelesen, hätten sie von den Untiefen des Monsterprojekts Einheitswährung noch früher erfahren. Doch da waren sie längst von ihrer Wolkenkuckuckswährung derart verzaubert, dass sie nicht einmal Vorkehrungen trafen für den Fall, dass Länder wie Griechenland unsere Währung in ihren finanzpolitischen Treibsand reiten. Erst jetzt, da ihnen das Zelt wegfliegt und der Wind alle Illusionen von Stabilität davonträgt, fällt den Eurotikern auf, dass sie die Heringe vergessen haben.

Das geben sie natürlich nicht zu, das mit den Heringen: Nein, niemals würden wir mit deutschem Geld die griechischen Schlawiner aus ihrer selbstverschuldeten Patsche ziehen! So tönt es täglich tapferer vom Turm der Europäischen Zentralbank und aus den Mündern deutscher Politiker. Doch je öfter und je lauter wir das zu hören bekommen, desto weniger können wir es glauben.

> Pensionen für Taliban: Wie belegt der Terrorist eigentlich seine Beitragszeiten?

Der designierte EU-Währungskommissar, der Finne Olli Rehn, befiehlt den Spaniern, Iren und insbesondere den Griechen, ihre Haushalte zu sanieren, Reformen anzugehen und ihre Löhne zu kappen. Die Griechen haben das sofort alles versprochen, und Brüssel tut angestrengt so, als glaube man ihnen, nach dem Motto: Wer sein Wort schon so oft gebrochen hat wie Athen, der muss es ja irgendwann mal halten, sonst ... ja, was sonst?

Es wird Zeit, die Deutschen auf die Wahrheit vorzubereiten, dachte sich eine große deutsche Tageszeitung und machte gleich mal den Anfang. Die Deutschen würden die Griechen sehr raushauen müssen, weil sie nämlich auch an deren Misere schuld seien. Wie bitte? Jawohl: Denn das Kräfteungleichgewicht in der EU liege auch daran, dass deutsche Unternehmen nicht zuletzt dank der jahrelangen Lohnzurückhaltung ihrer Beschäftigten weltweit wettbewerbsfähiger geworden seien, „auf Kosten von Ländern wie Griechenland“.

Dieser Gedankenblitz ist eine intellektuelle Meisterleistung: Die Deutschen sind an der griechischen Krise mit schuld, weil sie zehn Jahre lang geschuftet und auf Lohnzuwachs verzichtet haben, während sich die Hellenen einen nach dem anderen genehmigten. Diese Schuld müssen die Deutschen nun gefälligst abtragen.

Das ist die Lösung! Und keineswegs nur für dieses Mal. Denn wie sollten die Deutschen ihrer moralischen Verpflichtung wohl nachkommen? Selbstverständlich, indem sie nochmal zehn Jahre schuften und auf Lohnzuwachs verzichten, während die Griechen weiterprassen. Danach hätten die Deutschen den armen Brüdern im Süden erneut ein „Ungleichgewicht“ aufgebürdet, das abermals abzutragen wäre. Auf dem Weg kann es dann immer weitergehen.

Sobald die Rechnungen aus Athen eintreffen, geht unter den Deutschen bestimmt wieder das alte Gemekker los: Ja, dafür haben sie Geld, aber für uns arme Studenten, Angestellte oder Rentner bleibt immer weniger! Na ja, zumindest, was die Rentner angeht, liegt das auch an jedem selbst. Man sollte sich bei seiner Berufswahl frühzeitig danach richten, wie es später mit den Ruhestandsbezügen ausschaut. Wer das versäumt, hat selber schuld. Dabei sollte man nicht allzu konventionell denken. Auch ausgefallene Berufe bieten in unserer bunter gewordenen Arbeitswelt Perspektiven für einen sorgenfreien Lebensabend.

Warum werden Sie nicht Taliban? Den älteren unter den verwegenen „Gotteskriegern“ winkt die „internationale Staatengemeinschaft“ mit einer „Pension“, wie das tatsächlich schon genannt wurde. Dafür muss der Antragsteller allerdings ein paar schmerzliche Auflagen erfüllen. So soll er seinen bisherigen Beruf komplett an den Nagel hängen, steuerfreie Hinzumassakriermöglichkeiten sollen dem Taliban i. R. verwehrt bleiben.

Unbeantwortet ist noch, wie der berufsmüde Terrorist seine Beitragszeiten dokumentiert. Hoffentlich hat er sich die Namen seiner Opfer notiert, sonst könnte ja jeder kommen! Es besteht die Gefahr massenhafter Leistungserschleichung durch falsche Taliban. Etwa in Gestalt afghanischer Regierungssoldaten, die flugs ihre Uniform wegschmeißen und dann frech behaupten, die ganze Zeit auf der anderen Seite gekämpft zu haben. Ein Motiv zu der Maskerade hätten sie: Die Soldaten verdienen jetzt schon nur ein Drittel dessen, was die Partisanenhäuptlinge ihren Mitmarodeuren bieten. Und nun kriegen die Taliban auch noch Prämien? Die Soldaten dürften sich vor Wut in den Ärmel beißen, dass sie sich dermaßen haben veräppeln lassen. Ihre Chancen, sich den Ehrensold eines Taliban zu ergaunern, stehen allerdings schlecht: Ihre Gewehre sind viel älter als die der Aufständischen. Allein daran wird sie die Isaf-Rentenstelle erkennen.

500 Millionen Dollar wollen sich die Isaf-Staaten das Ruhestandsprogramm für die Taliban kosten lassen, verteilt über einen gemeinsamen „Fonds“. Solche Fonds sind etwas Wunderbares, vor allem so wunderbar undurchschaubar, weshalb Geld aus allen ihren Nähten quillt und in alle möglichen Taschen tropft. Überdies muss der Topf ja verwaltet werden, was neue schicke internationale Posten schafft.

Wer so einen Posten bei einer internationalen Organisation ergattert hat, ist aller Daseinssorgen ledig. Der kann sogar Blödsinn am Band produzieren, ohne dass ihm was passiert, und bekommt noch hochdotierte Preise dafür!

Der „Weltklimarat“ (IPCC) ist nun schon zum x-ten Male schräger Praktiken überführt worden. Kürzlich erst kam ja heraus, dass sich das UN-Gremium bei seiner Prognose fürs Abschmelzen der Himalaya-Gletscher um gut 300 Jahre vertan hatte. Jetzt flog auf, dass der Klimabericht, für den der Rat 2007 mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, ebenfalls bodenlose Dampfplauderei war, weil wissenschaftlich gar nicht hinreichend überprüft, wie die obersten Klimawarner selbst einräumen mussten. Und? Wurde der Laden aufgelöst? Oder flog wenigstens jemand raus? Natürlich nicht: Der Rat arbeite nämlich „immer noch sehr streng und wissenschaftlich“, belehrt uns sein Chef Jean-Pascal Ypersele – und kommt damit tatsächlich durch.

ZITATE

***Thomas Böhle**, Verhandlungsführer der Kommunen bei den Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst, im „Focus“ vom 18. Januar über die Fünf-Prozent-Forderung und die Losung der Gewerkschaft **Verdi „Sozial ist, was Kaufkraft schafft“**:*

„Arbeitslose haben keine Kaufkraft! Mit ihrer Lohnforderung beschleunigen Verdi und DBB (Deutscher Beamtenbund, d. Red.) den ohnehin schleichenden Beschäftigungsabbau im Öffentlichen Dienst. Und wenn wir zum Ausgleich Gebühren erhöhen müssen, haben alle Bürger weniger Kaufkraft. Finanzieren wir die Lohnerhöhungen über Schulden, entzieht das künftigen Generationen Kaufkraft und den Kommunen Spielraum für Investitionen.“

***Wolfgang Bosbach (CDU)** im „Spiegel“ vom 18. Januar über die Steuersenkungspläne der FDP:*

„Es klingt ja erst mal sympathisch, wenn die FDP sagt, sie rücke nicht von ihren Wahlversprechen ab. Aber irgendwann muss sich die Partei doch mal fragen, ob die Wahlversprechen mit der Wirklichkeit übereinstimmen.“

*Der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, **Hans-Olaf Henkel, gratuliert Ifo-Chef Hans-Werner Sinn** zu dessen Ernennung zum **„Dinosaurier des Jahres 2009“** durch den Naturschutzbund Deutschland (NABU), womit Sinns angeblich rückwärtsgewandte Haltung geschmäht werden sollte:*

„Inzwischen habe ich die ideologische Verblendung der Führung des NABU in Sachen Klimapolitik kennenlernen dürfen. Seine Positionen machen sich in der uninformierten Öffentlichkeit zwar gut, gehen aber immer öfter zu Lasten ausgerechnet der Umwelt.“

Katastrophen-populismus

*Hat ein Unglück sich begeben,
ganz egal aus welchem Grund,
dann ist Hilfeleistung eben
das Gebot der ersten Stund'.*

*Außer Leiden, Bangen, Hoffen
gibt es je nach Art und Zahl
der Personen, die betroffen,
aber heut' ein Ritual:*

*Denn sobald man das Geschehen
Katastrophe nennen kann,
zieht es, wie wir jeweils sehen,
Amts- und Würdenträger an!*

*Sich vor Ort ein Bild zu machen,
heißt's für sie ja allgemein –
und dabei nebst Nebensachen
selbst zentral im Bild zu sein.*

*Möglichst schnell sich
hinbequemen,
viele Hände schütteln auch,
Kinder in die
Arme nehmen,
alles das gehört zum Brauch.*

*Bringt zwar Spesen
selbstverständlich,
und die haben wenig Sinn,
denn für Opfer
ist letztendlich
das Theater kein Gewinn.*

*Wenn jedoch statt wie erwartet
wer sich nicht ans Drehbuch hält,
wird er – das scheint abgekartet –
prompt als herzlos hingestellt!*

*Die veröffentlichte Meinung
treibt halt an zur Heuchelei –
und als Teil der Zeiterscheinung
sind wir alle mit dabei ...*

Pannonicus